

Sitzung Ausschuss für Bauen und Umwelt am 12.08.2014

12.08.2014 17:00 Uhr



Bekanntmachung

Sitzung: **Ausschuss für Bauen und Umwelt**
Datum: **12.08.2014**
Beginn: **18.15 Uhr**
Sitzungsort: **Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1**

Norderney, den 23.07.2014

Stadt Norderney
Der Bürgermeister

(Ulrichs)

Tagesordnung

18. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
19. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2014 - öffentlicher Teil
20. Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE auf dem Grundstück Mühlen- Ecke Benekestraße
21. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Errichtung von Thalasso-Plattformen
22. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Umnutzung der Liegehalle an der Viktoriastraße in eine saisonale Schankwirtschaft
23. Bebauungsplan Nr. 34 A "Marienstraße" - Neuaufstellung a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss
24. Bebauungsplan Nr. 25 C "Nordhelm-Ost" - 2. Änderung; Beschluss zur Auslegung
25. Mitteilungen der Verwaltung
26. Anfragen und Anregungen
27. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Bauen und Umwelt

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	12.08.2014	Niederschrift gefertigt am: 05.01.2015
öffentlich	Beginn: 18.15 Uhr	Ende: 19.43 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

1. stv. BM Jan Harms

Stimmberechtigtes Mitglied

RM Manfred Plavenieks

BG Sascha Nüchter

BG Bernhard Onnen

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

RM Reinhard Kiefer

Vertreter

RM Barbara Bakker-Dinkla

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs

Dipl.-Ing. Frank Meemken

Schriftführer

Hillrich Holtkamp

Entschuldigt fehlen:

RM Stefan Wehlage

Tagesordnung

18. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
19. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2014 - öffentlicher Teil
20. Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE auf dem Grundstück Mühlen-Ecke Benekestraße
21. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Errichtung von Thalasso-Plattformen
22. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Umnutzung der Liegehalle an der Viktoriastraße in eine saisonale Schankwirtschaft
23. Bebauungsplan Nr. 34 A "Marienstraße" - Neuaufstellung a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss
24. Bebauungsplan Nr. 25 C "Nordhelm-Ost" - 2. Änderung; Beschluss zur Auslegung
25. Mitteilungen der Verwaltung
26. Anfragen und Anregungen
27. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 18. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende erklärt, dass der TOP 23. (Bebauungsplan Nr. 34 A „Marienstraße“ – Neuaufstellung a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss) nicht behandelt werden könne. Die Verwaltung berichtet, man habe seitens des Landkreises eine umfangreiche Stellungnahme erhalten. Zu Gunsten einer sachgerechten Abwägung werde aktuell kein Satzungsbeschluss gefasst. In der nächsten öffentlichen Sitzung werde über weitere Schritte und Entwicklungen informiert.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt der Tagesordnung zu.

7 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 19. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2014 - öffentlicher Teil

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt der Genehmigung zur Niederschrift vom 06.02.2014 mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme zu.

5 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen

TOP 20. Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE auf dem Grundstück Mühlen- Ecke Benekestraße

Die Verwaltung stellt den Bauantrag zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE vor. Geplant sei die Errichtung eines Hauses, welches in Höhe, Ausmaß und Optik den bestehenden Häusern in der Mühlen- / Benekestraße entspreche. Man beabsichtige 16 Mietwohnungen zu schaffen, welche eine Wohnfläche zwischen 35 und 70 m² aufweisen. Zudem seien im Dachgeschoss rollstuhlgerechte Wohnungen geplant, welche mittels eines Aufzuges zu erreichen seien. Die Umsetzung des Vorhabens solle im Herbst/ Winter dieses Jahres geschehen.

Frau Bakker-Dinkla erklärt, dass ihre Fraktion bezüglich des Projektes uneins sei. Teile der Fraktion seien der Auffassung, dass keine weiteren Grünflächen mehr bebaut werden sollten – auch nicht für städtischen Wohnraum. Sie selber würde jedoch für das Vorhaben stimmen. RM Aldegarmann merkt an, die damals geplante Absicht – anstelle des damaligen Parkplatzes – Wohnungen für Norderneyer zu schaffen, werde nun durch das geplante Bauvorhaben der WGN umgesetzt. RM Kiefer bestätigt, man müsse nicht nur von privaten Bauherren die Herstellung von Dauerwohnraum verlangen. In dem Vorhaben sehe er die beste Möglichkeit, den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 21. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Errichtung von Thalasso-Plattformen

Die Verwaltung verweist auf die bereits stattgefundene Info-Veranstaltung der SBN zu diesem Bauvorhaben. Weiter berichtet die Verwaltung über die aktuellen Entwicklungen des Projektes.

Der schlechte Zustand der Anlagen sei allgemein bekannt. Die SBN beabsichtige nun, die bereits bestehenden Aussichtspunkte zu attraktivieren. Nach Auffassung des Landkreises kommt die beantragte Errichtung der Thalasso-Plattformen am Zuckerpad und Dünensender einem Neubau gleich. Aus diesem Grunde müssten die Maßnahmen daher verpflichtend behindertengerecht gestaltet werden. Durch die Attraktivierungsmaßnahmen würden die ohnehin stark frequentierten Anlagen weiter aufgewertet und den heutigen Ansprüchen gerecht. Besonders sensibel zu beachten sei jedoch zum einen auf baurechtlicher Ebene die Lage im Außenbereich, zum anderen unter naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten die Lage im FFH-Gebiet. In einem parallelen Verfahren werde daher seitens des Landkreises (Baugenehmigungsbehörde) die mögliche Beeinträchtigung öffentlicher Belange und somit die Zulässigkeit des Vorhabens nach § 35 Abs. 2 BauGB geprüft. Parallel werde die FFH-Verträglichkeit des Vorhabens von der Nationalparkverwaltung geprüft.

Die Verwaltung berichtet vom aktuellen Stand der Planung für die Plattform am Zuckerpad: Im Vorfeld sei das Höhenniveau des betroffenen Bereiches vermessen worden. Weiter habe eine artenschutzrechtliche Untersuchung im Hinblick auf „Rote-Liste-Arten“ bzw. gefährdete Arten stattgefunden. Im Bereich des Treppenaufganges sei ein Vorkommen der „Rosa Spinosissima“ (Dünenrose) zu verzeichnen gewesen. Die Plattform am Zuckerpad solle in Form einer spiralförmigen Holzkonstruktion errichtet werden, welche Informationsmöglichkeiten über Thalasso sowie den hiesigen Naturraum biete. Die maximale Höhe des Aufbaus betrage ca. 2,50 m. Die bestehende Pflasterfläche der Plattform werde aufgenommen und durch die Holzkonstruktion ersetzt. Die frei werdenden Dreiecksbereiche rund um die Plattform sollen begrünt und somit renaturiert werden.

Am Dünensender sei ebenfalls eine artenschutzrechtliche Untersuchung durchgeführt worden, welche ein Glockenheidenvorkommen (Vorwarnstufe) im betroffenen Bereich verzeichne. Konzeptionell sei eine andere Richtung eingeschlagen worden. Die gepflasterte Fläche werde „entsiegelt“. Zudem würden Informationsmöglichkeiten eingerichtet und durch strandkorbähnliche Sitzgelegenheiten sowie „Bilderrahmen“ als Gestaltungselemente ergänzt.

Fraglich sei jedoch, auf welche Weise die bereits erwähnten Vorgaben des Landkreises hier Umsetzung fänden und es auch Menschen im Rollstuhl o.ä. ermöglicht werde, diese Aussichtsplattform zu erreichen.

RM Kiefer merkt an, die vorliegenden Zeichnungen wiesen keine Verhältnismäßigkeit auf. Anzuraten sei es, die Plattform durch den gezielten Einsatz natürlicher Mittel (Sandaufschüttung u.a.) weniger mächtig erscheinen zu lassen. Ferner sei es fraglich, wie eine behindertenfreundliche Aufwegung zur Plattform geschaffen werden könne. Es sei eine maximale Steigung von 6 % anzustreben. Die Entwicklung des Aufweges sei nicht den Kosten geschuldet, so die Verwaltung. Vielmehr werde sie durch die Wechselwirkung der Forderung nach Behindertengerechtigkeit und dem möglichen Ausmaß des Eingriffes in die Natur beeinflusst. Daher fände eine Abwägung beider Faktoren statt, welche einen optimalen „Mittelweg“ hervorbringen solle. RM Plavenieks fordert, man müsse bei der Schaffung solcher Einrichtungen zwingend auf die Bedürfnisse und Eigenschaften behinderter Menschen eingehen, auch wenn durch solche Maßnahmen ein höherer Landschaftsverbrauch zu verzeichnen sei. BG Onnen wendet ein, die Bedingungen für eine Behindertengerechtigkeit seien nicht zu schaffen. Zwar gäbe es dringenden Handlungsbedarf, man dürfe jedoch die in der Folge zwingend notwendigen Unterhaltungskosten nicht außer Acht lassen. RM Bakker-Dinkla merkt an, 2/3 ihrer Fraktion sei derselben Auffassung wie BG Onnen. Sofern keine naturschutzrechtlichen Gründe dagegen sprächen, stehe RM Bakker-Dinkla zu dem Vorhaben.

Die Verwaltung führt an, die FFH-Verträglichkeit werde unter anlagen- und baubedingten Wirkfaktoren in einem sehr umfangreichen Verfahren geprüft. Dahingehend sei u.a. das Landschaftsbild zu bewerten, ob bspw. durch die Attraktivierung der Objekte möglicher Anstieg der Besucherzahlen ein zusätzlicher Störfaktor konstruiert werde. BG Nüchter merkt an, er habe das Vorhaben, wie auch RM Bakker-Dinkla, im Aufsichtsrat positiv begleitet und fände es bedenklich, wenn Bevölkerungsgruppen

ausgeschlossen werden würden und ihnen solch ein Erlebnis verwehrt bliebe. RM Aldegarmann führt an, der Wert einer solchen Landschaft könne einzig und allein durch solche Aussichtsplattformen erkannt werden. Daher sei es zwingend notwendig, nach heutigen Standards und unter Beachtung der naturrechtlichen Vorgaben die Pläne zur Errichtung solcher Plattformen zu unterstützen.

Der Vorsitzende weist auf die Steigung des Aufweges am Dünensender von 16 % hin. Die Verwaltung erläutert, die Düne weise ein höheres Niveau auf und die Topografie stelle sich schwierig dar. Für den Vorsitzenden stellt sich die Frage, ob die Verringerung der Steigung und der dadurch zwangsweise längere Aufgang, den zunehmenden Eingriff in die Natur rechtfertige. RM Kiefer führt an, es müsse über Kompromisse nachgedacht werden. Man könne eine behindertengerechte Umsetzung am Zuckerpad ermöglichen und am Dünensender eine „kleine Lösung“ (Instandsetzung der Zuwegung u.a.) angehen.

Beschluss

Mehrheitlich wird der Bauantrag – vorbehaltlich der Prüfung der FFH-Verträglichkeit und der Stellungnahme des Landkreises – positiv bewertet. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH mit 6 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme zu.

6 Stimmen dafür

1 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 22. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Umnutzung der Liegehalle an der Viktoriastraße in eine saisonale Schankwirtschaft

Die Verwaltung stellt den Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH vor. Geplant sei die Genehmigung der Umnutzung des Wetterschutzes an der Viktoriastraße zu einer saisonalen Schankwirtschaft. Beschlossen habe man den Bauantrag bereits in der nichtöffentlichen Sitzung.

Beschluss

Infolge des Einwandes von RM Kiefer, es sei auch ein Beschluss in der öffentlichen Sitzung von Nöten, wird die Beschlussfassung wiederholt. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH, wie schon in der vorhergegangenen nichtöffentlichen Sitzung, einstimmig zu.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 23. Bebauungsplan Nr. 34 A "Marienstraße" - Neuaufstellung a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss

– Entfallen –

TOP 24. Bebauungsplan Nr. 25 C "Nordhelm-Ost" - 2. Änderung; Beschluss zur Auslegung

Die Verwaltung stellt den Entwurf zur 2. Änderung des B-Planes 25 C „Nordhelm-Ost“ vor. Der Geltungsbereich umfasse die Wohnbebauung sowie die Reitställe. Es seien geringfügig modifizierte bzw. angepasste Festsetzungen, weitgehend analog zum B-Plan 25 B, getroffen worden. Ziel der Änderung des B-Planes 25 C sei die Bestandssicherung der baulichen Struktur des Siedlungsbildes sowie eine verträgliche Regelung des siedlungstypischen Nebeneinanders der Wohn- und der Beherber-

gungsfunktion. Die Bebauung der östlichen Nordhelmsiedlung weise eine weitaus größere Homogenität auf, als die Bebauung im mittleren Teil. Größtenteils bestehe sie aus den ehemaligen Siedlungshäusern (Vorderhäuser), welchen eine rückwärtige Anbauoption ermöglicht werde. Das Verhältnis zwischen Dauer- und Ferienwohnungen werde mittels der textlichen Festsetzung 1.1.2. geregelt. In Abhängigkeit von der Größe der überbaubaren Fläche seien zwischen zwei und drei Dauerwohnungen zulässig. Die Anzahl der Ferienappartements werde auf zwei begrenzt. Die Bauteppiche der Reitställe seien aus dem Ursprungsplan übernommen worden. Die Nutzungsfestsetzung würde dahingehend verändert, dass Betriebswohnungen in den Reitställen unzulässig würden. Dem sonstigen Sondergebiet „Meierei“ werde eine große Spannweite in Bezug auf mögliche Nutzungen gegeben. RM Plavenieks hinterfragt, wo man sich vorstelle, die im sonstigen Sondergebiet „Meierei“ zulässigen Fremdenzimmer zu errichten. Die Verwaltung erläutert, das Sondergebiet definiere lediglich einen Zulässigkeitskatalog und treffe keine Aussage darüber, in welchem Gebäudeteil solche Fremdenzimmer entstehen sollen. RM Kiefer fragt, aus welchem Grund die Gastraumfläche im B-Plan 25 C auf 100 m² begrenzt werde, während im B-Plan 25 B eine Fläche von 150 m² zulässig sei. Die Verwaltung erläutert, die Abmessung der Vorderhäuser im Bestand betrage durchschnittlich 10 x 10 Meter. Die Beschränkung einer Gastraumfläche auf diese Größe sei sinnvoll, um mögliche Störungen in den hinteren Grundstücksbereichen zu verhindern.

Der Vorsitzende fragt, aus welchem Grunde im B-Plan 25 B bei einem Doppelhaus eine Mindestgrundstücksfläche von 350 m² gefordert werde und im B-Plan 25 C nur 300 m², obwohl die Grundstücksfläche größer sei. Ergänzend weist RM Kiefer darauf hin, man habe im B-Plan 25 C für Einzelhäuser eine Fläche von 500 m² festgesetzt, im B-Plan 25 B wiederum nur 450 m². Daher müsse zumindest im B-Plan 25 C dieselbe Fläche für ein Doppelhaus gefordert werden, wie auch im B-Plan 25 B. Die Verwaltung berichtet, man habe sich am Bestand orientiert, werde die Angaben jedoch noch einmal überprüfen.

Ferner weist RM Kiefer darauf hin, man sei auch bei der Zahl der Wohnungen (Absatz 1.1.2.) von den Festsetzungen des B-Planes 25 B abgewichen. Die Verwaltung erläutert, auch dies resultiere aus dem Bestand. Man habe festgestellt, dass die Wohnungsgrößen größer seien und daher innerhalb der größeren Bauteppiche eine kleinere Anzahl von Wohnungen vorhanden sei. RM Kiefer wendet ein, es sei notwendig analog zum B-Plan 25 B auch den Grundstückseigentümern im Bereich des B-Planes 25 C bspw. die Schaffung von vier Dauerwohnungen zu ermöglichen, da die Grundstücke beider B-Pläne der gleichen Größe entsprächen. Die Verwaltung erklärt, die überbaubaren Flächen im B-Plan 25 B seien zwar tendenziell kleiner, wiesen jedoch genauso viele Wohnungen auf wie im B-Plan 25 C. RM Kiefer merkt an, die Vorgaben müssten ähnlich zu denjenigen sein, die im B-Plan 25 B Anwendung gefunden haben, auch in Bezug auf die maximale Anzahl der Wohnungen. Die Verwaltung erläutert, man habe sich bei der Planung des B-Planes 25 B, resultierend aus den überbaubaren Flächen und Wohnungszahlen, auf den Bestand bezogen. Auch beim B-Plan 25 C sei diese Systematik angewandt worden, welche die nun vorliegenden Festsetzungen ergeben habe. RM Aldegarmann merkt an, man habe den B-Plan 25 B als Grundlage aufgestellt, schreibe dadurch aber nicht unbedingt die Wohnungsgrößen fest. Es müsse mittels des B-Planes 25 C auch die Möglichkeit eingeräumt werden, die gleiche Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Die Verwaltung wird gebeten, die genannten Punkte zu überprüfen.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt beschließt einstimmig die Auslegung des B-Planes 25 C, unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Änderungen:

- Streichung der im Absatz 1.3. (1) aufgeführten Fremdenzimmer in der Meierei
- Anpassung der im Absatz 1.1.2. festgesetzten Wohnungszahlen – bezogen auf die überbaubare Fläche – an diejenige des B-Planes 25 B
- Anpassung der im Absatz 1.5. festgesetzten Mindestgrundstücksgrößen an die des B-Planes 25 B

Dem vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 25 C „Nordhelm Ost“ mit Begründung wird zugestimmt und beschlossen, den Entwurf mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB, in der derzeit gültigen

gen Fassung, für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig durchgeführt.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 25. Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet, es habe im letzten Jahr an der alten Deponie (Karl-Rieger-Weg) ein Monitoring stattgefunden. Bei der Überprüfung der Grundwassermessstellen vor Ort seien zwar leichte Überschreitungen der Richtwerte (z.B. bei den Schwermetallen) festgestellt worden, welche aber nicht besorgniserregend seien, jedoch in Zukunft weiterhin beobachtet werden müssten.

TOP 26. Anfragen und Anregungen

RM Kiefer fragt nach, wann eine endgültige Begründung für den B-Plan 25 C vorliege. Die Verwaltung berichtet, man werde die Begründung zeitnah versenden.

Weiter wird seitens RM Kiefer gefragt, wann die Anpassung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des B-Planes 25 B erfolge und wie mit dem Bereich des B-Planes 25 C umgegangen werden solle. Die Verwaltung erläutert, die Berichtigung des F-Planes erfolge im Anschluss an das B-Planverfahren. Die Berichtigung sei aber bislang noch nicht erfolgt. In einem ähnlichen Verfahren erfolge die Berichtigung des F-Planes für den Geltungsbereich des B-Planes 25 C.

TOP 27. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Herr Jentsch erkundigt sich, ob nichtöffentliche Beschlüsse nicht mehr in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben würden. BM Ulrichs erläutert, eine Bekanntgabe von Beschlüssen nichtöffentlicher Ratssitzungen finde regelmäßig statt, jedoch nur jener, die einen öffentlichkeitswirksamen Charakter besitzen und im allgemeinen Interesse liegen. Die nichtöffentliche Bauausschusssitzung habe im Wesentlichen nur Bauanträge privater Bauherrn behandelt. Derartige Beschlüsse seien noch nie öffentlich bekanntgegeben worden.

Herr Jentsch fragt im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des „Theaterplatzes“, ob dessen Planung schon so weit fortgeschritten sei, dass eine Genehmigung für etwas erteilt werden könne, was noch nicht beschlussfähig sei. Die Verwaltung erläutert, es seien Änderungsverfahren des B-Planes 31 mit allen Verfahrensschritten durchgeführt worden. Auf dieser Grundlage sei eine Genehmigung für die Bauvorhaben „Lennermann“ und „Carls“ erteilt worden. Dies geschehe sicherlich auch im Hinblick auf die Planung des „Theaterplatzes“. Die Genehmigung erstrecke sich jedoch ausschließlich auf die beiden genannten Grundstücke.

Frau Hillmann stellt Fragen bezüglich der Auslegung des B-Planes 25 C. Sie fragt, warum der B-Plan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werde und welche Gründe dafür bestünden. Ferner sei ihrerseits fraglich, warum keine Bürgerbeteiligung stattfinde, wie sie auch schon bei der Aufstellung des B-Planes 25 B („Siedlungsinitiative“) durchgeführt worden sei. Weiter fragt Frau Hillmann, aus welchem Grund die Anzahl der Wohneinheiten stärker reglementiert werde obwohl die Grundstücke des B-Planes 25 C größer seien als jene in den vergleichbaren B-Plänen. Die Verwaltung erläutert, das vereinfachte Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) nutze man in Bereichen, die bauleitplanerisch geordnet sind, in denen eine Bebauung vorhanden ist, die einen festen Rahmen vorgibt und in welchen man im Wesentlichen bestandssichernd eingreifen wolle. Bezugnehmend auf die Bürgerbeteiligung erläutert die Verwaltung, man lasse zwar die vorgezogene Bürgerbeteiligung aus, da sie eine wenig inhaltvolle Basis biete, doch werde durch die Auslegung des B-Plan-Entwurfes den Bürgern die Möglichkeit gegeben sich einzubringen. Das Verhältnis der zulässigen Wohnungen, bzw. Ferienwohnungen, ergebe sich im Vergleich der B-Pläne 25 B und C aus dem Bestand, den die Verwaltung anhand der vorliegenden Daten ermittelt habe.

Ein Einwohner fragt, warum – anders als in der Innenstadt – in der Nordhelmsiedlung eine Begrenzung der Wohnungszahlen erfolge. Der Vorsitzende erläutert, dies finde auf Grundlage der bestehenden Erhaltungssatzungen statt.

Herr Jentsch erkundigt sich, ob die Nutzung von „Drohnen/ Helikoptern“ einer Genehmigung bedürfe. BM Ulrichs merkt an, die Nutzung derartiger Geräte sei eine neue Entwicklung, welche im Zweifelsfall auf privatrechtlicher Ebene zu regeln sei.

Herr Moroni erkundigt sich, wann der B-Plan 25 A in „Angriff“ genommen werde. Die Verwaltung merkt an, man müsse sich auch mit dem genannten B-Plan individuell auseinandersetzen. Daher sei eine zeitliche Eingrenzung momentan nicht möglich.

Ferner regt Herr Moroni an, genaue Definitionen der Begriffe Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen zu schaffen.

Frau Hillmann erkundigt sich, wie man den Unterschied zwischen der Nutzung als Zweitwohnung und Dauerwohnungen regeln wolle und wie lange eine Zweitwohnung genutzt werden müsse, um in die Kategorie „Dauerwohnung“ zu fallen. Die Verwaltung erläutert, die Merkmale von Dauerwohnungen und Zweitwohnungen seien in der Erhaltungssatzung ausführlich beschrieben und definiert.

Herr Jentsch fragt, aus welchem Grund der TOP 23 („Marienstraße“) abgesetzt worden sei. BM Ulrichs erläutert, im Rahmen der dritten Auslegung seien umfangreiche Stellungnahmen eingegangen, die zu bewerten seien und man im späteren Verlauf darauf zurückkommen werde.

Herr Moroni erkundigt sich bezüglich des Bauprojekts der Fa. Ruth, nach welchen Kriterien das Bauvorhaben beurteilt werde. BM Ulrichs erläutert, das Bauvorhaben könne ausschließlich nach den beabsichtigten Festsetzungen des künftigen B-Planes beurteilt werden.

Herr Karow erkundigt sich bezüglich der neu ausgeschriebenen Baugrundstücke „Südwesthörn“, wann eine Benachrichtigung der Bewerber stattfinde und wer über die Vergabe der Häuser entscheide. BM Ulrichs erläutert, man werde sich in Kürze damit befassen und eine Prioritätenliste erstellen. Zudem sei die Bildung eines Gremiums geplant. Über die Vergabe entscheide schlussendlich der Rat. Wahrscheinlich werde von Seiten des Verwaltungsausschusses vorab eine Empfehlung ausgesprochen.

Herr Moroni fragt nach dem aktuellen Stand des GruKo-Gebäudes. BM Ulrichs erklärt, das Gebäude liege im Bereich des B-Planes 28. Für diesen sei vor kurzem eine Veränderungssperre beschlossen worden. Aktuell liege ein Bauantrag vor, welcher im Rahmen der politischen Planabsichten bewertet werde.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Harms
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Holtkamp
(Protokollführer)

18.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung
der ordnungsgemäßen Ladung, der
Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
sowie der Tagesordnung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 18. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende erklärt, dass der TOP 23. (Bebauungsplan Nr. 34 A „Marienstraße“ – Neuaufstellung a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss) nicht behandelt werden könne. Die Verwaltung berichtet, man habe seitens des Landkreises eine umfangreiche Stellungnahme erhalten. Zu Gunsten einer sachgerechten Abwägung werde aktuell kein Satzungsbeschluss gefasst. In der nächsten öffentlichen Sitzung werde über weitere Schritte und Entwicklungen informiert.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt der Tagesordnung zu.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

19.

Genehmigung der Niederschrift über
die Sitzung vom 06.02.2014 -
öffentlicher Teil



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

**TOP 19. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom
06.02.2014 - öffentlicher Teil**

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt der Genehmigung zur Niederschrift vom 06.02.2014 mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme zu.

5 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

2 Enthaltungen

20.

Bauantrag der Wohnungsgesellschaft
Norderney mbH zum Neubau eines
Wohnhauses mit 16 WE auf dem
Grundstück Mühlen- Ecke
Benekestraße



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 20. Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE auf dem Grundstück Mühlen- Ecke Benekestraße

Die Verwaltung stellt den Bauantrag zum Neubau eines Wohnhauses mit 16 WE vor. Geplant sei die Errichtung eines Hauses, welches in Höhe, Ausmaß und Optik den bestehenden Häusern in der Mühlen- / Benekestraße entspreche. Man beabsichtige 16 Mietwohnungen zu schaffen, welche eine Wohnfläche zwischen 35 und 70 m² aufweisen. Zudem seien im Dachgeschoss rollstuhlgerechte Wohnungen geplant, welche mittels eines Aufzuges zu erreichen seien. Die Umsetzung des Vorhabens solle im Herbst/ Winter dieses Jahres geschehen.

Frau Bakker-Dinkla erklärt, dass ihre Fraktion bezüglich des Projektes uneins sei. Teile der Fraktion seien der Auffassung, dass keine weiteren Grünflächen mehr bebaut werden sollten – auch nicht für städtischen Wohnraum. Sie selber würde jedoch für das Vorhaben stimmen. RM Aldegarmann merkt an, die damals geplante Absicht – anstelle des damaligen Parkplatzes – Wohnungen für Norderneyer zu schaffen, werde nun durch das geplante Bauvorhaben der WGN umgesetzt. RM Kiefer bestätigt, man müsse nicht nur von privaten Bauherren die Herstellung von Dauerwohnraum verlangen. In dem Vorhaben sehe er die beste Möglichkeit, den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

21.

Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur
Errichtung von Thalasso-Plattformen



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 21. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Errichtung von Thalasso-Plattformen

Die Verwaltung verweist auf die bereits stattgefundene Info-Veranstaltung der SBN zu diesem Bauvorhaben. Weiter berichtet die Verwaltung über die aktuellen Entwicklungen des Projektes.

Der schlechte Zustand der Anlagen sei allgemein bekannt. Die SBN beabsichtige nun, die bereits bestehenden Aussichtspunkte zu attraktivieren. Nach Auffassung des Landkreises kommt die beantragte Errichtung der Thalasso-Plattformen am Zuckerpad und Dünensender einem Neubau gleich. Aus diesem Grunde müssten die Maßnahmen daher verpflichtend behindertengerecht gestaltet werden. Durch die Attraktivierungsmaßnahmen würden die ohnehin stark frequentierten Anlagen weiter aufgewertet und den heutigen Ansprüchen gerecht. Besonders sensibel zu beachten sei jedoch zum einen auf baurechtlicher Ebene die Lage im Außenbereich, zum anderen unter naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten die Lage im FFH-Gebiet. In einem parallelen Verfahren werde daher seitens des Landkreises (Baugenehmigungsbehörde) die mögliche Beeinträchtigung öffentlicher Belange und somit die Zulässigkeit des Vorhabens nach § 35 Abs. 2 BauGB geprüft. Parallel werde die FFH-Verträglichkeit des Vorhabens von der Nationalparkverwaltung geprüft.

Die Verwaltung berichtet vom aktuellen Stand der Planung für die Plattform am Zuckerpad: Im Vorfeld sei das Höhenniveau des betroffenen Bereiches vermessen worden. Weiter habe eine artenschutzrechtliche Untersuchung im Hinblick auf „Rote-Liste-Arten“ bzw. gefährdete Arten stattgefunden. Im Bereich des Treppenaufganges sei ein Vorkommen der „Rosa Spinosissima“ (Dünenrose) zu verzeichnen gewesen. Die Plattform am Zuckerpad solle in Form einer spiralförmigen Holzkonstruktion errichtet werden, welche Informationsmöglichkeiten über Thalasso sowie den hiesigen Naturraum biete. Die maximale Höhe des Aufbaus betrage ca. 2,50 m. Die bestehende Pflasterfläche der Plattform werde aufgenommen und durch die Holzkonstruktion ersetzt. Die frei werdenden Dreiecksbereiche rund um die Plattform sollen begrünt und somit renaturiert werden.

Am Dünensender sei ebenfalls eine artenschutzrechtliche Untersuchung durchgeführt worden, welche ein Glockenheidenvorkommen (Vorwarnstufe) im betroffenen Bereich verzeichne. Konzeptionell sei eine andere Richtung eingeschlagen worden. Die gepflasterte Fläche werde „entsiegelt“. Zudem würden Informationsmöglichkeiten eingerichtet und durch strandkorbähnliche Sitzgelegenheiten sowie „Bilderrahmen“ als Gestaltungselemente ergänzt.

Fraglich sei jedoch, auf welche Weise die bereits erwähnten Vorgaben des Landkreises hier Umsetzung fänden und es auch Menschen im Rollstuhl o.ä. ermöglicht werde, diese Aussichtsplattform zu erreichen.

RM Kiefer merkt an, die vorliegenden Zeichnungen wiesen keine Verhältnismäßigkeit auf. Anzuraten sei es, die Plattform durch den gezielten Einsatz natürlicher Mittel (Sandaufschüttung u.a.) weniger mächtig erscheinen zu lassen. Ferner sei es fraglich, wie eine behindertenfreundliche Aufwegung zur Plattform geschaffen werden könne. Es sei eine maximale Steigung von 6 % anzustreben. Die Entwicklung des Aufweges sei nicht den Kosten geschuldet, so die Verwaltung. Vielmehr werde sie durch die Wechselwirkung der

Forderung nach Behindertengerechtigkeit und dem möglichen Ausmaß des Eingriffes in die Natur beeinflusst. Daher fände eine Abwägung beider Faktoren statt, welche einen optimalen „Mittelweg“ hervorbringen solle. RM Plavenieks fordert, man müsse bei der Schaffung solcher Einrichtungen zwingend auf die Bedürfnisse und Eigenschaften behinderter Menschen eingehen, auch wenn durch solche Maßnahmen ein höherer Landschaftsverbrauch zu verzeichnen sei. BG Onnen wendet ein, die Bedingungen für eine Behindertengerechtigkeit seien nicht zu schaffen. Zwar gäbe es dringenden Handlungsbedarf, man dürfe jedoch die in der Folge zwingend notwendigen Unterhaltungskosten nicht außer Acht lassen. RM Bakker-Dinkla merkt an, 2/3 ihrer Fraktion sei derselben Auffassung wie BG Onnen. Sofern keine naturschutzrechtlichen Gründe dagegen sprächen, stehe RM Bakker-Dinkla zu dem Vorhaben.

Die Verwaltung führt an, die FFH-Verträglichkeit werde unter anlagen- und baubedingten Wirkfaktoren in einem sehr umfangreichen Verfahren geprüft. Dahingehend sei u.a. das Landschaftsbild zu bewerten, ob bspw. durch die Attraktivierung der Objekte möglicher Anstieg der Besucherzahlen ein zusätzlicher Störfaktor konstruiert werde. BG Nüchter merkt an, er habe das Vorhaben, wie auch RM Bakker-Dinkla, im Aufsichtsrat positiv begleitet und fände es bedenklich, wenn Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden würden und ihnen solch ein Erlebnis verwehrt bliebe. RM Aldegarmann führt an, der Wert einer solchen Landschaft könne einzig und allein durch solche Aussichtsplattformen erkannt werden. Daher sei es zwingend notwendig, nach heutigen Standards und unter Beachtung der naturrechtlichen Vorgaben die Pläne zur Errichtung solcher Plattformen zu unterstützen.

Der Vorsitzende weist auf die Steigung des Aufweges am Dünensender von 16 % hin. Die Verwaltung erläutert, die Düne weise ein höheres Niveau auf und die Topografie stelle sich schwierig dar. Für den Vorsitzenden stellt sich die Frage, ob die Verringerung der Steigung und der dadurch zwangsweise längere Aufgang, den zunehmenden Eingriff in die Natur rechtfertige. RM Kiefer führt an, es müsse über Kompromisse nachgedacht werden. Man könne eine behindertengerechte Umsetzung am Zuckerpad ermöglichen und am Dünensender eine „kleine Lösung“ (Instandsetzung der Zuwegung u.a.) angehen.

Beschluss

Mehrheitlich wird der Bauantrag – vorbehaltlich der Prüfung der FFH-Verträglichkeit und der Stellungnahme des Landkreises – positiv bewertet. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH mit 6 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme zu.

6 Stimmen dafür

1 Stimme dagegen

0 Enthaltungen

22.

Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur
Umnutzung der Liegehalle an der
Viktoriastraße in eine saisonale
Schankwirtschaft



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 22. Bauantrag Staatsbad Norderney GmbH zur Umnutzung der Liegehalle an der Viktoriastraße in eine saisonale Schankwirtschaft

Die Verwaltung stellt den Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH vor. Geplant sei die Genehmigung der Umnutzung des Wetterschutzes an der Viktoriastraße zu einer saisonalen Schankwirtschaft. Beschlossen habe man den Bauantrag bereits in der nichtöffentlichen Sitzung.

Beschluss

Infolge des Einwandes von RM Kiefer, es sei auch ein Beschluss in der öffentlichen Sitzung von Nöten, wird die Beschlussfassung wiederholt. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Bauantrag der Staatsbad Norderney GmbH, wie schon in der vorhergegangenen nichtöffentlichen Sitzung, einstimmig zu.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

23.

Bebauungsplan Nr. 34 A "Marienstraße"

- Neuaufstellung a) Beratung über die
während der öffentlichen Auslegungen
und Beteiligungen der Behörden und
Träger öffentlicher Belange

vorgebrachten Stellungnahmen b)

Satzungsbeschluss



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

- TOP 23. Bebauungsplan Nr. 34 A "Marienstraße" - Neuaufstellung a)
Beratung über die während der öffentlichen Auslegungen
und Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher
Belange vorgebrachten Stellungnahmen b)
Satzungsbeschluss**

– Entfallen –

24.

Bebauungsplan Nr. 25 C "Nordhelm-Ost"

- 2. Änderung; Beschluss zur

Auslegung



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB III	600.10.002; 022.32; 622.20.003		
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Bauen und Umwelt		öffentlich	12.08.2014
Verwaltungsausschuss		nichtöffentlich	13.08.2014

Bebauungsplan Nr .25 C 'Nordhelm Ost' - Verfahren zur 2.Änderung Beschluss über die Auslegung

Sachverhalt

Im Zuge der Bearbeitung des Bebauungsplanes für den mittleren Siedlungsbereich wird festgestellt, dass auch die Festsetzungen im östlichen Teil teilweise übergroße, siedlungsuntypische Erweiterungen oder Anbauten zulassen. Analog zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 B „Nordhelm Mitte“ sollte auch dieser Bebauungsplan geändert werden.

Der Beschluss zur Änderung wurde am 30.06.2010 gefasst. Die erste Beratung des Planentwurfes fand im öffentlichen Bauausschuss vom 06.02.2014 statt.

Der Planentwurf orientiert sich an den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 25 B: Über die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes (§11 BauNVO) „Dauerwohnen und Gästebeherbergung“ soll das Verhältnis zwischen der Wohnnutzung und der Beherbergungsfunktion gesteuert werden. Weiterhin werden sonstige Sondergebiete für die vorhandenen Reitanlagen sowie die Meierei festgesetzt.

Das Maß der baulichen Nutzung wird über die detaillierte Festsetzung von Baugrenzen und –linien, Gebäudehöhen und Firstrichtungen bestimmt.

Die örtlichen Bauvorschriften werden ergänzt, um das Bild der Nordhelmsiedlung zu erhalten.

Finanzielle Auswirkungen

- Nein
 Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-Herstellungskosten)
Euro

- Jährliche Folgekosten/ lasten
 Einmalig
Euro

Beschlussvorschlag

Dem vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 25 C „Nordhelm Ost“ mit Begründung wird zugestimmt und beschlossen, den Entwurf mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB, in der derzeit gültigen Fassung, für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig durchgeführt.

Norderney, 04.08.14

Der Bürgermeister
i.V.

(Reising)

Stadt Norderney

Landkreis Aurich

Bebauungsplan Nr. 25 C

„Nordhelm-Ost“

2. Änderung

Im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB



Übersichtsplan

08. August 2014

Entwurf

Escherweg 1
26121 Oldenburg
Postfach 3867
26028 Oldenburg

Telefon 0441 97174-0
Telefax 0441 97174-73
Email info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de

Gesellschaft für räumliche
Planung und Forschung



INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG.....	3
1.1.	Planungsanlass	3
1.2	Rechtsgrundlagen	3
1.3	Geltungsbereich des Bebauungsplanes	3
1.4	Beschreibung des Plangebietes	4
1.5	Bestandsanalyse	4
1.5.1	Erschließungsstruktur.....	4
1.5.2	Nutzungsstruktur	4
1.6	Planungsrahmenbedingungen.....	8
1.6.1	Ziele der Raumordnung.....	8
1.6.2	Flächennutzungsplan	8
1.6.3	Satzungen	9
1.6.4	Bebauungsplan Nr. 25 C und Bebauungsplan Nr. 25 C, 1. Änderung	11
2.	ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG	12
3.	BETEILIGUNGSVERFAHREN, WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG, GRUNDLAGEN UND ERGEBNISSE DER ABWÄGUNG	14
3.1	Verfahren	14
3.2	Ergebnisse der Beteiligungsverfahren.....	16
3.3	Relevante Abwägungsbelange	16
3.3.1	Verkehrliche Belange	16
3.3.2	Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse.....	17
3.3.3	Belange von Natur und Landschaft	17
3.3.4	Belange des Artenschutzes.....	17
4.	INHALTE DES BEBAUUNGSPLANES	19
4.1	Art der baulichen Nutzung	19
4.1.1	Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"	19
4.1.2	Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"	27
4.1.3	Sonstiges Sondergebiet "Meierei"	28
4.2	Maß der baulichen Nutzung, Bauweise	29
4.2.1	Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"	29
4.2.2	Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"	30
4.2.3	Sonstiges Sondergebiet "Meierei"	30
4.3	Baugrenzen, Baulinien	31
4.3.1	Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"	31
4.3.2	Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"	32
4.3.3	Sonstiges Sondergebiet "Meierei"	33
4.4	Private Grünflächen.....	33
4.5	Öffentliche Verkehrsflächen	35
5.	GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN	36
6.	HINWEISE	43
7.	ERGÄNZENDE ANGABEN.....	43
7.1	Städtebauliche Übersichtsdaten	43
7.2	Ver- und Entsorgung	43
8.	DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF	44

ANLAGEN

Bestandsplan

Anhang: Allgemeine Vorprüfung nach UVPG

1. EINLEITUNG

1.1. Planungsanlass

Die Stadt Norderney hat die Absicht, durch die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C die vorhandenen Siedlungsstrukturen in der Nordhelmsiedlung durch bauleitplanerische Festsetzungen nachhaltig zu sichern.

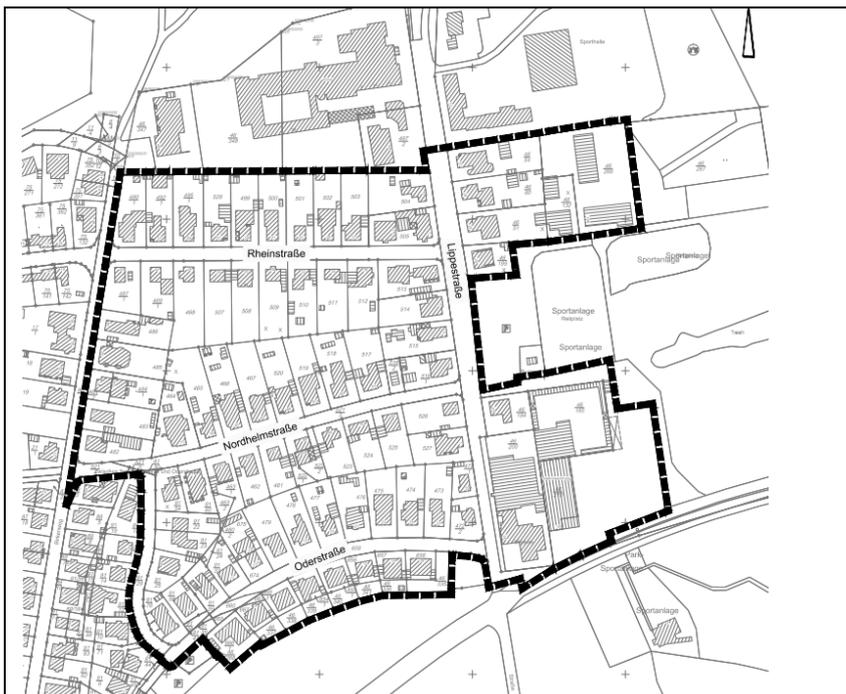
1.2 Rechtsgrundlagen

Rechtliche Grundlagen des Bebauungsplanes Nr. 25 C, 2. Änderung, sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV), das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), die Niedersächsische Bauordnung (NBauO), das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

1.3 Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 25 C, 2. Änderung, erfasst den östlichen Bereich in der Nordhelmsiedlung. Der Planbereich erfasst folgende Siedlungsquartiere:

- Grundstücke beidseitig der Rheinstraße (östlicher Abschnitt),
- Grundstücke beidseitig der Nordhelmstraße (östlicher Abschnitt),
- Grundstücke beidseitig der Oderstraße,
- Grundstücke östlich des Birkenwegs (nördlicher Abschnitt) und östlich „Am Schirrhof“,
- Grundstücke westlich der Lippestraße (bis Kurklinik),
- Grundstücke östlich der Lippestraße (ausgenommen Freizeit- und Erholungsheim und Sportanlagen).



1.4 Beschreibung des Plangebietes

Die verkehrliche Erschließung der Nordhelmsiedlung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 25 C erfolgt durch ein Ringstraßensystem, wobei die Nordhelmstraße, die Lippestraße und der Birkenweg den Charakter von Sammelstraßen haben. Über den Birkenweg und die Lippestraße besteht eine fußläufige Anbindung an den Nordseestrand.

Bei den Flächen westlich der Lippestraße handelt es sich um bebaute Grundstücke mit ein- bis zweigeschossiger Bebauung, die zum Dauerwohnen und zum Ferienwohnen genutzt werden. Gewerbliche Einrichtungen sind untergeordnet vorhanden. Kennzeichnend für diesen Bereich der Nordhelmsiedlung sind überwiegend kleinteilige Siedlungshäuser entlang der Erschließungsstraßen. Die Vorderhäuser wurden auf den rückwärtigen und seitlichen Grundstücken durch Anbauten ergänzt. Insgesamt überwiegt eine eingeschossige Bebauung. Einige zweigeschossige Baukörper wirken störend auf das Siedlungsbild. Auf der Ostseite der Lippestraße sind neben den o.g. Gebäuden mit Wohn- und Feriennutzung gewerbliche Nutzungen und Freizeitangebote vorhanden.

1.5 Bestandsanalyse

Zur Vorbereitung der bauleitplanerischen Festsetzungen wurde eine detaillierte Bestandsanalyse durchgeführt, die die Nutzungsstruktur und die Gebäudecharakteristik erfasst.¹

1.5.1 Erschließungsstruktur

Durch das Plangebiet verläuft in Nord-Süd-Richtung die Lippestraße als Sammelstraße und als direkte Erschließungsstraße für die angrenzenden Grundstücke. In Westrichtung sind die Rheinstraße, die Nordhelmstraße und die Oderstraße angebunden, die zusammen mit dem westlich gelegenen Birkenweg und der Straße „Am Schirrhof“ die Wohnquartiere westlich der Lippestraße erschließen. Die Lippestraße führt im Norden zu den Strandabschnitten. Eine Bushaltestelle befindet sich in der Lippestraße in der Höhe der Rheinstraße.

1.5.2 Nutzungsstruktur

Die Gebäude im Planungsgebiet werden überwiegend wohngenutzt. Dabei handelt es sich um Dauerwohnen mit inseltypischer Privatvermietung. Entsprechend ist eine starke Durchmischung von allgemeinem Wohnen und Ferienwohnungen bzw. Ferienappartements vorhanden. Die Ferienwohnungen sind überwiegend in die Wohngebäude integriert. I.d.R. sind ein bis zwei Ferienwohnungen pro Wohngebäude vorhanden. Ein Gebäude am Birkenweg weicht von den übrigen Strukturen stark ab und hat mit mehreren Wohneinheiten den Charakter eines Mehrfamilienhauses.

Auf der Ostseite der Lippestraße sind mehrere Reitanlagen vorhanden. Zudem befinden sich im südlichen Abschnitt ein Restaurant mit Café und ein Gewerbebetrieb für Haustechnik. In den Quartieren auf der Westseite sind neben der Dauerwohn- und Ferienwohnnutzung eine Versicherungsagentur, eine Fußpflegepraxis, ein Sonnenstudio und eine Wäscherei vorhanden. Diese sind in die Wohngebäude integriert.

Nördlich im Anschluss an das Plangebiet befinden sich das Krankenhaus, ein Café und ein Wohnheim auf der Westseite der Lippestraße sowie ein Freizeit- und Erholungsheim auf der Ostseite der Lippestraße.

Als technische Einrichtung befindet sich eine Trafostation an der Nordhelmstraße.

¹ siehe Bestandsplan im Anhang

1.5.3 Baulich - räumliche Strukturen /Freiflächen

➤ Quartiere mit Wohnen und Gästebeherbergung

Die Wohnquartiere in diesem Abschnitt der Nordhelmsiedlung sind durch eine straßenseitige Bebauung mit überwiegend einheitlicher Bauflucht gekennzeichnet. Typisch für diese Quartiere sind Vorderhäuser mit Ausrichtung zu den Erschließungsstraßen und rückwärtigen größeren Anbauten zu Vermietungszwecken. Größtenteils sind relativ tiefe Grundstücke vorhanden, so dass in den inneren Bereichen der Quartiere größere zusammenhängende Freiflächen verbleiben, die als Garten genutzt werden und teilweise Nebenanlagen beinhalten. Eine leicht abweichende Struktur stellt sich an der Oderstraße dar, wo nur geringe Grundstückstiefen und keine rückwärtigen Anbauten vorhanden sind. Südlich und östlich der straßenseitigen Bauzeile sind private Gartenflächen als Freiflächen vorhanden. Die erforderlichen Einstellplätze der Wohngebäude befinden sich auf den privaten Grundstücken.

Die Wohngebäude im Plangebiet sind überwiegend eingeschossig und mit geneigten Dächern versehen. Zweigeschossige Gebäude oder Gebäudeteile mit zwei Vollgeschossen (diese dann häufig als Flachdach) befinden sich an der Rheinstraße, der Lippestraße und am Birkenweg. Neben der – mit Ausnahme der südlichen Bauzeile an der Oderstraße - typischen Gebäudestruktur mit Vorderhäusern und wohngenutzten Anbauten, die sich als eigenständige Baukörper darstellen, sind auch weitere kleinere Anbauten vorhanden, die teilweise zu Überformungen führen. Auch die Anordnung von Balkonen, Gauben, auskragenden Obergeschossen und Außentreppen führt zu Überformungen. In einigen Bereichen sind Garagen als Ferienwohnung umgebaut worden. Auch wird in einigen Gebäuden eine 3. Ebene zu Wohnzwecken genutzt. Nachfolgend wird die Charakteristik der einzelnen Quartiere aufgelistet:

Rheinstraße Nord	
Geschossigkeit	eingeschossig, mehrere zweigeschossige Vorderhäuser
Ausrichtung	giebelständig zur Erschließungsstraße, Bauflucht relativ einheitlich
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe Rot- und Grautöne, unterschiedliche Firsthöhen
Fassaden Vorderhaus	überwiegend einheitlich
Anbauten	viele größere Anbauten rückwärtig
Überformung	durch Dachaufbauten, überkragende Dachgeschosse, Balkone, zweigeschossige Bebauung, 3. Ebene
Gesamtbild	homogene Struktur beeinträchtigt
Rheinstraße Süd	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	giebel- u. traufständig zur Erschließungsstraße, Bauflucht leichte Versätze
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe Rot- und Grautöne, unterschiedliche Firsthöhen
Fassaden Vorderhaus	überwiegend einheitlich
Anbauten	rückwärtig und seitlich, wenige
Überformung	durch umgebaute Garagen, Balkone, Fassadenverkleidungen
Gesamtbild	homogene Struktur beeinträchtigt

Nordhelmstraße Nord	
Geschossigkeit	überwiegend eingeschossig, 2 x zweigeschossig im Vorderhaus
Ausrichtung	giebelständig zur Erschließungsstraße, einheitliche Bauflucht
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe Rot- und Grautöne, unterschiedliche Firsthöhen
Fassaden Vorderhaus	unterschiedliche Materialien
Anbauten	rückwärtig und seitlich, viele vorhanden
Überformung	durch Gauben, Außentreppen, Materialien, Geschossigkeit, 3. Ebene
Gesamtbild	keine homogene Struktur
Nordhelmstraße Süd	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	traufständig zur Erschließungsstraße, einheitliche Bauflucht
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe überwiegend rot bis rotbraun, auch anthrazit, ähnliche Firsthöhe, ähnliche Firsthöhe
Fassaden Vorderhaus	überwiegend rötliches Verblendmauerwerk in den Vorderhäusern,
Anbauten	rückwärtig und seitlich, wenige vorhanden
Überformung	durch Gauben, Außentreppen, Materialien,
Gesamtbild	homogene Struktur
Oderstraße Nord	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	giebelständig zur Erschließungsstraße, einheitliche Bauflucht
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe überwiegend rot bis rotbraun, auch anthrazit, ähnliche Firsthöhe
Fassaden Vorderhaus	überwiegend rötliches Verblendmauerwerk in den Vorderhäusern, teilweise mit anderen Materialien abgesetzt
Anbauten	rückwärtig und seitlich
Überformung	durch Gauben
Gesamtbild	homogene Struktur
Oderstraße Süd	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	traufständig zur Erschließungsstraße, einheitliche Bauflucht,
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldachhäuser mit ähnlicher Dachneigung, symmetrische Dächer, keine Drempel, Dachfarbe überwiegend anthrazit, ähnliche Firsthöhe
Fassaden Vorderhaus	unterschiedliche Gestaltung
Anbauten	keine nennenswerten vorhanden
Überformung	durch Gauben der Neubauten
Gesamtbild	homogene Struktur

Birkenweg, östliche Seite	
Geschossigkeit	überwiegend eingeschossig, zweigeschossiges Mehrfamilienhaus
Ausrichtung	überwiegend traufständig, zur Erschließungsstraße, einheitliche Bauflucht
Dachgestaltung Vorderhaus	mit rotem Satteldach, symmetrische Dächer, keine Drempel,
Fassaden Vorderhaus	überwieg. helle Putzbauten, Mehrfamilienhaus in rotem Verblendmauerwerk
Anbauten	abgeteiltes Grundstück für Hauptgebäude, ein Anbau zu gewerbl. Zwecken
Überformung	durch Mehrfamilienhaus
Gesamtbild	homogene Struktur beeinträchtigt
Am Schirrhof	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	unterschiedliche Firstrichtungen und Fluchten
Dachgestaltung Vorderhaus	dunkle Dächer
Fassaden Vorderhaus	rotes Verblendmauerwerk
Anbauten	Anbauten sehr ausgeprägt, südliches Haus ohne Anbau
Überformung	durch Dachaufbauten, 3. Ebene
Gesamtbild	keine homogene Struktur
Ecke Rheinstraße / Lippestraße	
Geschossigkeit	zweigeschossige Flachdachbauten an Nordseite, zweigeschossiger Bau mit Satteldach an Südseite
Ausrichtung	Baufluchten raumwirksam, Firstrichtung Süd traufständig, wie Bebauung südlich Rheinstraße
Dachgestaltung Vorderhaus	Flachdächer und Satteldach
Fassaden Vorderhaus	überwiegend einheitlich rotes Verblendmauerwerk
Anbauten	Anbauten teilweise sehr ausprägend
Überformung	straßenseitige Baukörper fallen aus dem gesamten Erscheinungsbild der Siedlung raus, 3. Ebene vorhanden
Gesamtbild	Flachdachbauten wirken für sich im Eckbereich als Einheit
Lippestraße nordöstlich	
Geschossigkeit	eingeschossige Vorderhäuser, überwiegende zweigeschossige Anbauten ,
Ausrichtung	giebelständige Vorderhäuser, rückwärtig zweigesch., einheitliche Flucht
Dachgestaltung Vorderhaus	unterschiedliche Dachgestaltung (Satteldächer, Krüppelwalm), rote und dunkle Dächer, Solaranlagen, Drempel vorhanden
Fassaden Vorderhaus	überwiegend einheitlich Rottöne bei den Vorderhäuser, südliches Haus weißer Putzbau mit Verkleidung
Anbauten	Anbauten sehr ausgeprägt, südliches Haus ohne Anbau
Überformung	durch Masse der rückwärtigen Anbauten, Balkone, Erker
Gesamtbild	bis auf südliches Haus homogene Struktur

Lippestraße westlich bis Einmündung Oderstraße	
Geschossigkeit	eingeschossig
Ausrichtung	kleinteilige giebelständige Vorderhäuser, Bauflucht leichte Versätze
Dachgestaltung Vorderhaus	Satteldächer, kein Drempel
Fassaden Vorderhaus	überwiegend einheitlich Rottöne bei den Vorderhäusern
Anbauten	Anbauten teilweise sehr ausgeprägt
Überformung	durch ausgeprägte Anbauten
Gesamtbild	keine homogene Struktur

➤ **Gewerbliche Nutzungen (Meierei)**

Bei dem Restaurant/Café und dem Haustechnikgewerbe handelt es sich um einen zusammenhängenden Gebäudekomplex in der ehemaligen Meierei, die als Baudenkmal eingestuft ist. Die gewerbliche Haustechnikfirma befindet sich in einem langgestreckten Gebäude, das straßenseitig mit einem Krüppelwalmdach und rückwärtig mit einem Flachdach versehen ist. Dabei handelt es sich um den umgenutzten Wirtschaftsteil einer ehemaligen Hofstelle, dem im Norden ein Parkplatz vorgelagert ist. Das Restaurant/Café befindet sich im ehemaligen Wohnteil mit Krüppelwalmdach und wurde durch Anbauten mit Flachdächern ergänzt.

➤ **Reiterhöfe**

Die Reiterhöfe sind durch funktionale Hallenbauten mit flachgeneigten Dächern und größtenteils versiegelten Freiflächen gekennzeichnet.

1.6 Planungsrahmenbedingungen

1.6.1 Ziele der Raumordnung

Gemäß den Vorgaben des **Landesraumordnungsprogrammes (LROP 2008 und Fortschreibung 2012)** sind die touristischen Schwerpunkträume auf den ostfriesischen Inseln zu sichern und zu entwickeln, da entlang der niedersächsischen Nordseeküste der Tourismus eine der wichtigsten Erwerbsgrundlagen ist und das attraktivste Angebot die Inseln und die Küstenbadeorte sind. Der Inseltourismus ist auch für die Erhaltung der Tragfähigkeit der Infrastruktur und der Angebote der Daseinsvorsorge auf den Inseln und in den Küstenorten von hoher Bedeutung.

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP 1992) des Landkreises Aurich ist seit dem 20.07.2006 nicht mehr gültig. Daher sind derzeit die Vorgaben der Landesraumordnung maßgebend.

1.6.2 Flächennutzungsplan

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Norderney von 1975 sind die Flächen im Planungsraum als allgemeines Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,6 dargestellt. Östlich der Lippestraße befindet sich die Darstellung eines Reiterhofes.

Die Stadt Norderney plant die Änderung der Darstellung für die Nordhelmsiedlung im Flächennutzungsplan vom allgemeinen Wohngebiet in eine Sonderbaufläche "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13 a Abs. 2, Satz 2 BauGB. Der Reiterhof wird ebenfalls als Sonderbaufläche dargestellt.

1.6.3 Satzungen

Für die Nordhelmsiedlung gelten verschiedene Satzungen:

➤ **Erhaltungssatzung Nr. 11 von 2013**

Die Erhaltungssatzung Nr. 11 wurde neu gefasst und ist mit Bekanntmachung vom 24.08.2013 im Amtsblatt in Kraft getreten. Zielsetzung der Satzung ist die Erhaltung der städtebaulichen Strukturen für die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Milieuschutz). Nutzungsänderungen, bauliche Änderungen oder Abbruch bedürfen der Genehmigung, diese kann versagt werden, wenn Erhaltungsgründe im Sinne dieser Satzung vorliegen. Um die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhalten, ist die Anlage der Satzung mit Vorgaben zu Anteilen von dauergenutzten Wohnungen und einer Mindestwohnungsgröße von 60 m² Wohnfläche zu beachten. Die Erhaltungssatzung Nr. 11 bleibt von der Bebauungsplanänderung unberührt. Die Planung steht mit den Zielen in Einklang und ergänzt und unterstützt die Wohnfunktion.

➤ **Satzung zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen (2006)**

Die Satzung der Stadt Norderney vom 14.07.2006 zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen gemäß § 22 BauGB erstreckt sich auf Teile der im Zusammenhang bebauten Ortslage im Westteil der Insel. Hierzu gehört neben größeren Bereichen am westlichen Rand und Teilbereichen im Südwesten der Insel auch die Nordhelmsiedlung einschließlich des Bebauungsplangebietes Nr. 25 C. Die Satzung umfasst damit nur solche Gebiete, die überwiegend vom Fremdenverkehr geprägt sind. Die Prägung der bebauten Bereiche liegt dabei in ihrer originären oder entwickelten Fremdenverkehrsnutzung. Die Satzung bezieht nur bebaute Flächen ein, die Fremdenverkehrsfunktionen erfüllen. Gebiete oder auch Einzelgrundstücke, die aufgrund der monostrukturellen Gesamtschau nur eine mittelbare Funktion erfüllen, wurden ausgeklammert.

Zielsetzung der Satzung ist die Vermeidung von negativen Ausdehnungen der Zweitwohnungen vor dem Hintergrund, dass

- besondere örtliche Gesundheitsfaktoren dem Nutzen der Allgemeinheit entzogen werden,
- die Existenzgrundlage "Fremdenverkehr" durch Substanzentzug für gewerblichen Fremdenverkehr gefährdet ist,
- eine Verdrängung der ursprünglichen ortsansässigen Bevölkerung erfolgt und
- in erhöhtem Umfang Infrastruktur vorzuhalten ist.

In der Satzung wurde eine Genehmigungspflicht für Teilung von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) für folgende Bereiche festgelegt.

- Wohnungseigentum,
- Teileigentum,
- Wohnungserbbaurechte/Teilerbbaurechte,
- Dauerwohnrechte, Dauernutzungsrechte.

Der Verlust der vorhandenen oder vorgesehenen Zweckbestimmung der erfassten Gebiete im Gesamtkomplex der fremdenverkehrlichen Nutzung der Insel würde unweigerlich die weitere geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigen. Hierbei ist insbesondere die räumliche Situation der Insel beachtlich, die eine städtebaulich funktionale, homogene Entwicklung erfordert. Fehlentwicklungen, d.h. der Substanzverlust an Fremdenverkehrsfunktion, bedingt durch das weitere Verbreiten von Zweitwohnungen, können nicht durch die weitere Ausweisung von Bauland ausgeglichen werden. Die funktionsgerechte Strukturhaltung in den heutigen Fremdenverkehrsfunktionsbereichen ist deshalb zwingend. Zur Sicherung der Zweckbestimmung der Gebiete mit Fremdenverkehrsfunktion wurde in der Satzung die Genehmigungspflicht für Teilung von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) festgelegt.

➤ Gestaltungssatzung (1993)

Die Inhalte der Gestaltungssatzung gelten auch für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 25 C, 2. Änderung und werden nachfolgend zusammengefasst:

Balkone, Loggien und Erker	<ul style="list-style-type: none"> • Balkone, Loggien und Erker über 75 cm zur Straßenseite sind nicht zulässig, Breite max. die Hälfte der Gebäudelänge bzw. max. 2 m • in Fassade zu integrieren und gestalterisch davon abzusetzen, keine massive Ausführung der Brüstungen
Dach	<ul style="list-style-type: none"> • Kastengauben sind unzulässig • Gesamtlänge Dachaufbauten und Dacheinschnitte darf ½ Trauflänge nicht überschreiten • max. 1 m Abstand von Dachaufbauten und Dacheinschnitten zu First und Walmgrad sowie zu Trauf- und Giebelwand • Nutzungen zur Solarenergie bis 50 % der Gesamtdachfläche zulässig, beim Flachdach nur, wenn zur Straßenseite nicht einsehbar • Werbeanlagen auf und über Dachflächen und Traufen sind nicht zulässig
Vorgärten, Einstellplätze, Garagen, Nebenanlagen	<ul style="list-style-type: none"> • nicht bebaute Fläche an Straße ist als Vorgarten anzulegen, mind. 1 m breit • Kfz-Stellplätze und Zufahrten mind. 1 m Abstand zu Nachbargrundstück + Grenzbepflanzung • Ausnahmen im Gebäudebestand möglich
Einfriedungen	<ul style="list-style-type: none"> • max. 1,20 m für Einfriedungen, die nicht aus lebenden Pflanzen bestehen • Trennwände im Terrassenbereich sind als seitliche Einfriedung bis zu 1,80 m Höhe und 2,50 m Tiefe zulässig.
Abfallbehälterstandplätze	<ul style="list-style-type: none"> • Standplätze sind gestalterisch in Gebäude, Gartenanlagen oder Einfriedungen einzubeziehen

➤ Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Windfänge, Wintergärten) – "Wintergartensatzung"

Die sogenannte "Wintergartensatzung" wurde geändert und gilt nunmehr mit Stand vom 03.12.2010. Die Satzung erlaubt das Überschreiten von Baugrenzen für Windfänge und Wintergärten im Sinne dieser Satzung für den Geltungsbereich bestimmter Bebauungspläne.

1.6.4 **Bebauungsplan Nr. 25 C und Bebauungsplan Nr. 25 C, 1. Änderung**

Für das Plangebiet gilt der Bebauungsplan Nr. 25 C vom 24.08.2000 mit folgenden Festsetzungen:

➤ **Wohnquartiere**

Für die Wohnquartiere und die ehemalige Meierei sind als Art der baulichen Nutzung allgemeine Wohngebiete gemäß § 4 BauNVO ausgewiesen. Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach Abs. 3 Nr. 2 bis 6 BauNVO (nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe, Anlagen für Verwaltungen und Tankstellen) sind nicht zulässig.

Das Maß der baulichen Nutzung ist in den Wohnquartieren mit einer Grundflächenzahl von 0,3 und einer Geschossflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Die Anzahl der Vollgeschosse ist auf zwei begrenzt, ausgenommen ein Wohnhaus nördlich der Meierei mit der Zulässigkeit von einem Vollgeschoss. Es gilt die offene Bauweise.

Die überbaubaren Flächen orientieren sich sehr eng an den baulichen Strukturen mit Vorderhäusern und Anbauten. Dabei ist die Geschossigkeit so gegliedert, dass in den Vorderhäusern ein Vollgeschoss und in den Anbauten zwei Vollgeschosse zulässig sind. Bestehende Bauteile außerhalb der überbaubaren Flächen sind solange außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, bis sie durch einen Neubau ersetzt werden.

➤ **Gewerbliche Nutzungen**

Für die ehemalige Meierei ist als Art der baulichen Nutzung ein allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO mit der gleichen Nutzungsbeschränkung wie oben ausgewiesen. Die Meierei ist als Gesamtanlage, die dem Denkmalschutz unterliegt, gekennzeichnet. In der ehemaligen Meierei sind keine Angaben zum Maß der baulichen Nutzung enthalten, dieses ergibt sich aus dem Denkmalschutz.

➤ **Reiterhöfe**

Die Reiterhöfe sind als Sonderbaufläche „Reiten“ mit funktionsbezogenen Nutzungsfestsetzungen ausgewiesen. Das Maß der baulichen Nutzung ist mit einer Grundflächenzahl von 0,8 und einer Geschossflächenzahl von 1,2 festgesetzt. Die Anzahl der Vollgeschosse ist im nördlichen Sondergebiet auf zwei begrenzt, im südlichen Gebiet gilt eine Höhenbegrenzung. Die überbaubaren Flächen im nördlichen Gebiet orientieren sich am Bestand und schaffen kaum Erweiterungsmöglichkeiten. Die überbaubaren Flächen im südlichen Gebiet sichern den Bestand und Erweiterungsmöglichkeiten.

➤ **Sonstige Festsetzungen**

Weitere Festsetzungen sichern die Verkehrsflächen für Straßen, Grünflächen sowie eine Versorgungsfläche mit der Zweckbestimmung "Elektrizität". Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen sind zwischen den Baugrenzen und den Erschließungsstraßen nicht zulässig.

Außerhalb der Geltungsbereichs der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C sind Allgemeine Wohngebiete, die Sonderbauflächen „Freizeiterholungsheim“ und „Klinik, Krankenhaus“ sowie die Grünflächen „Dünengelände“ und „Reitplatz“, Flächen für die Abwasserentsorgung, Verkehrsflächen für Parkplätze sowie Flächen zum Erhalt und zum Anpflanzen von Gehölzen festgesetzt.

➤ **Gestalterische Festsetzungen**

Der Bebauungsplan enthält gestalterische Festsetzungen zu einer Mindesttraufhöhe von 1,50 m und zu maximalen Trauf- und Gebäudehöhen, zur Dachgestaltung, zu Außenwänden und zu Ausnahmen.

In den Wohnquartieren gelten Gebäudehöhen von maximal 8,50 m und Traufhöhen von maximal 3,5 m. Im südlichen Sondergebiet gelten Gebäudehöhen von maximal 7,0 m und Traufhöhen von maximal 4,8 m. Im nördlichen Sondergebiet und in der ehemaligen Meierei wurden keine Höhenfestsetzungen getroffen.

Im Allgemeinen Wohngebiet sind Dachflächenfenster auf der straßenzugewandten Seite nicht zulässig. Die Dacheindeckung ist in Rottönen auszuführen.

Für die Außenwände sind Rottöne vorgegeben, anteilmäßig ist auch heller Putz zulässig.

Ausnahmen von den Festsetzungen gelten für Wintergärten.

➤ **Bebauungsplan Nr. 25 C, 1. Änderung**

Die 1. Änderung vom 20.06.2005 betrifft das Sondergebiet „Freizeiterholungsheim“ außerhalb des Plangebietes; diese wurde in ein Sondergebiet „Klinik, Krankenhaus“ umgewandelt.

2. ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG

Die Nordhelmsiedlung ist durch die Bebauungspläne Nr. 25 A, B und C planerisch beordnet. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Norderney hat am 23.07.2008 die Aufstellungsbeschlüsse für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 25 B und 25 C sowie die entsprechende Flächennutzungsplanänderung gefasst. Das Änderungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 25 B ist abgeschlossen, dieser ist inzwischen durch öffentliche Bekanntmachung am 17.04.2014 rechtskräftig. Der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 A wurde erst deutlich später gefasst; am 01.12.2011.

Die Stadt Norderney sieht die Notwendigkeit, die Planung für den Bereich der Nordhelmsiedlung anzupassen. Für die unterschiedlichen Bereiche ergibt sich folgendes Planungserfordernis:

➤ **Wohnquartiere**

Die Nordhelmsiedlung ist kein klassisches allgemeines Wohngebiet. Die Nutzung besteht überwiegend aus einer Mischung aus allgemeinem Wohnen für Einheimische und aus Ferienwohnungen für Gäste sowie aus Zweitwohnungen für Auswärtige. Die vorhandene Nutzungsstruktur soll im Grundsatz bestehen bleiben. Die Stadt Norderney hat jedoch – wie viele andere Tourismusgemeinden auch – seit Jahren verstärkt mit der ungebremsten Entwicklung von Zweitwohnungen zu kämpfen. Auch wenn sich diese Entwicklung nicht vollends aufhalten lässt, soll im Rahmen dieser Bebauungsplanänderung darauf hingewirkt werden, auch weiterhin Wohnraum für die einheimische Bevölkerung zu sichern. Mit dem Festsetzungsinstrument allgemeines Wohngebiet lässt sich diese gewollte Entwicklung nicht ausreichend steuern. Das übergeordnete Ziel der Stadt Norderney ist daher die Ausweisung eines Sondergebietes "Dauerwohnen und Gästebeherbergung", gemäß § 11 BauNVO um die fortschreitende Entwicklung zu sog. "Zweitwohnungen" und die damit einhergehende Überfremdung zu bremsen.

Ein Planungserfordernis ergibt sich auch aus der aktuellen Rechtsprechung, wonach die grundsätzliche Zulässigkeit von Ferienwohnungen in allgemeinen Wohngebieten in Frage steht. Gegenüber der allgemeinen Wohnnutzung ist eine Ferienwohnnutzung nach aktueller Rechtsprechung eine eigenständig typisierte Nutzungsart, die in den Wohngebieten der BauNVO - zumindest ohne entsprechende Festsetzungen über Ausnahmen – nicht zulässig ist. Damit wäre die Nutzung im Plangebiet bei Beibehaltung des allgemeinen Wohngebietes nach aktueller Rechtslage überwiegend auf das Wohnen beschränkt und Ferienwohnungen nicht oder zumindest nur deutlich zur Hauptnutzung untergeordnet zulässig. Da die Privatvermietung von Ferienwohnungen jedoch gerade auf den Inseln ein charakteristische Merkmal in den Wohnquartieren ist und zudem für die Bereitstellung von ausreichend Unterkünften für die Gästebeherbergung erforderlich ist, soll durch das Sonstige Sondergebiet „Dauerwohnen und Gästebeherbergung“ gemäß § 11 BauNVO eine Rechtsgrundlage zur Bestandssicherung der Ferienwohnungen geschaffen werden.

Zielsetzung für die Wohnquartiere ist es, die in der Siedlung vorhandene Mischung von Gästebeherbergung und Wohnen mit dem Ziel zu steuern, ein touristisch funktionierendes, belebtes Wohn- und Ferienumfeld zu schaffen - unter Berücksichtigung der Wohninteressen der insularen Bevölkerung. Die Bevölkerungsentwicklung auf der Insel ist konstant, der Bedarf an Wohnungen für Einheimische wird bleiben. Problematisch ist die Deckung des Bedarfs an Wohneigentum für junge Familien. Ggf. ist zudem eine Zuwanderung aus dem Dienstleistungsbereich zu erwarten. Derzeit herrscht aufgrund der Altersstruktur und des Generationenwechsels ein hoher Immobiliendruck. Eine Nachfrage nach Häusern und Wohnungen besteht dabei insbesondere von auswärtigen Interessenten. Aufgrund der in den nächsten Jahren unweigerlich anstehenden Eigentumswechsel steht zu befürchten, dass hierbei weitere Einheiten auch in festländische Hände gehen. Eine Beibehaltung der derzeit bestehenden Regelungen würde die sich schon abzeichnende Entwicklung nicht bremsen können.

Zielsetzung der Stadt ist die Förderung einer dauerhaft genutzten Wohnung sowie regelmäßig in der Vermietung stehende Ferienappartements. Die Gemeinsamkeit entsteht hier durch die Beteiligung am Inselgeschehen, durch wirtschaftliche Betätigung und soziale Aktivitäten. Dieses trifft nicht zu auf Appartements, die nur an wenigen Tagen belegt sind. Hier wird kein wirtschaftlicher oder sozialer Beitrag geleistet, sondern nur städtische Infrastruktur in Anspruch genommen.

Im Rahmen dieser Bauleitplanung soll mit den rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln ein Regularium formuliert werden, das die Struktur der Siedlung beschreibt und gleichzeitig "mittelbar" Einfluss auf die Eigentumsverhältnisse nimmt. Als Art der Nutzung soll daher entsprechend der geplanten Darstellungen im Flächennutzungsplan ein Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" gemäß § 11 BauNVO mit differenzierter Steuerung der Nutzung durch entsprechende Festsetzungen ausgewiesen werden.

Weitere grundsätzliche Zielsetzung dieser Bebauungsplanänderung ist die Erhaltung der typischen Siedlungsstruktur mit Vorderhaus und Anbau, sowie den prägenden straßenseitigen Gebäudefluchten und Gebäudestellungen. Hierzu soll die bisherige Festsetzung der überbaubaren Flächen konkreter gefasst werden. Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung werden dagegen etwas einfacher gefasst. Die Block-Innenbereiche der tiefen Grundstücke sollen als quartiersinterne Freiflächen erhalten bleiben und durch eine Grünflächenfestsetzung von einer zu großen Anordnung von baulichen Anlagen freigehalten werden.

➤ **Gewerbliche Nutzungen**

Der Bereich der ehemaligen Meierei mit dem denkmalgeschützten baulichen Ensemble soll ebenfalls in ein Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO umgewandelt werden, um die spezifischen Nutzungen für die Versorgung zu sichern.

➤ **Reiterhöfe**

Die Sondergebiete für die Reiterhöfe bleiben bestehen, die Festsetzungen werden jedoch an den Bestand und mögliche Erweiterungen angepasst.

➤ **Gestalterische Festsetzungen**

Die prägenden Bestandteile des vorhandenen Ortsbildes sollen wie bisher durch gestalterische Festsetzungen gesichert werden. Dabei werden diese konkretisiert und an die heutigen Erfordernisse angepasst.

Die detaillierte Begründung der Planungsziele ergibt sich in Kapitel 4 bei der Begründung der Festsetzungen.

3. BETEILIGUNGSVERFAHREN, WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG, GRUNDLAGEN UND ERGEBNISSE DER ABWÄGUNG

3.1 Verfahren

Da für den Bebauungsplan Nr. 25 C, 2. Änderung, bereits ein Baurecht vorliegt und die Erschließung gesichert ist, handelt es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB, der im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden kann.

Gemäß § 13 a Abs. 1 Satz 2 BauGB darf der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nur aufgestellt werden, *wenn in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung oder eine Größe der Grundfläche festgesetzt wird von insgesamt*

- ⇒ *weniger als 20.000 Quadratmetern, wobei die Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, mitzurechnen sind, oder*
- ⇒ *20.000 Quadratmetern bis weniger als 70.000 Quadratmetern, wenn auf Grund einer überschlüssigen Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 dieses Gesetzes genannten Kriterien die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 in der Abwägung zu berücksichtigen wären (Vorprüfung des Einzelfalls); die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden können, sind an der Vorprüfung des Einzelfalls zu beteiligen.*

Im Bebauungsplan Nr. 25 C, 2. Änderung sind zulässige Grundflächenzahlen von 0,4 bis 0,8 festgesetzt, daher werden diese für die Ermittlung der Grundfläche herangezogen. Hieraus ergibt sich folgende Bilanz:

Sondergebiete Wohnen und Gästebeherbergung	Grz 0,4	21.240 m ²
Sondergebiete Reitanlagen	Grz 0,8	9.884 m ²
Sondergebiet Meierei	Grz 0,5	1.593 m ²
		32.717 m ²

Da die zulässige Grundfläche über dem gemäß § 13 a BauGB festgelegten Schwellenwert von 20.000 m² – aber unter 70.000 m² – liegt, wurde eine überschlägige Vorprüfung des Einzelfalls unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des UVP-Gesetzes genannten Kriterien durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass durch die Bebauungsplanänderung keine erheblichen Umwelteinwirkungen erzeugt werden, die in der Abwägung zu berücksichtigen wären. Die Träger öffentlicher Belange werden im Rahmen der Betroffenenbeteiligung gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 i.V. mit § 4 Abs. 2 BauGB an der Vorprüfung des Einzelfalls beteiligt.

Gemäß § 13 a Abs. 1 Satz 4 BauGB ist das beschleunigte Verfahren ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder nach Landesrecht unterliegen. Der Bebauungsplan Nr. 25 C, 2. Änderung mit dem Ziel der Bestandssicherung fällt nicht unter die UVP-pflichtigen Vorhaben nach dem UVP oder dem Landesrecht.

Gemäß § 13 a Abs. 1 Satz 5 BauGB ist das beschleunigte Verfahren auch ausgeschlossen, wenn Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter bestehen. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB umfasst die Erhaltungsziele und den Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Bezüglich des FFH-Gebietes (1) 2306-301 Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer und dem EU-Vogelschutzgebiet V01 Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer sind der Siedlungsraum und der Strand in Nähe zur Stadt Norderney vollständig ausgespart. Daher besteht diesbezüglich keine Betroffenheit.

Darauf hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Prüfkriterien zur Zulässigkeit von Plänen der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren auf eine ausreichende Berücksichtigung der Umweltbelange abzielen. Da es sich bei den Flächen im Plangebiet um einen komplett erschlossenen Siedlungsbereich handelt, in welchem

- bereits alle Grundstücke einer Bebauung zugeführt sind,
- durch die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Baugrenzen/Baulinien eine Bestandssicherung der baulichen Strukturen erfolgt,
- keine zusätzlichen Baurechte geschaffen werden,
- keine zusätzlichen Verkehrsflächen geschaffen werden,
- kein zusätzlicher Eingriff in die Schutzgüter von Natur und Landschaft entsteht,
- und darüber hinaus von Bebauung freizuhaltende Block-Innenbereiche und eine bisher für Garagen vorgesehene Fläche als Grünflächen gesichert werden,

ist keine Betroffenheit für die Umweltbelange im Sinne dieses Gesetzes zu erkennen.

Nach Prüfung der gesetzlichen Vorgaben für ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB kommt die Stadt Norderney zu der Auffassung, dass die Bebauungsplanänderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Abs. 2 BauGB durchgeführt werden kann.

Da die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C als Plan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB aufgestellt wird, kann gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist; die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes darf nicht beeinträchtigt werden; der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Der Bebauungsplan entspricht einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, da hier in erster Linie eine Bestandssicherung erfolgt und durch die Bauflächen keine neuen Konfliktsituationen geschaffen werden. Der Flächennutzungsplan der Stadt Norderney wird daher im Wege der Berichtigung angepasst.

3.2 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

Gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB gelten bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im beschleunigten Verfahren die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 entsprechend. Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauGB kann im vereinfachten Verfahren

1. von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 abgesehen werden,
2. der betroffenen Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben oder wahlweise die Auslegung nach § 3 Abs. 2 durchgeführt werden.

Die Stadt Norderney führt eine Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom [REDACTED] bis einschließlich [REDACTED] gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i.V. mit § 3 Abs. 2 BauGB durch. Auf eine frühzeitige Bürgerbeteiligung wird verzichtet. Parallel zur öffentlichen Auslegung erfolgt eine Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 i.V. mit § 4 Abs. 2 BauGB.

3.3 Relevante Abwägungsbelange

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bebauungsplänen die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

3.3.1 Verkehrliche Belange

Die verkehrlichen Belange sind nicht betroffen, da die Erschließung durch die bestehenden ausgebauten Straßen sichergestellt ist. Die erforderlichen Festsetzungen zur Sicherung der Erschließung werden aus dem Ursprungsplan übernommen. Durch die Begrenzung der Wohneinheiten wird zusätzlicher Verkehr in den Baugebieten vermieden.

3.3.2 Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Anforderungen an den Immissionsschutz werden durch diese Bauleitplanung nicht ausgelöst, da hier vorrangig eine Wohnnutzung aus allgemeinem Wohnen und Ferienwohnen gesichert wird. Handwerks- und Gastronomiebetriebe sind in den Wohnquartieren nur ausnahmsweise zulässig und müssen mit ihrem Störgrad auf die Wohnnutzung Rücksicht nehmen. Im Sondergebiet Meierei sind ebenfalls nur nicht störende Betriebe zulässig. In den Sondergebieten „Reitanlage“ wird im Wesentlichen der Bestand gesichert, erhebliche Beeinträchtigungen sind daher nicht zu erwarten.

3.3.3 Belange von Natur und Landschaft

Gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 vor der planerischen Entscheidung als erfolgt oder zulässig. Gemäß Kommentierung Ernst/Zinkahn/Bielenberg zu § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB zielt diese Aussage darauf ab, dass vor der Aufstellung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung schon Baurechte vorhanden waren und der "Eingriff" nicht erstmalig durch den Bebauungsplan erfolgt. Des Weiteren ist in der Kommentierung erläutert, dass in der Abwägung der Naturschutz zu beachten ist, es entfällt aber die Kompensationspflicht.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahre 2000 sind allgemeine Wohngebiete mit Grundflächenzahlen von 0,3 und Sondergebiete für die Reitanlagen mit Grundflächenzahlen von 0,8 ausgewiesen. In der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C bleibt die Grundflächenzahl der Sondergebiete für die Reitanlagen unverändert, es besteht somit kein Eingriff. Bei den bisherigen allgemeinen Wohngebieten und jetzigen Sondergebieten für das Dauerwohnen und die Gästebeherbergung wird die Grundflächenzahl zwar von 0,3 auf 0,4 erhöht, durch die Festsetzung der privaten Grünflächen reduziert sich jedoch die Bezugsgröße und damit der Versiegelungsgrad. Ein Eingriff besteht daher nicht. Im jetzigen Sondergebiet für die Meierei ist wie bisher keine Grundflächenzahl festgesetzt, auch hier besteht kein Eingriff.

Auf die Übernahme der Festsetzung von Erhaltungsgeboten für Einzelbäume aus dem Ursprungsplan wird verzichtet, da einerseits die Mehrzahl der bisher festgesetzten Bäume nicht mehr vorhanden und andererseits keine besonders markanten Baumstandorte im Plangebiet festzustellen sind.

Ein Ausgleichsbedarf im Sinne der Eingriffsregelung (§ 1a, Abs. 3 BauGB) wird durch die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C nicht vorbereitet.

3.3.4 Belange des Artenschutzes

Zum Schutz bestimmter Tier- und Pflanzenarten gelten die Maßgaben gemäß § 44 BNatSchG. Gemäß Absatz 1 ist es verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*

3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um die Umsetzung eines nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhabens im Sinne von § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG handelt, gilt gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG folgende Pauschalbefreiung von den Verboten gemäß Abs. 1:

Sind in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nr. 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz oder Vermarktungsverbote nicht vor. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.

➤ **Allgemeine Anforderungen des Artenschutzes an die Bauleitplanung**

Die Einhaltung des Artenschutzes erfolgt auf der Umsetzungsebene. Auf der Ebene der Bauleitplanung ist vorausschauend zu prognostizieren, welche artenschutzrechtlichen Belange bei der Umsetzung der Planung zu beachten sind (Spezielle Artenschutzprüfung/SAP). Wird auf der Ebene der Bauleitplanung deutlich, dass artenschutzrechtliche Belange der Planung dauerhaft entgegenstehen, so ist die Bauleitplanung nicht umsetzbar und damit nichtig.² Insofern sind schon auf der Ebene der Bauleitplanung die Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen auf der Umsetzungsebene die Einhaltung des Artenschutzes sichergestellt werden kann.

➤ **Relevante Arten im Plangebiet**

Die Gehölze und Gärten können als Brutstandorte für Vogelarten bedeutsam sein (Bodenbrüter bzw. Gehölzbrüter). Alle europäischen Vogelarten sind gemäß § 44 Abs. 2 BNatSchG (s.o.) den streng geschützten gleichgestellt. Nach dem örtlichen Biotoppotential sind Vorkommen streng geschützter Fledermausarten nicht ausgeschlossen. Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird jedoch keine unmittelbare Betroffenheit für die geschützten Arten ausgelöst. Für Baumaßnahmen, die auch unabhängig von dieser Bebauungsplanänderung bereits zulässig sind, sind die nachfolgenden Ausführungen zu beachten.

² Trautner, J., Kochelke, K., Lambrecht, H., Mayer, J (2006): Geschützte Arten in Planungs- und Zulassungsverfahren, S. 74, Norderstedt; Gellermann, M., Schreiber, M. (2007): Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren, in Schriftenreihe Natur und Recht, Band 7, S. 108, Berlin/Heidelberg

➤ **Beurteilung der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorschriften**

Tötungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):

Um Vogeltötungen auszuschließen, muss die ggf. erforderliche Beseitigung von Gehölzen außerhalb der Vogelbrutzeiten (Winterhalbjahr Oktober bis März) erfolgen.

Soweit dieser Zeitraum nicht eingehalten werden kann, ist im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung auf der Grundlage fachgerechter örtlicher Überprüfungen nachzuweisen, dass keine Vogelbrutgelege betroffen sind.

Entsprechend ist auch bei Baumaßnahmen an Gebäuden mit Quartiersqualitäten für Fledermäuse oder bei Betroffenheiten von Altbäumen mit Quartiersqualitäten sicherzustellen, dass keine Tiere getötet werden.

Störungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG):

Das von der Verwirklichung des Bauplanungsrechts ausgehende Störpotenzial gegenüber den potenziell vorkommenden Brutvögeln und Fledermäusen ist vor dem Hintergrund der Bestandsqualitäten und dem durch die bestehenden Nutzungen bereits vorhandenen Störpotenzial gering. Somit wird insgesamt gegen das artenschutzrechtliche Störungsverbot nicht verstoßen.

Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG):

Sollten durch Baumaßnahmen Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Vögel oder Fledermäuse betroffen sein, so wird vor dem Hintergrund der im Plangebiet und der Umgebung bisher vorhandenen und weiterhin bestehenden Siedlungshabitate davon ausgegangen, dass die Bedeutung und ökologische Funktion der möglicherweise betroffenen Brutvögel und Fledermäuse im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden. Damit ist hier auf Bebauungsplan-Ebene erkennbar, dass der Planung keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände dauerhaft entgegenstehen.

4. INHALTE DES BEBAUUNGSPLANES

4.1 Art der baulichen Nutzung

Im Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C werden als Art der baulichen Nutzung Sonstige Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO ausgewiesen, da die im Plangebiet vorhandenen Nutzungen sich nicht aus den Baugebieten gemäß § 2 bis 9 BauNVO entwickeln lassen. Es werden Sonstige Sondergebiete mit folgenden Zweckbestimmungen ausgewiesen.

4.1.1 Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"

Diese Gebietsausweisung erfasst die Wohnquartiere, deren Gebietscharakter durch Wohngebäude mit Dauerwohnungen und Privatvermietung von Ferienwohnungen gekennzeichnet ist. Diese inseltypische und historisch vorhandene Durchmischung der Quartiere soll aus folgenden Gründen durch ein Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" gesichert werden:

➤ Planungsrahmenbedingungen

Gemäß den Vorgaben des **Landesraumordnungsprogrammes (LROP 2008 und Fortschreibung 2012)** sind die touristischen Schwerpunkträume auf den Ostfriesischen Inseln zu sichern und zu entwickeln, da entlang der Nds. Nordseeküste der Tourismus eine der wichtigsten Erwerbsgrundlagen ist und das attraktivste Angebot die Inseln und die Küstenbadeorte sind. Der Inseltourismus ist auch für den Erhalt der Tragfähigkeit der Infrastruktur und der Angebote der Daseinsvorsorge auf den Inseln und in den Küstenorten von hoher Bedeutung.³ Die Sicherung von Dauerwohnungen mit der Erwerbsmöglichkeit durch touristische Vermietung bzw. die Sicherung von Unterkünften für Feriengäste durch das Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" trägt den raumordnerischen Vorgaben Rechnung.

Des Weiteren wird das Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" aus der **Satzung der Stadt Norderney zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion** (gemäß § 22 BauGB) entwickelt. Die Satzung ist am 14.07.2006 rechtskräftig geworden und erfasst im Geltungsbereich u.a. auch die Nordhelmsiedlung. Die Satzung erstreckt sich auf Teile der im Zusammenhang bebauten Ortslage im Westteil der Insel und umfasst damit nur solche Gebiete, die überwiegend vom Fremdenverkehr geprägt sind. Die Prägung der bebauten Bereiche liegt dabei in ihrer originären oder entwickelten Fremdenverkehrsnutzung. Der Verlust der vorhandenen oder vorgesehenen Zweckbestimmung der erfassten Gebiete im Gesamtkomplex der fremdenverkehrlichen Nutzung der Insel würde unweigerlich die weitere geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigen. Hierbei ist insbesondere die räumliche Situation der Insel beachtlich, die eine städtebaulich funktionale, homogene Entwicklung erfordert. Fehlentwicklungen, d.h. der Substanzverlust an Fremdenverkehrsfunktion, bedingt durch das weitere Verbreiten von Zweitwohnungen, können nicht durch die weitere Ausweisung von Bauland ausgeglichen werden. Zur Erhaltung des Erholungs- und Naturwertes der Insel wurde bereits Mitte der 1950-er Jahre eine Begrenzung der Bebauung in östlicher Richtung (Lippestraße, Gewerbegebiet) festgelegt. Die funktionsgerechte Strukturhaltung in den heutigen Fremdenverkehrsfunktionsbereichen ist deshalb zwingend.

Es ist beabsichtigt den **Flächennutzungsplan** zu überarbeiten und großflächige Sondergebiete mit der Vorgabe Kur-, Heil- und Erholungszwecke bzw. „Dauerwohnen und Beherbergung“ darzustellen. Der Flächennutzungsplan greift somit die Erkenntnis auf, dass praktisch alle baulichen Flächen vom Fremdenverkehr geprägt sind und deshalb die typisierenden Baugebietsvorgaben der Baunutzungsverordnung keine Anwendung finden können. Entsprechend den Vorgaben der §-22er-Satzung und der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes soll für das Plangebiet in der verbindlichen Bauleitplanung die Ausweisung einer Sondergebietes für Dauerwohnen und Gästebeherbergung erfolgen.

➤ Gebietscharakter

Die Ausweisung eines Sonstigen Sondergebietes gemäß § 11 BauNVO ist dann erforderlich, wenn sich das Plangebiet von den Baugebieten gemäß § 2 bis 9 BauNVO wesentlich unterscheidet. Dabei muss es sich um eine wesentliche durch die baulichen Anlagen oder die besondere Nutzung des Gebietes gekennzeichnete Unterscheidung handeln. Dabei kommt es nicht darauf an, welche faktischen Unterschiede in dem Gebiet bereits vorhanden sind, sondern ob sich die Festsetzung der Nutzung von den Gebietstypen § 2 bis 9 BauNVO wesentlich unterscheiden.

³ vergl. LROP 2008 zu Ziele 1. 4 und Begründung zu 1.4, Ziffer 05, Satz 1

Die Festsetzung als sonstiges Sondergebiet für die auch sonst in Baugebieten zulässigen Nutzungsformen ist dann gerechtfertigt, wenn durch die Zusammenfassung in einem abgegrenzten Geltungsbereich dieses Gebiet derart gestaltet wird, dass es ein eigenes Gepräge erhält.⁴

Zielsetzung der Stadt Norderney ist die Sicherung von dauerhaftem Wohnraum im Zusammenhang mit Einrichtungen zur Fremdenbeherbergung. Dabei soll wie bisher eine hohe Durchmischung des Wohnquartiers mit Unterkünften für die Gästebeherbergung erfolgen. Der Bereich der Siedlung ist seit jeher gekennzeichnet durch die Mischung von Wohnnutzung und Kleinbeherbergung: In fast jedem Haus ist neben der eigengenutzten Wohnung auch ein Appartement zu Beherbergungszwecken vorhanden. Daher wird in den Sondergebieten sowohl das Dauerwohnen als auch die Gästebeherbergung allgemein zugelassen. Hintergrund dieser Festsetzung ist einerseits die Absicht, durch diese Nutzungsmischung die Schaffung von Wohnraum für die einheimische Bevölkerung und andererseits ein ausreichendes Angebot an Gästeappartements zur Förderung der touristischen Funktion zu sichern. Zur Verdeutlichung dieser Absicht erhält das Sondergebiet die Zweckbestimmung "**Dauerwohnen und Gästebeherbergung**", die auf folgenden Grundsätzen basiert:

- Das **Dauerwohnen** ist durch eine auf Dauer angelegte Häuslichkeit, Eigengestaltung der Haushaltsführung und des häuslichen Wirkungskreises sowie Freiwilligkeit des Aufenthalts gekennzeichnet.⁵
- Ein **Beherbergungsbetrieb** liegt vor, wenn Räume ständig wechselnden Gästen zum vorübergehenden Aufenthalt bereitgestellt werden, ohne dass diese dort ihren häuslichen Wirkungskreis unabhängig gestalten können.⁶ Eine **Ferienwohnnutzung** ist gegenüber der allgemeinen Wohnnutzung eine eigenständig typisierte Nutzungsart.⁷ Auch wenn Ferienwohnungen keine Beherbergungsbetriebe im Sinne der BauNVO darstellen, können bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes mit Sondergebieten Ferienwohnungen als Beherbergungsbetrieb angesehen werden. Die Begrifflichkeit aus der BauNVO kann entsprechend der besonderen Zweckbestimmung des Sondergebiets abgewandelt werden.⁸

Die Durchmischung von Dauerwohnen und Gästebeherbergung ist prägend für die Nordhelmsiedlung und unterscheidet sich von den üblichen Wohngebietskategorien nach der Baunutzungsverordnung. Die Ausweisung des Sondergebietes für Dauerwohnen und Gästebeherbergung orientiert sich somit stark an den bestehenden Strukturen. Das östlich des Ortskerns gelegene Plangebiet in der Nordhelmsiedlung ist geprägt von Wohngebäuden mit Fremdenbeherbergung (Klein- und Privatvermieter). In der jetzigen Situation ist der Anteil an Einrichtungen zur Fremdenbeherbergung in der Nordhelmsiedlung bereits relativ hoch. Der hohe Anteil an Vermietungen trägt dem Umstand Rechnung, dass Norderney als Insel und Kurort eine hohe Bedeutung für den Tourismus hat und das Plangebiet in Strandnähe liegt. Daher sollen die planerischen Festsetzungen so getroffen werden, dass für das Gästewohnen ein hoher Anteil im Plangebiet möglich ist. Gleichwohl soll in der Nordhelmsiedlung dem Dauerwohnen ein hohes Gewicht eingeräumt werden, um den Wohnraum für die einheimische Bevölkerung zu sichern. Die bisherige Prägung als strandnahes Wohn- und Gästequartier soll durch entsprechende Festsetzungen nachhaltig gesichert werden. Die Stadt Norderney hat daher die Absicht, durch diese Bebauungsplanänderung eine Nutzungsfestsetzung zu treffen, die der bestehenden Situation und gewollten Entwicklung gerecht wird.

⁴ vergl. Kommentar zur BauNVO § 11 RN 4 – Fickert/Fieseler, Verlag W. Kohlhammer, 11. Auflage

⁵ vergl. Kommentar zur BauNVO § 3 RN 1 bis 1.2 – Fickert/Fieseler, Verlag W. Kohlhammer, 11. Auflage

⁶ vergl. Kommentar zur BauNVO § 3 RN 19 bis 19.2 – Fickert/Fieseler, Verlag W. Kohlhammer, 11. Auflage

⁷ OVG Lüneburg, Beschluss v. 18.07.2008- 1 LA 203/07

⁸ OVG Lüneburg, 12.12.2013, 1 LA 123/13

Ziel dieser Planung ist einerseits die Absicht, durch eine Nutzungsmischung von Dauerwohnen und Gästebeherbergung die Schaffung von Wohnraum für die einheimische Bevölkerung und andererseits ein ausreichendes Angebot an Gästeappartements zur Förderung der touristischen Funktion zu sichern.

Die Nordhelmsiedlung ist nach dem rechtskräftigem Bebauungsplan als allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO ausgewiesen. Der Gebietscharakter eines allgemeinen Wohngebietes ist durch eine vorwiegende Wohnnutzung bestimmt. Die Ferienwohnung ist keine allgemeine Wohnnutzung im Sinne von § 4 Abs. 1 und 2 BauNVO. Gegenüber der allgemeinen Wohnnutzung ist eine Ferienwohnnutzung nach derzeitiger Rechtsprechung eine eigenständig typisierte Nutzungsart, die in den Wohngebieten der BauNVO allgemein und im Grundsatz auch ausnahmsweise nicht zulässig ist. In einem Allgemeinen Wohngebiet muss der Anteil an Ferienwohnnutzern gegenüber den Dauerwohnnutzern zumindest deutlich untergeordnet sein. Dieses dürfte im Grundsatz auch für die anderen Baugebiete gemäß § 2 bis 9 BauNVO gelten.

Ferienwohnungen müssen daher in einem Allgemeinen Wohngebiet quantitativ deutlich hinter der Regelbebauung zurückbleiben und dürfen keine prägende Wirkung auf die Eigenart des Baugebiets entfalten. Da der Anteil an Gästebeherbergung in der Nordhelmsiedlung sowohl im Bestand als auch in der planerischen Zielsetzung eine prägende Wirkung erzielt, unterscheidet sich das Plangebiet in der Nordhelmsiedlung wesentlich von einem allgemeinen Wohngebiet, welches vorwiegend dem Wohnen dient. Das Plangebiet unterscheidet sich auch wesentlich von einem reinen Wohngebiet, das im Regelfall ausschließlich dem Wohnen dient, wo sich die Gästebeherbergung dem Wohnen noch deutlicher unterordnen muss als in einem allgemeinen Wohngebiet. Die Nordhelmsiedlung mit Dauerwohnen und einem hohen Anteil an Gästewohnungen entspricht vom Nutzungscharakter her nicht einem reinen Wohngebiet. An dieser Stelle wird zudem darauf hingewiesen, dass es sich bei der Nordhelmsiedlung faktisch niemals um ein reines oder allgemeines Wohngebiet gehandelt hat. Die Gästebeherbergung war immer in nicht vernachlässigbarer Weise präsent. Daher kommt die Stadt Norderney zu der Auffassung, dass sich das Plangebiet von den anderen Baugebieten der BauNVO wesentlich unterscheidet und die bestandsorientierten Planungsziele daher nur durch Ausweisung eines Sondergebietes "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" sichergestellt werden können. Zudem wird auf die aktuelle Rechtsprechung verwiesen, wonach die Gemeinde bei der Ausweisung von Sondergebieten auf die zulässigen Nutzungen einer Gebietskategorie nach § 2 bis 9 BauNVO zurückgreifen kann. Die in § 11 BauNVO normierte Verpflichtung zur Festsetzung der Zweckbestimmung eines Sondergebietes verbietet nicht, verschiedene Nutzungsarten nebeneinander festzusetzen. Eine Kombination verschiedener Nutzungen ist jedenfalls dann unbedenklich, wenn sich deren Verträglichkeit aus den Regelungen der Baunutzungsverordnung zur Art der baulichen Nutzung herleiten lässt (BVerwG 4 CN 2.08 vom 28.05.2009). Andererseits ist die Stadt *nicht an den Katalog der Nutzungsarten der BauNVO gebunden. Soweit sie einen Begriff aus diesem Katalog verwendet, ist sie nicht daran gehindert, ihn anhand der besonderen Zweckbestimmung des Sondergebiets abzuwandeln.* Wichtig ist, dass die Festsetzung hinreichend bestimmt ist.

Daher wird die Art der baulichen Nutzung für die Wohnquartiere durch Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO) mit der Zweckbestimmung "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" geregelt und wie folgt näher bestimmt: Das sonstige Sondergebiet dient **überwiegend** der Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen des **Dauerwohnens** sowie **weiterhin untergeordnet** der **Fremdenbeherbergung**. Entsprechend dieser Zweckbestimmung sind folgende Nutzungen zulässig:

- Wohngebäude mit Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt und
- Unterkünfte zur Fremdenbeherbergung für einen ständig wechselnden Personenkreis (Ferienappartements) im räumlichen und funktionalem Zusammenhang zu Wohngebäuden im Sinne von (1) a,

Als erste zulässige Hauptnutzung werden somit Wohngebäude mit Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt festgelegt. Als zweite Hauptnutzung sind Unterkünfte zur Fremdenbeherbergung für einen ständig wechselnden Personenkreis (Ferienappartements) zulässig. Um sicherzustellen, dass in der Nordhelmsiedlung die klassische Mischung von Dauerwohnen und Gästevermietung nur innerhalb einer zusammenhängenden Nutzungseinheit erfolgt, und um eigenständige Appartementshäuser auszuschließen, wird festgelegt, dass die Unterkünfte zur Fremdenbeherbergung nur im räumlichen und funktionalem Zusammenhang von Wohngebäuden zulässig sind. Der Begriff des *Wohngebäudes* impliziert bereits, dass innerhalb des betreffenden Gebäudes die Wohnnutzung überwiegt. Wenngleich sich für den Begriff des Wohngebäudes – ebenso wie für den Wohnbegriff selbst – im Gesetz selber keine Definition findet, beschreibt die Kommentierung den Begriff übereinstimmend wie folgt:

- *„Wohngebäude sind aber auf alle Fälle Gebäude, die überwiegend der Wohnnutzung dienen, allenfalls erlaubt eine untergeordnete freiberufliche (oder ähnliche) Nutzung noch die Benutzung des Begriffes: Wohngebäude.“ (W. Hanne; Bauordnungsrecht)*
- *„Wohngebäude sind grundsätzlich nur ausschließlich dem Wohnen dienende Gebäude. Nach § 13 BauNVO sind anderweitige Teilnutzungen zulässig. Maßgeblich ist für den Charakter eines Wohngebäudes, dass das Gesamterscheinungsbild des Gebäudes von der im Übrigen ausgeübten Wohnnutzung geprägt bleibt. Als „Faustformel“ gilt dabei: Die wohnungsfremde Nutzung darf einen Anteil von 50% an der Geschossfläche nicht übersteigen“ (F. Ley; Bauplanungsrecht)*
- *Festsetzungen nach Nr. 6 müssen sich auf Wohngebäude beziehen. Unter Wohngebäuden sind Gebäude zu verstehen, die ganz oder teilweise dem Wohnen dienen. [...] Möglich ist auch die Festsetzung für ein gemischt genutztes Gebäude, vorausgesetzt die Wohnnutzung ist im Verhältnis zu den anderen Nutzungen nicht nur von untergeordneter Bedeutung.....“ (Ernst, Zinkhahn: Kommentar BauGB; §9 Rd. 69 zur Höchstzahl von Wohnungen in Wohngebäuden, § 9 Abs.1 Nr. 6)*

Die Verwendung des Begriffes **Wohngebäude** im Zusammenhang mit der Zulässigkeit von Ferienwohnungen macht demnach deutlich, **dass die Wohnnutzung innerhalb des Hauses überwiegen muss** – ansonsten könnte nicht mehr zutreffend von einem Wohngebäude gesprochen werden. Somit werden durch die Festsetzungen der zulässigen Nutzungen ein überwiegender Wohnanteil und ein untergeordneter Anteil an Unterkünften zur Fremdenbeherbergung gesichert. Weitere Festsetzungen zu einer flächenmäßigen Steuerung des Verhältnisses zwischen Dauerwohnen und Gästebewerbergung sind daher entbehrlich.

Als ergänzende Hauptnutzung werden Räume für freie Berufe zugelassen, um die Berufsausübung freiberuflich Tätiger und solcher Gewerbetreibender, die ihren Beruf in ähnlicher Art ausüben, zuzulassen. Diese Festsetzung zielt in erster Linie darauf ab, die Wohnnutzung mit der freiberuflichen Nutzung in einem Gebäude zu verknüpfen. Dieses können z.B. freie Berufe aus dem gesundheitlichen Sektor wie z.B. Ärzte, Krankengymnasten, Heilpraktiker etc. oder aus dem künstlerischen Sektor wie z.B. Schriftsteller, Maler, Bildhauer etc. oder auch freie Berufe mit beratender Tätigkeit wie Anwälte, Notare, Steuerberater etc. sein. Diese Nutzungen haben i.d.R. keinen besonderen Störgrad und sind mit den übrigen Hauptnutzungen des Sondergebietes verträglich. Daher werden freie Berufe zur Bestandsicherung der Versicherungsgesellschaft und zur Ergänzung der Wohn- und Gästebewerbergungen zugelassen.

Eine Ergänzung der Wohn- und Gästennutzungen durch Einrichtungen zur Quartiersversorgung wie

- kleine Läden zur Versorgung des täglichen Bedarfs für Bewohner und Gäste,
- Schank- und Speisewirtschaften ohne besondere Betriebseigentümlichkeiten
- nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen sowie
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

sind nur in einem geringen Maß erwünscht und daher nur ausnahmsweise zulässig.

Zur näheren Bestimmtheit der o.g. kleinen Läden zur Quartiersversorgung und zur Abgrenzung von Verkaufsstätten mit größerem Einzugsbereich wird die Verkaufsfläche auf 100 m² begrenzt. Für die Schank- und Speisewirtschaften erfolgt eine Begrenzung der Größe des Gastraumes auf 100m², um quartiersuntypische Gastronomiebetriebe zu vermeiden. Durch diese Festsetzungen soll u. A. auch ein zu hohes Verkehrsaufkommen vermieden und die Wohnruhe gesichert werden.

▷ **Zur Zweckbestimmung und Art der baulichen Nutzung gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.1.1**

1.1.1 Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Das Sonstige Sondergebiet „- Dauerwohnen und Gästebeherbergung“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient überwiegend der Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen des Dauerwohnens, sowie weiterhin untergeordnet der Fremdenbeherbergung.

(1) Zulässig sind:

- a) Wohngebäude mit Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt,
- b) Unterkünfte zur Fremdenbeherbergung für einen ständig wechselnden Personenkreis (Ferienappartements) im räumlichen und funktionalem Zusammenhang zu Wohngebäuden im Sinne von (1) a
- c) sowie Räume für freie Berufe.

(2) Ausnahmsweise zulässig sind:

- kleine Läden zur Versorgung des täglichen Bedarfs für Bewohner und Gäste mit einer Größe bis zu 100m² Verkaufsfläche
- Schank- und Speisewirtschaften ohne besondere Betriebseigentümlichkeiten mit einer Größe des Gastraumes bis zu 100m² Grundfläche
- nicht störende Handwerksbetriebe
- Anlagen für Verwaltungen sowie
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

➤ **Nähere Bestimmungen im Sondergebiet SO 1**

Die Nordhelmsiedlung ist durch die besondere Nutzungsmischung aus Dauerwohnen und einem hohen Anteil an Gästewohnungen gekennzeichnet. Dabei gestaltet sich die Mischung in der Art, dass die Nutzungsmischung nicht quartiersweise oder straßenweise erfolgt, sondern überwiegend auf den jeweiligen Baugrundstücken. Charakteristisch für dieses Gebiet ist es, dass auf den jeweiligen Baugrundstücken überwiegend neben der eigengenutzten Wohnung auch ein oder zwei Appartements zu Beherbergungszwecken vorhanden ist.

Um diese besondere Eigenart des Gebietes im Bestand und in der Entwicklung zu sichern, hält es die Stadt Norderney für zwingend erforderlich, die Art der baulichen Nutzung soweit zu konkretisieren, dass neben der allgemeinen Zweckbestimmung Dauerwohnen und Gästebeherbergung auch die zulässige Zahl der Wohnungen und Ferienappartements pro Baugrundstück geregelt wird. Zielsetzung ist – auch vor dem Hintergrund der Vermeidung von weiteren Zweitwohnungen –, die gebietstypische Durchmischung für Gebäude mit Dauerwohnen und Gästebeherbergung zu sichern. Um die aus § 4 BauNVO abgeleitete Art der baulichen Nutzung des Sondergebietes "Dauerwohnen und Gästebeherbergung" entsprechend der besonderen Zweckbestimmung des Sondergebietes hinreichend zu bestimmen und die damit verbundene Zielsetzung des "überwiegenden Dauerwohnens sowie des Gästewohnens" zu sichern, wird eine Festsetzung aufgenommen, die die Art der Nutzung derart manifestieren soll, dass **je Wohngebäude mindestens eine Wohnung zum dauerhaften Aufenthalt** vorzusehen ist.

Im Zusammenhang mit der Satzung der Stadt Norderney zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen gemäß § 22 BauGB und der Erhaltungssatzung Nr. 11 zur Regelung zur Erhaltung der baulichen Anlagen für die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung soll durch die Festsetzung ein ausreichender Anteil an Dauerwohnungen und der Gebietscharakter nachhaltig gesichert sowie eine Umstrukturierung des Gebietes – insbesondere durch die Zunahme von Zweitwohnungen – vermieden werden. Die Zulässigkeit von Gästeappartements unterstützt die Fremdenverkehrsfunktion. Eine Mindestanzahl wird hier nicht für erforderlich gehalten, da diesbezüglich keine Umstrukturierung zu erwarten ist. Zielsetzung der o.g. Festsetzung ist die Sicherung von Wohnraum für die einheimische Bevölkerung und die Einschränkung von Zweitwohnungen. In den 1960er-Jahren mit den sich gesamtwirtschaftlich gesehen wesentlich verbessernden Verhältnissen hielt eine bis dahin in den rein gewerblich ausgerichteten Fremdenverkehrsgebieten unbekannt neue Eigentumsform, die sog. Zweitwohnung, ihren Einzug. Die Zweitwohnung breitete sich mit ihren charakteristischen Merkmalen (von der Norm abweichende bauliche Nutzung und Gestaltung, besondere Eigentumsformen; spekulative Bodenpreise usw.) zunächst langsam aus. Zu einem richtigen Boom kam es Anfang der 1970er-Jahre. Die Nachfrage nach derartigem Wohnraum ist nach wie vor ungebrochen, obwohl sich die Stadt Norderney mit dem Erkennen der Negativfolgen seit mehr als 30 Jahren darum bemüht, lenkend und beschränkend auf diese Entwicklung einzuwirken. Die Bemühungen waren und sind wegen des Fehlens geeigneter, durchgreifender rechtlicher Instrumentarien von wechselndem Erfolg begleitet. Ziel der Stadt Norderney ist es, die bestehenden rechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten zu nutzen, zu verbessern oder zu ergänzen. Die einfache Akzeptanz der Verhältnisse und deren ungezügelter Fortentwicklung führen zur Zerstörung der städtebaulichen Struktur.

Einerseits zerfällt die soziökonomische Verflechtung der einheimischen Bevölkerung mit dem Fremdenverkehr als Existenzgrundlage, andererseits kann die Insel ihre Funktion im staatlichen Gemeinwesen für die Erholung/Volksgesundheit auf Dauer nicht mehr erfüllen, da sie zunehmend der Nutzung durch einen wechselnden Personenkreis an Kurgästen und Erholungssuchenden entzogen wird. Wesentliche negative Aspekte der Zweitwohnungsausdehnung sind:

- Die besonderen balneologischen und heilklimatischen Gesundheitsfaktoren werden langfristig gesehen dem Nutzen der Allgemeinheit entzogen.
- Substanzentzug im Bereich der gewerblichen Fremdenbeherbergung und damit langfristig Gefährdung der eigentlichen Existenzgrundlage.
- Verdrängung der ursprünglich ansässigen und von der Fremdenbeherbergung lebenden Bevölkerung.
- Erhöhte Infrastrukturvorhaltung.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes basieren auf der Möglichkeit, planerisch zwischen "Wohnen" und "Beherbergung" zu unterscheiden.

Mit der klaren Forderung einer jeweils **bestimmten Anzahl von Dauerwohn- und Beherbergungseinheiten** werden folgende Ziele verfolgt:

- Kennzeichnend für die Nordhelmsiedlung ist nicht der Mietwohnungsbau, sondern das Eigenheim mit einer bis zwei familiengenutzten Wohneinheiten. Im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan ist die Anzahl der Wohneinheiten nicht begrenzt. Zur Sicherung der vorhandenen und gewollten Mischung von Dauerwohnen und Ferienwohnanteilen erfolgt eine Begrenzung der Wohneinheiten, die sich auf die überbaubare Fläche bezieht: Die Mehrzahl der überbaubaren Flächen sind einheitlich strukturiert und ermöglichen eine überbaubare Fläche von 244 qm (10x10 m im Vorderhaus und 12x12 m im Anbau). Zulässig sind daher - bezogen auf Bauflächen in dieser Größenordnung - bis 250 m² überbaubare Fläche höchstens 2 Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt. In wenigen Bereichen wie auf Eckgrundstücken und auf Grundstücken östlich der Lippestraße sind die überbaubaren Flächen etwas größer. Daher werden einheitlich bei Grundstücken über 250 m² bis zu 3 Wohnungen zugelassen. Durch die Beschränkung der Wohneinheiten sollen eine zu große Bebauungsdichte und eine Umstrukturierung des Plangebietes vermieden werden.
- Durch eine Beschränkung der Beherbergungseinheiten auf zwei Ferienappartements zur Fremdenbeherbergung je Wohngebäude sollen bestandsorientiert die Anlagen für die Gästebeherbergung gesichert und ortsuntypische Komplexe mit mehreren Gästewohnungen vermieden werden.
- Durch den Bezug der zulässigen Anzahl von Wohnungen oder Appartements auf das Wohngebäude im Zusammenhang mit der Festsetzung zur Mindestanzahl der Wohnungen und der Obergrenze der Wohnungen in Bezug auf die überbaubare Fläche kann die Zahl der möglichen Einheiten abgeleitet werden.
- Die Anforderungen an die Mindest- bzw. Höchstzahl von Wohnungen sowie die Möglichkeit, weitere Appartements vorzuhalten, bildet angemessen flexibel die in der Siedlung vorgefundenen Nutzungsstrukturen ab. Eine weitere Einschränkung der Wohnnutzung, würde aufgrund der Nachfrage zu einer Verteuerung der Wohnungen führen, was schließlich dem Ziel des Milieuschutzes entgegenlaufen würde. Ein Ausschluss der Appartementnutzung wäre gebietsuntypisch und damit angreifbar – abgesehen davon würde dies vielen Norderneyern die Lebensgrundlage entziehen. Die Festsetzung trägt zur Erhaltung der Touristenfunktion und zur Erhaltung der Attraktivität der bisher relativ intakten Nordhelmsiedlung bei.
- Es wird keine "Grauzonen" durch die diffuse Anwendung von Rechtsbegriffen mehr geben: Eine Wohnung ist entweder eigengenutzt oder eine besteuerte Zweitwohnung. Ein Appartement ist der Beherbergung mit einem wechselnden Personenkreis zuzuführen. Geschieht dies nicht, liegt der Verdacht einer Wohnnutzung, also einer missbräuchlichen Nutzungsänderung, vor. Da für Wohnungen und Appartements unterschiedliche bauordnungsrechtliche Parameter gesetzlich festgeschrieben sind (Abstellräume, Stellplätze etc.), muss dies auch für die Genehmigungsbehörde einen Verstoß gegen die Baugenehmigung darstellen. Grundsätzlich muss jeder Käufer in Zukunft durch die planerische und auch bauordnungsrechtliche Unterscheidung bereits im Baugenehmigungsverfahren Aussagen über die zukünftige Nutzung seines Gebäudes geben. Durch die fast zwingende Festschreibung einer Mischung aus Wohnen und Beherbergung werden Investorenmodelle mit der Bildung von Bruchteilseigentum erschwert: Zur wirtschaftlichen Ausnutzung von Baugrundstücken wird es in Zukunft immer notwendig sein, Einheiten zu gewerblichen Beherbergungszwecken einzuplanen und mit dieser "Belastung" zu vermarkten. Im Zusammenwirken mit der neu gefassten Erhaltungssatzung Nr.11 ist zusätzlich eine Regulierung der Mindestwohnfläche für Dauerwohnungen möglich.

- Tendenziell wird bei Eigentümerwechsel das Bestreben sein, eher kleinere Grundstücke zu bilden. Dies wird durch die **Festschreibung von Mindestgrundstücksgrößen** reguliert. Durch die Festsetzung der Mindestgrundstücksgrößen soll vermieden werden, dass sich zu kleine Grundstückseinheiten bilden und der Gebietscharakter nachhaltig verändert wird. Die Mindestgrundstücksgröße orientiert sich an den vorhandenen kleinen Grundstücksgrößen südlich der Oderstraße. Die privaten Grünflächen können bei der Mindestgrundstücksgröße mit angerechnet werden.
- Abschließend sei klargestellt, dass das jeweilige Verhältnis zwischen "Wohnen" und "Beherbergung" im Sondergebiet entsprechend den vorherrschenden Verhältnissen individuell geregelt werden muss. Die Festsetzung zur Regelung der Wohneinheiten und der Appartements, wie hier im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 25 C, 2. Änderung, lässt sich ohne weitere qualitative Überprüfung nicht auf andere Stadtbereiche übertragen.

▷ **Zur näheren Bestimmungen des Sondergebietes und zu den Mindestgrößen der Baugrundstücke gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.1.2 und 1.5**

1.1.2. Zulässige Zahl der Wohnungen und Ferienappartements in Wohngebäuden (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 und 6 BauGB)

- (1) Je Wohngebäude ist mindestens eine Wohnung zum dauerhaften Aufenthalt vorzusehen.
- (2) Die Anzahl der Wohnungen in Bezug auf die überbaubare Fläche, wird wie folgt begrenzt:
 - bis 250 m² überbaubare Fläche höchstens 2 Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt,
 - über 250 m² überbaubare Fläche höchstens 3 Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt,
- (3) Die Anzahl der Ferienappartements zur Fremdenbeherbergung wird auf insgesamt 2 je Wohngebäude begrenzt.

1.5. Mindestgrößen von Baugrundstücken (gemäß § 9 (1) Nr. 3 BauGB)

- (1) Die Mindestgröße von Baugrundstücken im Sondergebiet SO 1 wird für Einzelhäuser mit 500 m² und für Doppelhaushälften sowie Reihenhäuser mit 300 m² festgesetzt.
- (2) Bei einer nachträglichen Teilung von Baugrundstücken darf eine Mindestgröße gemäß den Festsetzungen des Absatzes 1 nicht unterschritten werden.
- (3) Bei Baugrundstücken, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes die festgesetzte Mindestgröße unterschreiten, entspricht die vorhandene Größe der Mindestgröße.
- (4) Alle Baugrundstücke müssen direkt an eine öffentliche Verkehrsfläche angeschlossen sein.

4.1.2 Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"

Durch dieses sonstige Sondergebiet gemäß § 11 Bau NVO wird die spezifische Nutzung der Reiterhöfe gesichert und durch Festsetzungen genau bestimmt. Diese Festsetzung wird im Grundsatz aus dem Ursprungsplan übernommen und dient vorrangig zur Bestandsicherung. Die Zulässigkeit von betriebsbezogenem Wohnen wird nicht übernommen.

▷ **Zur Zweckbestimmung und Art der baulichen Nutzung gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.2**

**1.2. Sonstiges Sondergebiet SO 2 „Reitanlage“ gemäß § 11 BauNVO
Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)**

Das Sonstige Sondergebiet „Reitanlage“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient der Nutzung von Reitanlagen mit ergänzenden Einrichtungen.

(1) Zulässig sind:

- Stallanlagen zur Unterbringung von Reit- und Pensionspferden,
- Reitsporthallen,
- Unterstände für Futter, Lager, Fahrzeuge, Maschinen,
- Vereins-, Aufenthalts- und Sozialräume.

4.1.3 Sonstiges Sondergebiet "Meierei"

In dem denkmalgeschützten Ensemble befinden sich gastronomische und gewerbliche Nutzungen, die nicht nur der Quartiersversorgung dienen und eine eigenständige Einheit bilden. Daher soll dieser Bereich durch ein sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 Bau NVO planungsrechtlich gesichert und durch Festsetzungen näher bestimmt werden. Zielsetzung ist hier die Erhaltung von gastronomischen Betrieben zur Sicherung der touristischen Versorgungsfunktion. In diesem Zusammenhang soll auch die Möglichkeit der Gästebeherbergung durch Fremdenzimmer eingeräumt werden. Die Möglichkeit der Ansiedlung von nicht störendem Gewerbe soll ebenfalls erhalten bleiben und durch eine Festsetzung im Sondergebiet gesichert werden. Zielsetzung dieser Festsetzung ist eine Nutzungsmischung, die grundsätzlich zur Nutzung der denkmalgeschützten Gebäude beiträgt und Leerstände vermeidet. Als ergänzende Nutzungen sollen daher auch kleine Läden und Anlagen für kulturelle Zwecke zugelassen werden.

▷ **Zur Zweckbestimmung und Art der baulichen Nutzung gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.3**

**1.3. Sonstiges Sondergebiet SO 3 „Meierei“ gemäß § 11 BauNVO
Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)**

Das Sonstige Sondergebiet „Meierei“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient der Nutzung einer Gastronomie und nicht störenden Gewerbebetrieben.

(1) Zulässig sind:

- Schank- und Speisewirtschaften,
- nicht störende Gewerbe- und Handwerksbetriebe,
- Beherbergungsbetriebe mit Fremdenzimmern,

(2) Ausnahmsweise zulässig sind:

- Läden mit einer Verkaufsfläche bis zu 100m² ,
- Anlagen für kulturelle Zwecke,

4.2 Maß der baulichen Nutzung, Bauweise

4.2.1 Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"

Ziel der Planung ist, die bauliche Gestaltung und Maßstäblichkeit der ursprünglichen Siedlungsbebauung zu bewahren. Daher soll an der baulichen Ausnutzung der Grundstücke keine grundsätzliche Änderung erfolgen.

Nach dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 25 C gilt in den Wohnquartieren eine Grundflächenzahl von 0,3. Diese wird entsprechend der Absicht, die Block-Innenbereiche durch eine Grünflächenfestsetzung zu sichern, auf 0,4 erhöht. Dieses ist erforderlich, da die rückwärtigen Grundstücksflächen bei der Berechnung der zulässigen Grundfläche nicht mit angerechnet werden. Die rückwärtigen Grundstücksflächen sollen künftig als private Grünflächen (siehe Kapitel 4.4) dienen und sind daher nicht in die Ermittlung der Grundfläche einzubeziehen. Hierdurch ändert sich im Vergleich zum rechtskräftigen Bebauungsplan, der für die Ermittlung der Grundflächenzahl größere Grundstückstiefen vorsieht, die Bemessungsgrundlage. Die private Grünfläche wird auf das Baugrundstück nicht angerechnet. Dies wurde bei der Festlegung der Grundflächenzahlen berücksichtigt, d.h. die Grundfläche der bestehenden Bebauung einschließlich noch zulässiger Erweiterungen lässt sich aus dem Baugrundstück entwickeln.

Durch die Änderung der Grundflächenzahl entsteht keine Verschlechterung für die Eigentümer. Trotz der Sicherung von freizuhaltenden Block-Innenbereichen soll den Eigentümern die Möglichkeit zu ortsbildverträglichen und heutigen Wohnansprüchen genügenden An- und Ausbaumöglichkeiten zu geben, sofern dieses noch nicht erfolgt ist. Darauf hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch, dass insbesondere bei den großen Grundstücken die bisherige Grundflächenzahl aufgrund der engen Baugrenzen nicht ausgenutzt werden konnte. Die Gliederung der Grundstücke in das straßenseitige Baugrundstück (Sondergebiet) mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und die rückwärtigen Freiflächen (private Grünfläche) trägt der bestehenden Situation Rechnung.

Die Festsetzung in der Nordhelmsiedlung erfolgt bestandsorientiert, da eine zusätzliche Verdichtung nicht gewollt ist. Nach der gemäß § 19 BauNVO anzuwendenden Regelung 50 v. Hundert ist bei einer Grundflächenzahl von 0,4 eine Versiegelung von bis 60 % der Grundstücksfläche zulässig. Grundprinzip ist, dass zum Maß der baulichen Nutzung nur die Festsetzungen getroffen werden, die nötig sind, um das öffentliche Interesse an einer maßstäblichen, ortsbildtypischen äußeren Gebäudestruktur zu gewährleisten, und so auch insgesamt den eigenständigen Charakter dieses Siedlungsbereichs auf der Insel zu unterstützen. Durch die Festlegung von bestandsorientiert eingegrenzten überbaubaren Flächen, von Trauf- und Firsthöhen sowie der konsequenten Definition von Firstrichtungen entsprechend der vorhandenen Strukturen sind die möglichen Gebäudekubaturen ausreichend exakt bestimmt. Eine Festsetzung von Geschossigkeit oder Bauweise ist daher entbehrlich. Die Festsetzungen der Trauf- und Firsthöhen werden im Wesentlichen aus dem Ursprungsplan übernommen und orientieren sich relativ genau am Bestand, um das bisherige Siedlungsbild zu erhalten. Dabei wird auch den Gebäuden, die – z.B. aufgrund von Flachdächern - eine abweichende Höhenentwicklung aufweisen, die quartiersprägende Trauf- und Gebäudehöhe zugewiesen. Für die bestehenden abweichenden Gebäude – wie z.B. die Flachdachbauten - greift der Bestandsschutz. Dachaufstockungen sind jedoch nur zulässig, wenn die festgesetzten Trauf- und Firsthöhen beim gesamten Baukörper eingehalten werden. Hierdurch soll vermieden werden, dass bei den Gebäuden, die jetzt schon von den typischen Siedlungsformen abweichen, durch Anbaumaßnahmen eine zusätzliche Überformung entsteht. Größere Anbaumaßnahmen erfordern bei den abweichenden Gebäudeformen daher einen größeren Umbau mit Anpassung an die festgesetzten Trauf- und Firsthöhen.

Für Garagen, überdeckte Stellplätze und Nebenanlagen erfolgt gemäß der untergeordneten Funktion die Festsetzung von geringeren Trauf- und Firsthöhen.

Durch das Verbot von Abgrabungen, Vertiefungen und Aufschüttungen wird der übermäßigen Ausnutzung der Grundstücke durch Veränderung der vorhandenen Topografie ein Riegel vorgeschoben. Die Bezeichnung "vorhandene Topografie" bezieht sich auf das tatsächlich vorgefundene Geländeniveau in der Nordhelmsiedlung, das den Gebietscharakter prägt. Derlei Abgrabungen führen regelmäßig zu nachbarschaftlichen Konflikten, Problemen bei der Oberflächenwasserabführung, letztlich also zu ortsuntypischen Bauweisen. Zudem sind im Falle der Nutzung von Kellerräumen Probleme mit auftretendem Oberflächenwasser zu erwarten. Diesem soll durch die Festsetzung entgegengewirkt werden. Auch der zuletzt häufig verbreiteten Praxis, Verkehrsflächen innerhalb des Hauses zu minimieren, um auf Kosten des Ortsbildes zu einer höheren Ausnutzung der Grundstücke zu kommen, soll Einhalt geboten werden. Vorübergehende Freilegemaßnahmen zur Gebäudesanierung fallen nicht unter das Abgrabungsverbot. Durch eine Regelung im Rahmen der örtlichen Bauvorschriften, die Außentreppen nur auf den straßenabgewandten Seiten zulässt, sollen derlei Anlagen zukünftig aus dem direkten Sichtfeld des öffentlichen Straßenraumes genommen werden.

Die Höhenlage des Erdgeschossfußbodens darf nicht unterhalb der Höhenlage der Erschließungsstraßenmitte liegen. Als Erdgeschoss wird dasjenige Vollgeschoss definiert, dessen Höhenlage der Höhenlage der Erschließungsstraße am nächsten liegt.

4.2.2 Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"

In den sonstigen Sondergebieten zur Sicherung der Reitanlagen sollen neben dem baulichen Bestand auch Erweiterungen ermöglicht werden. Die hallenartigen Gebäude innerhalb der Reitanlagen benötigen größere Grundflächen. Daher wird hier eine Grundflächenzahl von 0,8 zugelassen. Die Geschossflächenzahl wird auf 1,2 begrenzt, um Ausbaumaßnahmen im Dachgeschoss zu ermöglichen. Die Begrenzung der Gebäudehöhe auf 7 m rundet – zusammen mit der örtlichen Bauvorschrift über die Dachform und der Festsetzung der überbaubaren Flächen - die Festsetzung über den baulichen Rahmen ab. Die Festsetzung einer Geschoszahl und einer Bauweise ist daher entbehrlich.

4.2.3 Sonstiges Sondergebiet "Meierei"

Entsprechend der vorhandenen Ausnutzung wird eine Grundflächenzahl von 0,5 festgesetzt. Auf weitere Festsetzungen zur Ausnutzung kann aufgrund der Vorgaben des Denkmalschutzes verzichtet werden.

▷ **Zur näheren Bestimmung der Maßes der baulichen Nutzung gelten die Inhalte der textlichen Festsetzung Nr. 1.4**

1.4. Höhenentwicklung der Baukörper (gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit § 18 BauNVO)

- (1) Die in der Planzeichnung festgelegten First- und Traufwandhöhen sowie Gebäudehöhen sowie dürfen nicht überschritten werden.
 - Oberer Bezugspunkt der Firsthöhe ist der oberste Schnittpunkt der Dachflächen.
 - Oberer Bezugspunkt der Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Oberkante Dachhaut mit der Außenwand.
 - Oberer Bezugspunkt der Gebäudehöhe ist der oberste Punkt des Daches.
 - Unterer Bezugspunkt der First- und Traufwandhöhen sowie Gebäudehöhen ist die Höhe der Erschließungsstraßenmitte.
 - Dachaufstockungen sind nur zulässig, wenn die Trauf- und Firsthöhen beim gesamten Baukörper eingehalten werden.
- (2) Die Traufhöhe von Nebenanlagen, Garagen und überdeckten Stellplatzanlagen darf eine Höhe von 2,50 m nicht überschreiten. Die Firsthöhe der vorgenannten Anlagen darf eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten.
- (3) Die Höhenlage des vorhandenen Geländes auf den Grundstücken ist zu erhalten. Abgrabungen, Vertiefungen oder Aufschüttungen sind nicht zulässig.
- (4) Die Höhenlage des Erdgeschossfußbodens darf nicht unterhalb der Höhenlage der Erschließungsstraßenmitte liegen.

4.3 Baugrenzen, Baulinien

4.3.1 Sonstiges Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"

Die bauliche Ausnutzung der Grundstücke wird bestandsorientiert durch eng gefasste Baugrenzen und Baulinien beschränkt. Die im Entwurf festgeschriebenen Baugrenzen orientieren sich an den festgesetzten Baugrenzen im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 25 C, werden aber entsprechen der Ausprägung der Quartiere noch einheitlicher gefasst. Dabei werden mit Ausnahme von einigen im Bestand deutlich von der Siedlungsstruktur abweichenden Grundstücken folgende einheitliche Bauflächen definiert:

- Vorderhaus mit einer Fläche von 10 x 10 m, rückwärtiger Anbau mit einer Fläche von 12 x 12 m in den Quartieren am Birkenweg, an der Rheinstraße, an der Nordhelmstraße, nördlich der Oderstraße und in Abschnitten westlich der Lippestraße,
- Vorderhaus mit einer Fläche von 10 x 10 m, rückwärtiger Anbau mit einer Fläche von 12 x 14 m in den Bauzeilen im nordöstlichen Abschnitt der der Lippestraße,
- Baufläche 12 x 12 m in der Bauzeile südlich der Oderstraße.

Für die Grundstücke mit abweichenden Baukörpern werden bestandsorientierte Bauflächen festgesetzt.

Im Ursprungsplan sind bisher ausschließlich Baugrenzen festgesetzt. Zur Sicherung der einheitlichen Baufluchten der gewachsenen Siedlungsstrukturen, die die Straßenräume durch durchgehende Raumkanten definieren, werden entlang der Erschließungsstraßen im Zuge dieser Änderung Baulinien zur Straße festgesetzt.

Die Möglichkeit der Überschreitung von Baugrenzen für Wintergärten und Windfänge begründet sich aus der inseltypischen Witterung und der daraus entstandenen typischen Bauweise. Die Möglichkeit der Überschreitung ist durch die örtliche Satzung ("Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Wintergärten, Windfänge)") aus dem Jahre 2010 geregelt. Für den Geltungsbereich des B-Planes Nr. 25 C wird die Zulässigkeit der Überschreitung von Baugrenzen und Baulinien für die den Erschließungsstraßen zugewandten Seiten eingeschränkt (Festsetzung 1.6).

Um im Sinne des Klimaschutzes die Energieeffizienz durch den Einbau nachträglicher Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen und zu fördern, sind gemäß § 248 BauGB geringfügige Abweichungen von dem festgesetzten Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, soweit dies mit nachbarlichen Interessen und baukulturellen Belangen vereinbar ist.

Im Hinblick auf die Zielsetzung der Sicherung der vorhandenen Bebauungsstruktur sollen Garagen und Einstellplätze nach § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 BauNVO nur in einer angemessenen Anzahl und Größe errichtet werden, damit das Erscheinungsbild einer überwiegend kleinteiligen Bebauung nicht durch eine Anhäufung und Überdimensionierung dieser Anlagen beeinträchtigt wird. Daher werden die genannten Anlagen auf je eine Anlage pro Baugrundstück begrenzt. Zudem wird die Größe der Anlage auf ein verträgliches Maß begrenzt.

Zwischen den Straßenbegrenzungslinien und den straßenseitigen Baugrenzen sollen – auch im Hinblick auf die Erhaltung und Wahrnehmung der ortsbildprägenden Baufluchten – durchgehende Straßenrandbereiche und Vorgärten gesichert werden. Daher sind die o.g. Anlagen in den straßenseitigen Grundstücksrandbereichen unzulässig. Auf den übrigen nicht überbaubaren Flächen sind diese Anlagen jedoch zulässig (maximal zwei Einstellplätze, davon einer als Garage oder Carport bis 21 m² Grundfläche).

Somit können Garagen und Stellplätze seitlich und unmittelbar rückwärtig des Gebäudes angeordnet werden. Hierdurch besteht die Möglichkeit, Stellplätze in einem gewissen Umfang auf dem Grundstück nachzuweisen. Diese sind im Normalfall auch ausreichend, saisonal kann es jedoch zu Engpässen kommen. Die Stadt erarbeitet daher derzeit ein Verkehrskonzept für die Nordhelmsiedlung, in welchem auch die Stellplatzsituation in der Siedlung berücksichtigt wird. Es ist darauf hinzuweisen, dass die zulässige Grundfläche der Garagen auch im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 25 C bereits auf 21 m² beschränkt ist und Garagen und Stellplätze im Straßenrandbereich nicht zulässig sind. Insofern entsteht durch die Bebauungsplanänderung keine Verschlechterung.

4.3.2 Sonstiges Sondergebiet "Reitanlage"

In den Sonstigen Sondergebieten werden die bestehenden baulichen Anlagen unter Berücksichtigung von Grenzabständen gesichert. Zusätzlich werden durch überbaubare Flächen Erweiterungsmöglichkeiten für Anbauten und Neubauten geschaffen. Dabei wird der südlichen Reitanlage, die an nur wenig schutzwürdige Bebauung (ein Wohnhaus) angrenzt, mehr Erweiterungsspielraum eingeräumt als der nördlichen Reitanlage, wo mehrere Wohngebäude im Umfeld vorhanden sind.

4.3.3 Sonstiges Sondergebiet "Meierei"

Aufgrund der Vorgaben des Denkmalschutzes kann – wie auch im Ursprungsplan - auf die Festsetzung von Baugrenzen oder Baulinien verzichtet werden.



Zur näheren Bestimmung der überbaubaren Flächen gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.6 und 1.7

1.6. Überschreitung der Baugrenzen und Baulinien (gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 23 BauNVO)

- (1) Die Baugrenzen und Baulinien dürfen auf den, den Erschließungsstraßen zugewandten Seiten für untergeordnete Bauteile und/oder Wintergärten und Windfänge gemäß der Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Windfänge, Wintergärten) vom 03.12.2010 nicht überschritten werden.
- (2) Die Baugrenzen und Baulinien dürfen für unterirdische Bauteile nicht überschritten werden.

1.7. Nicht überbaubare Flächen (gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 23 BauNVO)

- (1) Auf den nicht überbaubaren Flächen sind je Baugrundstück zwei Einstellplätze - davon höchstens einer als Garage oder Carport im Sinne des § 12 BauNVO bis zu einer Grundfläche von 21 m² - und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer Gesamtgrundfläche **von 21 m²** zulässig.
- (2) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und den vorderen Baugrenzen oder -linien (Vorgärten) sind Garagen oder Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO oder Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO nicht zulässig.

4.4 Private Grünflächen

In den **Block-Innenbereichen** der Quartiere sollen die vorhandenen Freiflächen auf den privaten Grundstücken gesichert werden. Daher werden neben den überbaubaren Flächen und nicht überbaubaren Flächen private Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Garten" gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzt. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB ermöglicht die Festsetzung von öffentlichen und privaten Grünflächen, verbunden mit einer bestimmten Zweckbestimmung. *Entscheidend ist dabei, dass es sich städtebaulich-funktionell um eine Grünfläche handelt, die für die Zweckbestimmung prägend ist. Es scheiden daher Grünflächenfestsetzungen mit einer Zweckbestimmung aus, die zu einer mehr als nur geringfügigen Bebauung oder sogar zu einem Baugebiet führen.*⁹ Die Grundstücke in der Nordhelmsiedlung sind i.d.R. dahingehend strukturiert, dass straßenseitig eine Bebauung vorhanden ist und die rückwärtigen Bereiche sich überwiegend als Freiflächen (Garten) darstellen. Dies entspricht der klassischen Nutzung eines Wohngrundstücks. Das Element der rückwärtigen Gartenfläche ist gebietstypisch für viele Block-Innenbereiche in der Nordhelmsiedlung, da die inneren Freiflächen bereits über mehrere Jahrzehnte eine Bedeutung als ortstypische Grünfläche haben.

⁹ vergl. Kommentar zur BauGB § 9 (1) Nr. 15 RN 124 – Ernst/Zinkahn/Bielenberg, Stand 01.09.2011

Durch die Beibehaltung dieser Grünflächen soll die Attraktivität der Quartiersbebauung unterstrichen werden, insbesondere die Durchgrünung der offenen Baulage gerade im Bereich des Ortsteils "Nordhelm", der sich insofern von der geschlossenen oder abweichenden kompakten Bauweise von den verbleibenden Inselbereichen unterscheidet. Die Festsetzung der privaten Grünfläche zielt auf die Sicherung der Freiflächen in den Block-Innenbereichen ab. Bei den in der Nordhelmsiedlung vorhandenen rückwärtigen Flächen handelt es sich überwiegend um gärtnerisch gestaltete Anlagen wie Zier- und Nutzgärten, als Außenwohnbereiche genutzte Freiflächen oder extensiv genutzte Grünflächen. Alle diese Nutzungen entsprechen von der Struktur her der klassischen Nutzung des rückwärtigen Grundstücks als Gartenbereich. Innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen "Garten" sowie auch in den übrigen nicht überbaubaren Bereichen sind Strauch- und Baumpflanzungen als Siedlungsgehölze vorhanden.

Die Gehölzbestände fördern die kleinklimatischen Bedingungen und sichern im Verbund Lebensräume für Tierarten und Pflanzen. Die Sicherung der Block-Innenbereiche als weitgehend unversiegelte Grünfläche hat daher eine ökologische Bedeutung und rechtfertigt neben den siedlungsstrukturellen Gründen die Ausweisung als private Grünfläche. Die Sicherung der Block-Innenbereiche als weitgehend unversiegelte und unbebaute Grünfläche ist zudem als Freiluftschneise für den Klimaschutz fördernd.

Seitens der Stadt Norderney ist beabsichtigt, mit dieser Planung diese Nutzungen planungsrechtlich zu festigen, um die vorhandenen Strukturen in der Nordhelmsiedlung nachhaltig zu sichern. Zielsetzung ist die Sicherung von quartiersinternen Freiflächen, die bisher das Quartiersinnere prägen. Zielsetzung der Stadt Norderney ist die Erhaltung der vorhandenen Strukturen mit Straßenrandbebauung und Block-Innenbereichen. Die planungsrechtliche Absicherung erfolgt daher durch die Ausweisung von privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Garten". Hier ist eine gärtnerische Gestaltung zulässig. Die Festsetzung als "private Grünfläche" mit der Zweckbestimmung als "Garten" beschreibt die jetzige und planerisch gewollte Nutzung als quartiersinnere Grün- und Freifläche zutreffend.

Die Bemaßung von 8 m definiert die Ausdehnung der privaten Grünflächen, bezogen auf die jeweiligen hinteren Baugrenzen. Somit wird auch die nicht überbaubare Grundstücksfläche definiert. Die Grenze zwischen der nicht überbaubaren Grundstücksfläche und der privaten Grünfläche ist jedoch nicht gleichzusetzen mit den Grundstücksgrenzen und nicht maßgeblich bei der Abstandsregelung im Sinne von § 7 NBauO für Bauvorhaben. Hier sind nach wie vor die Grundstücksgrenzen relevant. Auswirkungen auf die Bauvorhaben innerhalb der überbaubaren Flächen sind daher nicht zu erwarten. Allerdings gelten für die private Grünfläche Einschränkungen bezüglich baulicher Anlagen.

Die Unterscheidung der Grünflächen von den nicht überbaubaren Grundstücksflächen liegt u.a. in der unterschiedlich gestaffelten Zulässigkeit von Garagen, Stellplätzen und Nebenanlagen. Die Zweckbestimmung "Garten" schließt nicht aus, dass auch Wege, Terrassen und in gewissem Umfang Nebenanlagen integriert werden. Allerdings sollen diese entsprechend der baurechtlichen Definition nur einen untergeordneten Teil der Gartenflächen einnehmen, so dass diese durch die vorliegenden Festsetzungen eingeschränkt werden. *Denn bei den Grünflächen handelt es sich grundsätzlich um für eine bauliche Nutzung nicht vorgesehene Flächen, so dass die Grenze für eine solche Festsetzung überschritten ist, wenn sich aus den Festsetzungen für die zulässigen baulichen Anlagen das typische Bild eines Baugebiets bzw. eines Sondergebiets ergibt.*¹⁰

¹⁰ vergl. Kommentar zum BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 15 RN 125 – Ernst/Zinkahn/Bielenberg, Stand 01.09.2011

In der privaten Grünfläche "Garten" ist je Baugrundstück nur eine Nebenanlage mit einer Grundfläche bis zu 12 m² zulässig. Garagen oder Einstellplätze sind nicht zulässig. In den Block-Innenbereichen der Quartiere in der Nordhelmsiedlung, die als private Grünfläche ausgewiesen sind, sind Garagen und Stellplätze nicht ortstypisch und auch im Bestand nur in geringem Umfang vorhanden. Daher werden diese Anlagen dort ausgeschlossen.

Mit der Forderung nach einem weitgehenden Ausschluss von Versiegelungen, einer gärtnerischen Bepflanzung der Grünflächen, der Beschränkung der baulichen Nutzung auf Nebenanlagen bis 12 m² bzw. 21 m² pro Baugrundstück und der unter 1.4. Abs. 4 formulierten Festschreibung der vorhandenen Geländehöhen wird eine ungewollte Veränderung der Block-Innenbereiche erschwert. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass bauliche Anlagen nur in untergeordneter Anzahl und Größe errichtet werden und die Zweckbestimmung des Gartenbereichs gewahrt bleibt. Für vorhandene bauliche Anlagen, die die zulässige Anzahl und Größe überschreiten, greift der Bestandsschutz.

In der textlichen Festsetzung Nr. 1.8 Abs. 3 ist festgelegt, dass die privaten Grünflächen mit Ausnahme der Anlagen nach Abs. 1 (Nebenanlagen) sowie notwendigen Wegen unversiegelt anzulegen und mit Anpflanzungen gärtnerisch zu gestalten sind. Diese Festsetzung zielt vorrangig darauf ab, dass mit Ausnahme der o.g. Ausnahmen (Nebenanlagen und Wege) keine zusätzliche Versiegelung erfolgt. Das Gebot der gärtnerischen Gestaltung mit Anpflanzungen ist ohne Pflanz- und Artenvorgaben und ermöglicht eine flexible Auslegung dieser Festsetzung. Der Umfang der Anpflanzungsmaßnahmen und die Art der gärtnerischen Gestaltung sind nicht festgelegt. Die bereits vorhandenen Gehölze können als Anpflanzung im Sinne dieser Festsetzung mit einbezogen werden.

▷ **Zur näheren Bestimmung der Privaten Grünflächen gelten die Inhalte der textlichen Festsetzungen Nr. 1.8**

1.8. Private Grünfläche – Zweckbestimmung „Garten“ (gemäß § 9 (1) Nr. 15 u. 20 BauGB)

- (1) In der privaten Grünfläche – Zweckbestimmung „Garten“ ist je Baugrundstück eine Nebenanlage mit einer Grundfläche bis zu 12 m² zulässig. Die Summe der Nebenanlagen auf dem gesamten Baugrundstück darf eine Grundfläche von insgesamt 21 m² nicht überschreiten.
- (2) In der privaten Grünfläche sind Garagen oder Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO nicht zulässig.
- (3) Die privaten Grünflächen sind mit Ausnahme der Anlagen nach (1) sowie notwendigen Wegen unversiegelt anzulegen und mit Anpflanzungen gärtnerisch zu gestalten.

4.5 Öffentliche Verkehrsflächen

Im Bebauungsplan werden öffentliche Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB für die vorhandenen Erschließungsstraßen ausgewiesen. Dieses entspricht den Festsetzungen des Ursprungsplanes.

5. GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

1. Allgemeines

Die Gestaltung baulicher Anlagen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 25 C wird im Wesentlichen durch die sog. Gestaltungssatzung und die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes geregelt:

Die **Satzung über die bauliche Gestaltung in der Stadt Norderney** vom 29.09.1993 (Gestaltungssatzung) erfasst nahezu den gesamten besiedelten Bereich der Insel Norderney und gibt Gestaltungsvorgaben für Dachaufbauten, Dacheinschnitte, Ausnahmen für untergeordnete und besondere Bauteile, für die Gestaltung von Solarenergieanlagen, für Werbeanlagen, für auskragende Bauteile und Erker, für Vorgärten, Einstellplätze, Garagen und Nebenanlagen, für Einfriedungen und für Abfallbehälterstandplätze.

Die Gestaltungssatzung ist aufgrund der größeren Gebäudevielfalt allgemeiner gefasst als es für einen abgegrenzten Siedlungsbereich wie für die Nordhelmsiedlung möglich ist. Im Rahmen der Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 B wurden für die Nordhelmsiedlung aufgrund der besonderen Ausprägung die Gestaltungsvorschriften aus der Satzung von 1993 konkretisiert und ergänzt, um insbesondere das Erscheinungsbild entlang der Erschließungsstraßen zu wahren. Zur Sicherung eines einheitlichen Siedlungsbildes in der Nordhelmsiedlung werden die gestalterischen Festsetzungen im Grundsatz aus der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 B auch für die 2. Änderung des Bebauungsplan Nr. 25 C übernommen.

Folgende Regelungsvorschläge werden neu formuliert:

- ⇒ Rollläden: Um die unliebsame Erscheinung von sog. "Rollladensiedlungen" abzuschwächen, sollen Vorbaurolläden zu Erschließungsstraßen nicht mehr zulässig sein.
- ⇒ Solarenergieanlagen: Insbesondere in der dörflich anmutenden Siedlung wirken die oftmals nachträglich montierten, die ganze Dachfläche einnehmenden Anlagen eher ortsbildstörend und fremd. Die Festsetzung soll den ungehemmten Einsatz derlei Anlagen im Sinne der konsequenten Umsetzung der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney steuern: Solaranlagen sollen zukünftig von den Erschließungsstraßen aus nicht einsehbar zulässig sein. Über Ausnahmeregelungen sind gestalterisch anspruchsvolle oder besondere verträgliche Lösungen nach wie vor zulässig. Dem Hauseigentümer bleiben unabhängig von dieser Regelung zahlreiche Möglichkeiten zur Energieeinsparung oder zum Einsatz erneuerbarer Energien.
- ⇒ Vorgärten: Die Regelung zur gärtnerischen Anlage der Vorgärten ist die Präzisierung der Regelungen aus der Gestaltungssatzung. Gerade in der eher dörflichen Struktur der Siedlung ist dies zur Erhaltung des Ortsbildes essentiell. Die Regelungen zu Zufahrten und Bewegungen sollen die Versiegelung der Grundstücke bremsen.
- ⇒ Kellerlichtschächte und -niedergänge: Im Zusammenhang mit dem ebenfalls neu aufgenommenen Verbot von Abgrabungen soll der übermäßigen Ausnutzung von Grundstücken durch Aufenthaltsräume im Kellergeschoss Einhalt geboten werden.

Den gestalterischen Festsetzungen liegt eine ausführliche Bestandsanalyse der Gebäudequartiere in der Nordhelmsiedlung zugrunde. Diese liegt der Stadt Norderney vor und kann bei Bedarf eingesehen werden.

2. Gestalterische Festsetzungen gemäß § 84 der NBauO

2.1. Dachgestaltung

(1) Es sind nur Gebäude mit Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdächern und einer Dachneigung von 40 - 55 Grad zulässig. Die Dächer sind symmetrisch zum Hauptbaukörper anzuordnen. Untergeordnete Vor- und Anbauten (maximal 20 % der Grundflächen des Hauptgebäudes) sowie Nebenanlagen und Garagen sind von dieser Vorschrift ausgenommen.

(2) Für die Dacheindeckung sind folgende Materialien zulässig:

- unglasierte Dachziegel oder Dachsteine in Rot- bis Rotbrauntönen
- unglasierte Dachziegel oder Dachsteine in Anthrazittönen.

Ausnahmen von der Dacheindeckung sind zulässig, wenn es sich um untergeordnete, transparente Vor-, An- oder Aufbauten handelt (maximal 20 % der Grundflächen des Hauptgebäudes).

(3) Als "rot" bis "rotbraun" gelten folgende RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 2001, 2002, 3000, 3002, 3003, 3013, 3016, 8004 und 8012. Als "anthrazit" gelten die RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 7011, 7015 und 7016.

(4) Für die Hauptgebäude (in der Planzeichnung mit V= Vorderhaus und A=Anbau gekennzeichnet) gelten die in der Planzeichnung festgesetzten Firstrichtungen. Ausnahmsweise sind Abweichungen für untergeordnete Gebäudeteile und untergeordnete Anbauten zulässig.

(5) Dächer sind mit Dachüberständen auszubilden. Die traufseitigen Dachüberstände müssen mindestens 30cm betragen.

(6) Dachaufstockungen sind nur zulässig, wenn die Vorschriften (1) bis (5) beim gesamten Baukörper eingehalten werden.

Begründung

Die Bauvorschriften zur Dachgestaltung ergeben sich daraus, dass das städtebauliche Erscheinungsbild in der Nordhelmsiedlung durch eine überwiegend einheitliche Dachlandschaft mit geneigten Dächern geprägt ist. Die Quartiere in der Nordhelmsiedlung sind durch geneigte Dachformen wie Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdächer gekennzeichnet. Das Satteldach besteht aus zwei entgegengesetzt geneigten Dachflächen, die an der höchsten waagerechten Kante, dem Dachfirst, zusammentreffen.

Kennzeichnend ist hier i.d.R. ein mittig verlaufender First am Hauptgebäude. Die Satteldächer sind in der Regel symmetrisch zum Baukörper ausgeführt. Um das Erscheinungsbild der vorhandenen geneigten Dachformen mit symmetrischer Anordnung zum Hauptbaukörper zu erhalten und auch bei Gebäudemodernisierungen, Neubauten und Ersatzbauten zu sichern, wird die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (1)** aufgestellt. Da untergeordnete Vor- und Anbauten sowie Nebenanlagen und Garagen das Erscheinungsbild nicht entscheidend prägen, werden diese Anlagen von der Vorschrift ausgenommen. Für die Vor- und Anbauten wird ein Anteil von bis zu 20 % als untergeordnet festgelegt, darüber hinausgehende Anteile können wiederum Auswirkungen auf das Erscheinungsbild haben und würden dann unter diese Vorschrift fallen.

Die Dacheindeckung in der Nordhelmsiedlung ist gekennzeichnet durch eine Farbauswahl in Rot- bis Rotbrauntönen und Anthrazittönen, überwiegend mit unglasierten Dachziegeln. Um dieses die Nordhelmsiedlung prägende Erscheinungsbild zu wahren, gilt die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (2)**. Insbesondere soll auch sichergestellt werden, dass bei Modernisierungsmaßnahmen keine untypischen Materialien wie glasierte Dachziegel verwendet werden und bei Neu- und Ersatzbauten keine untypische und ortbildstörende Farbgebung wie z.B. Blau- oder Grüntöne bei der Dachgestaltung angewandt wird.

In der Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (3)** werden Farbvorgaben für Rot- bis Rotbrauntöne und Anthrazittöne gegeben. Dies dient einerseits der Orientierung für den Bauherrn und andererseits als Prüfvorlage auf der Ebene der Baugenehmigung.

Die Quartiere in der Nordhelmsiedlung sind in der Mehrzahl durch eine einheitliche Firstrichtung entlang der Straßenzüge geprägt. Da gerade die Stellung der baulichen Anlagen zu einer einheitlichen und harmonischen Ausprägung des Straßenbildes beiträgt, sollen die Hauptfirstrichtungen gesichert werden. Daher gilt die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (4)**. Untergeordnete Bauteile sind aufgrund der nicht prägenden Wirkung von dieser Vorschrift ausgenommen.

Entsprechend der Bestandssituation im Plangebiet wird in der Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (5)** festgesetzt, dass Dächer mit Dachüberständen auszubilden sind.

Durch die Festsetzung der Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (6)** zur Dachaufstockung soll sichergestellt werden, dass bei den Gebäuden, die jetzt schon von den typischen Siedlungsformen abweichen, durch Anbaumaßnahmen keine zusätzliche Überformung entsteht.

Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.1 Absatz (7)** regelt den Umgang mit dem Bestand.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt. Die dort in § 4 Abs. 1 genannten Ausnahmen für Dachformen und Dacheindeckungen betreffen den Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung nicht.

2.2 Außenwände

- (1) Mit Ausnahme von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind Gebäudeaußenwände mit unglasierten rot- bis rotbraunen Mauerziegeln in den RAL-Farbtönen Nr. 2001, 2002, 3000, 3002 oder 3016 zu verblenden.
- (2) Garagen gem. § 12 BauNVO dürfen auch in anderer massiver Bauweise errichtet werden, wobei die Außenflächen entsprechend den vorstehenden RAL-Farbtönen zu streichen sind.

Begründung

Das einheitliche Erscheinungsbild in der Nordhelmsiedlung wird neben der Dachlandschaft auch durch die Fassadengestaltung geprägt, die quartiersweise relativ einheitlich in Ziegelmauerwerk mit Rot- und Rotbrauntönen gehalten ist. Um dieses Erscheinungsbild zu wahren, gilt hier die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.2 Absatz (1)**. Untergeordnete Bauteile wie Nebenanlagen sind aufgrund der nicht prägenden Wirkung von dieser Vorschrift ausgenommen. Bei Garagen werden auch andere Materialien zugelassen, um eine größere Vielfalt in der Bauausführung – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – zu ermöglichen. Allerdings soll hier die Farbgestaltung der Fassaden übernommen werden, um Störungen des einheitlichen Erscheinungsbildes in den Quartieren zu vermeiden (Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.2 Absatz (2)**).

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt; Vorgaben zu diesem Regelungsinhalt sind in der genannten Satzung nicht enthalten.

2.3 Fenster, Türen, Rollläden

- (1) In Außenwänden müssen Fenster und Fenstertüren ein stehendes Rechteckformat haben bzw. Fensterbänder sind so zu gliedern, dass die einzelnen Fensterteile ein stehendes Rechteckformat haben und symmetrisch aufgeteilt sind. Das stehende Rechteckformat wird durch ein Seitenverhältnis von mind. 1 : 1,2 definiert; maßgeblich sind die Glasflächen der Öffnungen.
- (2) Für die Fensterrahmen und -sprossen muss ein weißes Material oder weißer Anstrich verwendet werden. Als "weiß" gelten die RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 1013, 9001, 9003, 9010 und 9016.
- (3) An Fenstern zu den Erschließungsstraßen, sind Vorbaurolläden nicht zulässig.

Begründung

Die Fassadengestaltung in der Nordhelmsiedlung ist durch eine symmetrische Aufteilung der Fassadenöffnungen gekennzeichnet. Dies sichert in den jeweiligen Straßenzügen ein harmonisches Erscheinungsbild. Die einzelnen Fensterteile oder die Öffnungen weisen i.d.R. ein stehendes Rechteckformat auf. In den neueren Baugebieten sind auch Überformungen der Fensteröffnungen vorhanden. Um weitere Überformungen zu vermeiden und einheitliche harmonische Erscheinungsbilder zu sichern, werden in der Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.3 Absatz (1)** stehende Fensterformate vorgeschrieben.

Da in der Nordhelmsiedlung weiße Fenster prägend sind und bei neueren Gebäuden eine Abweichung von dieser Farbgebung bzw. eine beginnende Überformung zu beobachten ist, wird durch die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.3 Absatz (2)** eine weiße Farbgebung vorgeschrieben.

Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.3 Absatz (3)** schließt Vorbaurolläden an der Straße aus, um straßenseitig das ortstypische Erscheinungsbild zu wahren. Vorbaurolläden sind nicht ortstypisch und führen zu einer Überformung der Fassaden. Daher werden diese an der den Erschließungsstraßen zugewandten Seite ausgeschlossen. Für die Verdunklung von den straßenseitig gelegenen Räumen gibt es ausreichend Alternativen – so auch durch innenliegende Rollläden. Für vorhandene straßenseitige Vorbaurolläden greift der Bestandsschutz.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt; Vorgaben zu diesem Regelungsinhalt sind in der genannten Satzung nicht enthalten.

2.4 Außentreppen, Balkone und Dachterrassen

- (1) Außentreppen sind nur auf den den Erschließungsstraßen abgewandten Gebäudeseiten zulässig.
- (2) Balkone und Dachterrassen sowie Dacheinschnitte zu den Erschließungsstraßenseiten sind nicht zulässig.

Begründung

Die Anordnung von Außentreppen wird dahingehend eingeschränkt, dass diese nur auf den, den Erschließungsstraßen abgewandten Seiten zulässig sind. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass das ortstypische Element eines Vorgartens (Garten- oder Rasenfläche) nicht durch bauliche Anlagen beeinträchtigt wird. Durch die Regelung, die Außentreppen nur auf den straßenabgewandten Seiten zulässt, sollen derlei Anlagen zukünftig aus dem direkten Sichtfeld des öffentlichen Straßenraumes genommen werden. Zu den straßenabgewandten Seiten gehören nur die rückwärtigen Gebäudeseiten und nicht die seitlichen Gebäudeseiten. Durch die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.4 Absatz (1)** soll sichergestellt werden, dass das ortstypische Element eines Vorgartens (Garten- oder Rasenfläche) nicht durch bauliche Anlagen beeinträchtigt wird.

Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.4 Absatz (2)** soll dazu beitragen, die prägenden und historisch typischen Strukturen in der Nordhelmsiedlung zu erhalten. Balkone und Dachterrassen sowie Dacheinschnitte sind für die Nordhelmsiedlung nicht typisch und werden daher, um das typische Erscheinungsbild zu wahren, auf der "öffentlich" erlebbaren Straßenseite nicht zugelassen.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt; Vorgaben zu diesem Regelungsinhalt sind in der genannten Satzung nicht enthalten.

2.5 Solarenergieanlagen

- (1) Auf geneigten und flachen Dächern dürfen Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie (Photovoltaik, Wasser- und Luftkollektoren etc.) eingesetzt werden. Solarenergieanlagen dürfen jedoch nur dann errichtet werden, wenn sie von den jeweiligen Erschließungsstraßen nicht einsehbar sind.
- (2) Ausnahmsweise können Anlagen zur Nutzung von Solarenergie zugelassen werden, wenn sich die Anlage hinsichtlich der Anordnung, Ausführungsart, und Farbgestaltung in die Gebäudehülle einfügt. (Die jeweils aktuellen, besonderen gesetzlichen Vorgaben zur Energieeinsparung von Gebäuden sind zu beachten.)

Begründung

In den noch dörflich anmutenden Bereichen der Nordhelmsiedlung wirken die oftmals nachträglich montierten, die ganze Dachfläche einnehmenden Anlagen eher ortsbildstörend und fremd. Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.5 Absatz (1)** soll den ungehemmten Einsatz von derlei Anlagen im Sinne der konsequenten Umsetzung der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney steuern: Solaranlagen sollen daher zukünftig von den Erschließungsstraßen aus nicht einsehbar zulässig sein. Über Ausnahmeregelungen sind jedoch gestalterisch anspruchsvolle oder besondere verträgliche Lösungen nach wie vor zulässig (Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.5 Absatz (2)**).

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt. Die Vorschriften zu Abs. 1 und Abs. 2 beziehen sich nur auf die Seiten, die zu den Erschließungsstraßen ausgerichtet sind. Die Bauvorschrift 2.5 stellt somit eine Konkretisierung der Vorgaben aus der Gestaltungssatzung dar.

2.6 Antennenanlagen und sonstige technische Anlagen

- (1) An Hausfassaden, die den öffentlichen Straßen zugewandt sind, dürfen Antennen und Parabolantennen (Sat-Schüsseln) nicht angebracht werden. Auf Dächern sind Antennen und Parabolantennen nur zulässig, wenn sie von den Erschließungsstraßen aus nicht sichtbar sind. Ausnahmsweise können Parabolantennen von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar angebracht werden, wenn der Empfang nachweislich auf andere Weise nicht erreicht werden kann. In diesen Fällen sind die Parabolantennen farblich an die Fassade oder Dachfläche der Gebäude anzupassen. Je Gebäude darf nur eine Antennenanlage angebracht werden.
- (2) Sonstige technische Anlagen (z.B. Wärmetauscher, Kühl- und Klimaanlage, Stromaggregate) dürfen an Hausfassaden, die den öffentlichen Straßen zugewandt sind, nicht angebracht werden. Auf Dächern ist diese Art von Anlagen nur zulässig, wenn sie von öffentlichen Verkehrsflächen aus nicht sichtbar sind.

Begründung:

Die Vorschriften zu Abs. 1 und Abs. 2 beziehen sich nur auf die Seiten, die zu den Erschließungsstraßen ausgerichtet sind. Die Gestaltungssatzung bleibt unberührt. Die Bauvorschrift 2.6 stellt somit eine Konkretisierung dar. Antennen und Parabolantennen (Sat-Schüsseln) sowie andere technische Anlagen haben in den dörflich anmutenden Bereichen der Nordhelmsiedlung eine ähnliche fremde und ortsbildstörende Wirkung wie die o.g. Solaranlagen.

Daher werden diese durch die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.6 Absatz (1) und (2)** entlang der Erschließungsstraßen ausgeschlossen. Um unzumutbare Härten zu vermeiden, sind Ausnahmen für den Fernseh- und Radioempfang zulässig.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt; Vorgaben zu diesem Regelungsinhalt sind in der genannten Satzung nicht enthalten.

2.7 Vorgärten, Einfriedungen, Zufahrten und Einstellplätze

- (1) Vorgärten, d.h. die Räume zwischen den öffentlichen Verkehrsflächen und den Baufluchten, sind unversiegelt anzulegen und mit Anpflanzungen gärtnerisch zu gestalten. Zugänge sowie Zufahrten für die Anlagen des privaten ruhenden Verkehrs sind hiervon ausgenommen.
- (2) Einfriedungen zu den Erschließungsstraßen dürfen eine max. Höhe von 0,90 m über der Oberkante der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche nicht überschreiten.
- (3) Werden auf privaten Grundstücken nicht überdachte Stellplätze angelegt, sind die Oberflächen der Standplätze als Pflasterung mit mindestens 50% Durchgrünung auszubilden. (Die Vorgaben des Grundwasserschutzes sind zu beachten.)
- (4) Je Wohngebäude sind jeweils nur eine Zufahrt mit einer maximalen Breite von 3,00 m sowie eine Zuwegung mit einer maximalen Breite von 1,50 m als Anschluss an die öffentliche Verkehrsfläche zulässig.

Begründung

Die Regelung zur gärtnerischen Anlage der Vorgärten ist die Präzisierung der Regelungen aus der Gestaltungssatzung. Gerade in der eher dörflichen Struktur der Siedlung ist dies zur Erhaltung des Ortsbildes essentiell. Ein typisches Erscheinungsbild in den Quartieren der Nordhelmsiedlung ist ein Vorgarten mit Rasen oder gärtnerischer Gestaltung. Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 Absatz (1)** soll daher die Erhaltung der dörflichen Strukturen der Siedlung durch Sicherung von Gartenbereichen, die durch eine Begrünung und gärtnerische Gestaltung gekennzeichnet sind, sicherstellen. Erforderliche Zufahrten und Zugänge sind zur Erschließung des Grundstücks notwendig und werden daher von der Vorschrift ausgenommen.

Die Vorgärten in der Nordhelmsiedlung sind in der Regel einsehbar und gehören zum straßenseitigen Erscheinungsbild der Nordhelmsiedlung. Daher sollen durch die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 Absatz (2)** zu hohe Einfriedungen vermieden werden.

Großflächig versiegelte Pflasterflächen passen nicht in das dörfliche Siedlungsbild. Die Regelung zu Zufahrten und Zuwegungen soll daher die Versiegelung der Grundstücke bremsen. Daher sollen durch die Verwendung von großfugigem Pflaster oder Rasengittersteinen ausreichend Grünanteile auf dem Baugrundstück gesichert werden (Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 Absatz (3)**).

Um klar ablesbare Grundstücksränder zu sichern und zu große versiegelte Zufahrts- und Zugangsbereiche zu vermeiden, werden durch die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 Absatz (4)** die Breiten den vorgenannten Anlagen reglementiert.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben in Bezug auf die Vorgartengestaltung weitestgehend unberührt und werden in Bezug auf die Einfriedungen konkretisiert. In § 8 der Gestaltungssatzung ist festgelegt, dass die nicht bebauten Grundstücksteile zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und den Gebäuden als Vorgarten anzulegen ist. Die Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 (1)** mit der Vorgabe, den Vorgarten nicht zu versiegeln und gärtnerisch zu gestalten, stellt eine Konkretisierung der Vorgaben aus der Gestaltungssatzung dar.

Weiterhin ist in der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 festgelegt, dass im Fall zulässiger baulicher Anlagen im Vorgartenbereich ein Vorgarten in einer Breite von 1 m erhalten bleiben muss. Diese Maßgabe kommt nur bei der Überschreitung von Baugrenzen durch untergeordnete Bauteile und Wintergärten zum Tragen (siehe textliche Festsetzung Nr. 1.6); Garagen und Nebenanlagen sind laut textlicher Festsetzung Nr. 1.4 im Vorgartenbereich nicht zulässig. Die Gestaltungsvorschrift Nr. 2.7 steht in Bezug auf die Vorgartengestaltung mit der Satzung 1993 in Einklang.

Die Höhe der Einfriedungen wird zu den Erschließungsstraßen enger geregelt als in der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993. Hier ist zur öffentlichen Verkehrsfläche in der Gestaltungsvorschrift **Nr. 2.7 (2)** eine Höhe von 0,90 m statt wie in der Satzung 1993 eine Höhe von 1,20 m zulässig. Diese Reduzierung der Höhe gilt nur für die den öffentlichen Erschließungsstraßen zugeordneten Seiten und trägt dem vorherrschenden Erscheinungsbild in der Nordhelmsiedlung Rechnung. Die Reduzierung der Einfriedung sichert, dass die (ortsbildprägenden) Gebäude und Vorgärten nicht durch zu hohe Zäune und Hecken vom öffentlichen Straßenraum abgeschottet werden.

2.8 Werbeanlagen

- (1) Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.
- (2) Werbeanlagen als freistehende Schaukästen sind nur bis zu einer Größe von maximal 1,0 m² zulässig.
- (3) Leuchtwerbungen sind unzulässig. Ausnahmen für Betriebe des Einzelhandels, der Gastronomie oder des Handwerks können bis zu einer Gesamtgröße von 4m² zugelassen werden.

Begründung

Durch die Gestaltungsvorschriften **Nr. 2.8 Absatz (1)** sollen Anlagen der Fremdwerbung vermieden werden. Die Begrenzung auf die Zulässigkeit von Werbeanlagen an der Stätte der Leistung stellt sicher, dass nur an den hier untergeordnet zulässigen gewerblichen Nutzungen solche Anlagen angebracht werden können und sichern das Erscheinungsbild der überwiegend durch Dauerwohnen und Gästebeherbergung geprägten Nordhelmsiedlung. Die Gestaltungsvorschriften **Nr. 2.8 Absatz (2) und (3)** sollen ortsbildstörende Werbeanlagen ausschließen.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993, wonach Werbeanlagen auf und über Dachflächen und Traufen nicht zulässig sind, bleiben unberührt. Die Gestaltungsvorschrift Nr. 2.8 stellt somit eine Konkretisierung dar.

2.9 Kellerlichtschächte, Kellerniedergänge

- (1) Kellerlichtschächte sind bis zu einer Tiefe von maximal 0,60 m im Lichten zulässig. Die Gesamtbreite der Kellerlichtschächte darf die Hälfte der Länge der jeweiligen Gebäudeseite nicht überschreiten.
- (2) Das Eintrittspodest bei Kellerniedergängen darf eine Größe von 1,5 m² nicht überschreiten. Je Wohngebäude ist nur ein Kellerniedergang zulässig.

Begründung

Durch die Gestaltungsvorschriften **Nr. 2.9 Absatz (1) und (2)** soll im Zusammenhang mit dem Verbot von Abgrabungen der Ausnutzung von Grundstücken durch Aufenthaltsräume im Kellergeschoss Einhalt geboten werden.

Die Vorschriften der Gestaltungssatzung der Stadt Norderney vom 19.03.1993 bleiben unberührt; Vorgaben zu diesem Regelungsinhalt sind in der genannten Satzung nicht enthalten.

6. HINWEISE

Die Hinweise enthalten redaktionelle Übernahmen und Verweise auf unabhängig für den Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 25 C, 2. Änderung bestehende und geltende Satzungen und Regelungen, die für die Zulässigkeit von Vorhaben relevant sind. Dies sind u.a. Gestaltungssatzung, Wintergartensatzung etc. Die Hinweise sind auf der Planzeichnung vermerkt.

7. ERGÄNZENDE ANGABEN

7.1 Städtebauliche Übersichtsdaten

Gesamtfläche	90.500 m²
Sondergebiet SO 1 "Dauerwohnen und Gästebeherbergung"	53.100 m ²
Sondergebiet SO 2 "Reitanlage"	12.355 m ²
Sondergebiet SO 3 "Meierei"	3.185 m ²
Öffentliche Verkehrsflächen	10.531 m ²
Private Grünflächen „Garten“	12.055 m ²
Fläche für die Versorgung, Zweckbestimmung "Elektrizität"	224m ²

7.2 Ver- und Entsorgung

Die Wasserversorgung ist durch den Anschluss an das städtische Wasserwerk sichergestellt.

Die Abwasserbeseitigung erfolgt durch den Anschluss an die zentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Norderney.

Die Versorgung mit elektrischer Energie erfolgt durch die Stadtwerke Norderney GmbH (SWN). Im Bebauungsplangebiet wird eine Versorgungsanlage gesichert.

Die Abfallbeseitigung ist durch den Landkreis Aurich geregelt.

8. DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF

Aufstellungsbeschluss durch den Verwaltungsausschuss	23.07.2008
Beschluss über den Entwurf und die Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Verwaltungsausschuss	
Ortsübliche Bekanntmachung (Norderneyer Badezeitung)	
Ortsübliche Bekanntmachung (Aushang Rathaus)	
Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB an der Planung:	
Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 4 Abs. BauGB an der Planung:	
Satzungsbeschluss durch den Rat	
Bekanntmachung der Rechtskraft im Amtsblatt	

Ausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 25 C, 2. Änderung:
NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg

Oldenburg, den

.....

(Unterschrift)

Die Begründung ist dem Bebauungsplan Nr. 25 C, 2. Änderung als Anlage beigefügt.

Norderney, den

.....

Bürgermeister

Anhang: Allgemeine Vorprüfung nach UVPG

Da der zulässige Schwellenwert von 20.000 m² gemäß § 13 a BauGB überschritten wird, ist anhand der in Anlage 2 NUVPG aufgeführten Kriterien zu prüfen, ob mit der Bebauungsplanänderung erhebliche Umwelteinwirkungen einhergehen, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen wären.

Anhang: Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls gem. Anlage 2

1.	Merkmale der Vorhaben Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Punkte zu beurteilen:	
1 a	Größe des Vorhabens	Das Bebauungsplangebiet hat eine Größe von 90.500 m ² . Davon sind 53.100 m ² als Sondergebiet "Dauerwohnen und Gästebetrieb", 12.355 m ² als Sondergebiet "Reitanlage" und 3.185 m ² als Sondergebiet "Meierei" ausgewiesen. 10.531 m ² sind als öffentliche Verkehrsflächen, 12.055 m ² private Grünflächen und 224 m ² als Fläche für die Versorgung, Zweckbestimmung "Elektrizität" festgesetzt.
1 b	Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft	Im rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahre 2000 sind allgemeine Wohngebiete mit Grundflächenzahlen von 0,3 und Sondergebiete für die Reitanlagen mit Grundflächenzahlen von 0,8 ausgewiesen. In der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C bleibt die Grundflächenzahl der Sondergebiete für die Reitanlagen unverändert. Bei den bisherigen allgemeinen Wohngebieten und jetzigen Sondergebieten für das Dauerwohnen und die Gästebetrieb wird die Grundflächenzahl zwar von 0,3 auf 0,4 erhöht, durch die Festsetzung der privaten Grünflächen reduziert sich jedoch die Bezugsgröße und damit der Versiegelungsgrad. Im jetzigen Sondergebiet für die Meierei ist wie bisher keine Grundflächenzahl festgesetzt. Auf die Festsetzung von Erhaltungsgeboten für Einzelbäume wird verzichtet, da einerseits mehrere der bisher festgesetzten Bäume nicht mehr vorhanden und andererseits keine besonders markanten Baumstandorte im Plangebiet festzustellen sind. Die Versiegelung der öffentlichen Verkehrsflächen wird durch diese Bebauungsplanänderung nicht verändert.
1 c	Abfallerzeugung	Durch die Bebauungsplanänderung wird dieses Kriterium nicht berührt.
1 d	Umweltverschmutzung und Belästigungen	Durch die Bebauungsplanänderung wird dieses Kriterium nicht berührt.
1 e	Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien.	Durch die Bebauungsplanänderung wird dieses Kriterium nicht berührt.
2.	Standort der Vorhaben Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien sowie unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:	

2 a	Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst-, und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)	Bei den Flächen im Plangebiet handelt es sich um einen erschlossenen Siedlungsbereich, nahezu alle Grundstücke sind einer Bebauung zugeführt. In den Block-Innenbereichen sind unbebaute Freiflächen vorhanden.
2 b	Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft des Gebietes (Qualitätskriterien)	Es handelt sich um einen durch Bebauung und Verkehrsflächen vorbelasteten Bereich, der im rechtsverbindlichen Bebauungsplan 25 C Verkehrsflächen und Baugebiete ausweist. Auf einigen Grundstücken sind Bäume zur Erhaltung festgesetzt. Es liegen keine besonderen Qualitätskriterien im Plangebiet vor.
2 c	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und Objekte sowie von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):	
-	Natura 2000-Gebiete (§ 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Naturschutzgebiete (§ 23 Abs. 1 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Nationalparke (§ 24 Abs. 1 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Nationale Naturmonumente (§ 24 Abs. 4 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Biosphärenreservate, (§ 25 Abs. 1 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Landschaftsschutzgebiete (§ 26 Abs. 1 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Naturdenkmale (§ 28 BNatSchG)	nicht betroffen
-	Geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 Abs. 1 BNatSchG), auch soweit Wallhecken sowie Ödland und sonstige naturnahe Flächen nach § 22 Abs. 3 und 4 NAGBNatSchG) dazu gehören,	nicht betroffen
-	Gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 Abs. 1 BNatSchG, § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG),	nicht betroffen
-	Wasserschutzgebiete (§ 51 Abs. 1 WHG),	nicht betroffen
-	Heilquellenschutzgebiete (§ 53 Abs. 4 WHG),	nicht betroffen
-	Risikogebiete (§ 73 Abs. 1 WHG)	nicht betroffen
-	Überschwemmungsgebiete (§ 76 WHG)	nicht betroffen

-	Gebiete, für die durch Gemeinschaftsvorschriften bestimmte Umweltqualitätsnormen festgelegt sind und in denen diese Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,	nicht betroffen
-	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 Satz 4 des Raumordnungsgesetzes)	nicht betroffen
-	Baudenkmale und Bodendenkmale, die gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 NDG in das Verzeichnis der Kulturdenkmale aufgenommen sind, und Grabungsschutzgebiete	Bei der Meierei handelt es sich um ein denkmalgeschütztes Ensemble, diese Festsetzung wird in den B-Plan übernommen.
3.	Merkmale der möglichen Auswirkungen	
	Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; insbesondere ist Folgendem Rechnung zu tragen:	
3 a	dem Ausmaß der Auswirkungen (geografisches Gebiet und betroffene Bevölkerung)	Es erfolgt kein Eingriff in Natur und Landschaft, daher keine Auswirkungen. Die quartiersinternen Freiflächen werden durch Ausweisung privater Grünflächen gesichert.
3 b	dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen	nicht betroffen
3 c	der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen	Gegenüber dem rechtskräftigen Bebauungsplan und der bestehenden Bebauung sind keine zusätzlichen Auswirkungen zu erwarten. Bei Abriss von Gebäuden sind artenschutzrechtliche Belange zu beachten.
3 d	der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	Aufgrund der Vorbelastung sind auswirkungsrelevante Beeinträchtigungen nicht zu erwarten.
3 e	der Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen	Da mit der Bebauungsplanänderung – mit Ausnahme der privaten Grünflächen in den Block-Innenbereichen – keine grundsätzlich relevante Nutzungsänderung erfolgt und wie bisher eine Wohnbebauung mit Gästebeherbergung sowie die Bestandssicherung der Reitanlagen und der Nutzungen in der Meierei vorgesehen ist, sind die Beeinträchtigungen mit denen des derzeitigen Rechtszustands vergleichbar. So sind die versiegelungsbedingten Auswirkungen durch eine Bebauung und Anlage von Verkehrs- und Parkplatzflächen nach wie vor dauerhaft. Eine Reversibilität der Auswirkungen ist schwer möglich.

Fazit:

Im Rahmen der Vorprüfung werden die Auswirkungen der Planung als nicht erheblich i. S. des UVPG beurteilt. Durch die für das Vorhaben anzuwendenden Fachgesetze (Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz) ist eine hinreichende Berücksichtigung der relevanten Belange gewährleistet.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung lässt keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn erwarten und ist daher nicht erforderlich.

Bebauungsplan Nr. 25 C – 2. Änderung

Entwurf – Stand 01. August 2014

1. Textliche Festsetzungen

1.1. Sonstiges Sondergebiet SO 1 „Dauerwohnen und Gästebeherbergung“ gemäß § 11 BauNVO

1.1.1. Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Das Sonstige Sondergebiet „Dauerwohnen und Gästebeherbergung“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient überwiegend der Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen des Dauerwohnens, sowie weiterhin untergeordnet der Fremdenbeherbergung.

(1) Zulässig sind:

- a) Wohngebäude mit **Wohnungen zum dauerhaften Aufenthalt**,
- b) Unterkünfte zur Fremdenbeherbergung **für einen ständig wechselnden Personenkreis** (Ferienappartements) im räumlichen und funktionalem Zusammenhang zu Wohngebäuden im Sinne von (1) a
- c) sowie Räume für freie Berufe.

(2) Ausnahmsweise zulässig sind:

- kleine Läden zur Versorgung des täglichen Bedarfs für Bewohner und Gäste mit einer Größe bis zu 100m² Verkaufsfläche
- Schank- und Speisewirtschaften ohne besondere Betriebseigentümlichkeiten mit einer Größe des Gastraumes bis zu 100m² Grundfläche
- nicht störende Handwerksbetriebe
- Anlagen für Verwaltungen sowie
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

1.1.2. Zulässige Zahl der Wohnungen und Ferienappartements in Wohngebäuden (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 und 6 BauGB)

(1) Je Wohngebäude ist mindestens eine Wohnung zum dauerhaften Aufenthalt vorzusehen.

(2) Die Anzahl der Wohnungen in Bezug auf die überbaubare Fläche – bezogen auf das Baugrundstück - wird wie folgt begrenzt:

- **bis 250 m²** überbaubare Fläche höchstens **2 Wohnungen** zum dauerhaften Aufenthalt,
- **über 250 m²** überbaubare Fläche höchstens **3 Wohnungen** zum dauerhaften Aufenthalt,

(3) Die Anzahl der Ferienappartements zur Fremdenbeherbergung wird auf insgesamt 2 je Wohngebäude begrenzt.

1.2. Sonstiges Sondergebiet SO 2 „Reitanlage“ gemäß § 11 BauNVO

Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Das Sonstige Sondergebiet „Reitanlage“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient der Nutzung von Reitanlagen mit ergänzenden Einrichtungen.

(1) Zulässig sind:

- Stallanlagen zur Unterbringung von Reit- und Pensionspferden,
- Reitsporthallen,
- Unterstände für Futter, Lager, Fahrzeuge, Maschinen,
- Vereins-, Aufenthalts- und Sozialräume.

1.3. Sonstiges Sondergebiet SO 3 „Meierei“ gemäß § 11 BauNVO

Zweckbestimmung und Art der Nutzung (gemäß § 11 BauNVO i.V. mit § 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Das Sonstige Sondergebiet „Meierei“ [Sondergebiet nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO)] dient der Nutzung einer Gastronomie und nicht störenden Gewerbebetrieben.

(1) Zulässig sind:

- Schank- und Speisewirtschaften,
- nicht störende Gewerbe- und Handwerksbetriebe,
- Beherbergungsbetriebe mit Fremdenzimmern,

(2) Ausnahmsweise zulässig sind:

- Läden mit einer Verkaufsfläche bis zu 100m² ,
- Anlagen für kulturelle Zwecke,

1.4. Höhenentwicklung der Baukörper (gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit § 18 BauNVO)

(1) Die in der Planzeichnung festgelegten First- und Traufwandhöhen sowie Gebäudehöhen dürfen nicht überschritten werden.

- Oberer Bezugspunkt der Firsthöhe ist der oberste Schnittpunkt der Dachflächen.
- Oberer Bezugspunkt der Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Oberkante Dachhaut mit der Außenwand.
- Oberer Bezugspunkt der Gebäudehöhe ist der oberste Punkt des Daches.
- Unterer Bezugspunkt der First- und Traufwandhöhen sowie Gebäudehöhen ist die Höhe der Erschließungsstraßenmitte.
- Dachaufstockungen sind nur zulässig, wenn die Trauf- und Firsthöhen beim gesamten Baukörper eingehalten werden.

(2) Die Traufhöhe von Nebenanlagen, Garagen und überdeckten Stellplatzanlagen darf eine Höhe von 2,50 m nicht überschreiten. Die Firsthöhe der vorgenannten Anlagen darf eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten.

(3) Die Höhenlage des vorhandenen Geländes auf den Grundstücken ist zu erhalten. Abgrabungen, Vertiefungen oder Aufschüttungen sind nicht zulässig.

(4) Die Höhenlage des Erdgeschossfußbodens darf nicht unterhalb der Höhenlage der Erschließungsstraßenmitte liegen.

1.5. Mindestgrößen von Baugrundstücken (gemäß § 9 (1) Nr. 3 BauGB)

(1) Die Mindestgröße von Baugrundstücken im Sondergebiet **SO 1** wird für Einzelhäuser mit **500 m²** und für Doppelhaushälften sowie Reihenhäuser mit **300 m²** festgesetzt.

(2) Bei einer nachträglichen Teilung von Baugrundstücken darf eine Mindestgröße gemäß den Festsetzungen des Absatzes 1 nicht unterschritten werden.

(3) Bei Baugrundstücken, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes die festgesetzte Mindestgröße unterschreiten, entspricht die vorhandene Größe der Mindestgröße.

(4) Alle Baugrundstücke müssen direkt an eine öffentliche Verkehrsfläche angeschlossen sein.

1.6. Überschreitung der Baugrenzen und Baulinien (gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 23 BauNVO)

(1) Die Baugrenzen und Baulinien dürfen auf den den Erschließungsstraßen zugewandten Seiten für untergeordnete Bauteile und/oder Wintergärten und Windfänge gemäß der Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Windfänge, Wintergärten) vom 03.12.2010 nicht überschritten werden.

(2) Die Baugrenzen und Baulinien dürfen für unterirdische Bauteile nicht überschritten werden.

1.7. Nicht überbaubare Flächen (gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 23 BauNVO)

(1) Auf den nicht überbaubaren Flächen sind je Baugrundstück zwei Einstellplätze - davon höchstens einer als Garage oder Carport im Sinne des § 12 BauNVO bis zu einer Grundfläche von 21 m² - und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer Gesamtgrundfläche **von 21 m²** zulässig.

(2) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und den vorderen Baugrenzen oder -linien (Vorgärten) sind Garagen oder Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO oder Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO nicht zulässig.

1.8. Private Grünfläche – Zweckbestimmung „Garten“ (gemäß § 9 (1) Nr. 15 u. 20 BauGB)

- (1) In der privaten Grünfläche – Zweckbestimmung „Garten“ ist je Baugrundstück eine Nebenanlage mit einer Grundfläche bis zu 12 m² zulässig. Die Summe der Nebenanlagen auf dem gesamten Baugrundstück darf eine Grundfläche von insgesamt 21 m² nicht überschreiten.
- (2) In der privaten Grünfläche sind Garagen oder Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO nicht zulässig.
- (3) Die privaten Grünflächen sind mit Ausnahme der Anlagen nach (1) sowie notwendigen Wegen unversiegelt anzulegen und mit Anpflanzungen gärtnerisch zu gestalten.

2. Gestalterische Festsetzungen gemäß § 84 der NBauO

*Hinweis: Die **Satzung über die bauliche Gestaltung in der Stadt Norderney** vom 29.09.1993 (Gestaltungssatzung) hat weiterhin Bestand.*

2.1. Dachgestaltung

- (1) Es sind nur Gebäude mit Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdächern und einer Dachneigung von 40 - 55 Grad zulässig. Die Dächer sind symmetrisch zum Hauptbaukörper anzuordnen. Untergeordnete Vor- und Anbauten (maximal 20 % der Grundflächen des Hauptgebäudes) sowie Nebenanlagen und Garagen sind von dieser Vorschrift ausgenommen.
- (2) Für die Dacheindeckung sind folgende Materialien zulässig:
 - unglasierte Dachziegel oder Dachsteine in Rot- bis Rotbrauntönen
 - unglasierte Dachziegel oder Dachsteine in Anthrazittönen.Ausnahmen von der Dacheindeckung sind zulässig, wenn es sich um untergeordnete, transparente Vor-, An- oder Aufbauten handelt (maximal 20 % der Grundflächen des Hauptgebäudes).
- (3) Als "rot" bis "rotbraun" gelten folgende RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 2001, 2002, 3000, 3002, 3003, 3013, 3016, 8004 und 8012. Als "anthrazit" gelten die RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 7011, 7015 und 7016.
- (4) Für die Hauptgebäude (in der Planzeichnung mit V= Vorderhaus und A=Anbau gekennzeichnet) gelten die in der Planzeichnung festgesetzten Firstrichtungen. Ausnahmsweise sind Abweichungen für untergeordnete Gebäudeteile und untergeordnete Anbauten zulässig.
- (5) Dächer sind mit Dachüberständen auszubilden. Die traufseitigen Dachüberstände müssen mindestens 30cm betragen.
- (6) Dachaufstockungen sind nur zulässig, wenn die Vorschriften (1) bis (5) beim gesamten Baukörper eingehalten werden.

2.2. Außenwände

- (1) Mit Ausnahme von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind Gebäudeaußenwände mit unglasierten rot- bis rotbraunen Mauerziegeln in den RAL-Farbtönen Nr. 2001, 2002, 3000, 3002 oder 3016 zu verblenden.
- (2) Garagen gem. § 12 BauNVO dürfen auch in anderer massiver Bauweise errichtet werden, wobei die Außenflächen entsprechend den vorstehenden RAL-Farbtönen zu streichen sind.

2.3. Fenster, Türen, Rollläden

- (1) In Außenwänden müssen Fenster und Fenstertüren ein stehendes Rechteckformat haben bzw. Fensterbänder sind so zu gliedern, dass die einzelnen Fensterteile ein stehendes Rechteckformat haben und symmetrisch aufgeteilt sind. Das stehende Rechteckformat wird durch ein Seitenverhältnis von mind. 1 : 1,2 definiert; maßgeblich sind die Glasflächen der Öffnungen.
- (2) Für die Fensterrahmen und -sprossen muss ein weißes Material oder weißer Anstrich verwendet werden. Als "weiß" gelten die RAL-Farben (lt. Farbbregister RAL 840 HR): RAL 1013, 9001, 9003, 9010 und 9016.
- (3) An Fenstern zu den Erschließungsstraßen, sind **Vorbaurolläden** nicht zulässig.

2.4. Außentreppen, Balkone und Dachterrassen

- (1) Außentreppen sind nur auf den den Erschließungsstraßen abgewandten Gebäudeseiten zulässig.
- (2) Balkone und Dachterrassen sowie Dacheinschnitte zu den Erschließungsstraßenseiten sind nicht zulässig.

2.5. Solarenergieanlagen

- (1) Auf geneigten und flachen Dächern dürfen Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie (Photovoltaik, Wasser- und Luftkollektoren etc.) eingesetzt werden. Solarenergieanlagen dürfen jedoch nur dann errichtet werden, wenn sie von den jeweiligen Erschließungsstraßen nicht einsehbar sind.
- (2) **Ausnahmsweise können Anlagen zur Nutzung von Solarenergie zugelassen werden, wenn sich die Anlage hinsichtlich der Anordnung, Ausführungsart, und Farbgestaltung in die Gebäudehülle einfügt.** (Die jeweils aktuellen, besonderen gesetzlichen Vorgaben zur Energieeinsparung von Gebäuden sind zu beachten.)

2.6. Antennenanlagen und sonstige technische Anlagen

- (1) An Hausfassaden, die den öffentlichen Straßen zugewandt sind, dürfen Antennen und Parabolantennen (Sat-Schüsseln) nicht angebracht werden. Auf Dächern sind Antennen und Parabolantennen nur zulässig, wenn sie von den Erschließungsstraßen aus nicht sichtbar sind. Ausnahmsweise können Parabolantennen von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar angebracht werden, wenn der Empfang nachweislich auf andere Weise nicht erreicht werden kann. In diesen Fällen sind die Parabolantennen farblich an die Fassade oder Dachfläche der Gebäude anzupassen. Je Gebäude darf nur eine Antennenanlage angebracht werden.
- (2) Sonstige technische Anlagen (z.B. Wärmetauscher, Kühl- und Klimaanlage, Stromaggregate) dürfen an Hausfassaden, die den öffentlichen Straßen zugewandt sind, nicht angebracht werden. Auf Dächern ist diese Art von Anlagen nur zulässig, wenn sie von öffentlichen Verkehrsflächen aus nicht sichtbar sind.

2.7. Vorgärten, Einfriedungen, Zufahrten und Einstellplätze

- (1) Vorgärten, d.h. die Räume zwischen den öffentlichen Verkehrsflächen und den Baufluchten, sind unversiegelt anzulegen und mit Anpflanzungen gärtnerisch zu gestalten. Zugänge sowie Zufahrten für die Anlagen des privaten ruhenden Verkehrs sind hiervon ausgenommen.
- (2) Einfriedungen zu den Erschließungsstraßen dürfen eine max. Höhe von 0,90 m über der Oberkante der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche nicht überschreiten.
- (3) Werden auf privaten Grundstücken nicht überdachte Stellplätze angelegt, sind die Oberflächen der Standplätze als Pflasterung mit mindestens 50% Durchgrünung auszubilden. (Die Vorgaben des Grundwasserschutzes sind zu beachten.)
- (4) Je Wohngebäude sind jeweils nur eine Zufahrt mit einer maximalen Breite von 3,00 m sowie eine Zuwegung mit einer maximalen Breite von 1,50 m als Anschluss an die öffentliche Verkehrsfläche zulässig.

2.8. Werbeanlagen

- (1) Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.
- (2) Werbeanlagen als freistehende Schaukästen sind nur bis zu einer Größe von maximal **1,0 m²** zulässig.
- (3) **Leuchtwerbungen sind unzulässig. Ausnahmen für Betriebe des Einzelhandels, der Gastronomie oder des Handwerks können bis zu einer Gesamtgröße vom 4m² zugelassen werden.**

2.9. Kellerlichtschächte, Kellerniedergänge

- (1) Kellerlichtschächte sind bis zu einer Tiefe von maximal 0,60 m im Lichten zulässig. Die Gesamtbreite der Kellerlichtschächte darf die Hälfte der Länge der jeweiligen Gebäudeseite nicht überschreiten.
- (2) Das Eintrittspodest bei Kellerniedergängen darf eine Größe von 1,5 m² nicht überschreiten. Je **Wohngebäude** ist nur ein Kellerniedergang zulässig.

3. Hinweise

3.1. Gestaltungssatzung

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gilt die „Satzung über bauliche Gestaltung in der Stadt Norderney“ vom 19.03.1993.

3.2. Erhaltungssatzung

Für Teile des Plangebietes gilt die Erhaltungssatzung Nr. 11 vom 24.08.2013 der Stadt Norderney.

3.3. Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Windfänge, Wintergärten)

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gilt die „Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen (Windfänge, Wintergärten)“ der Stadt Norderney vom 03.12.2010.

3.4. Satzung zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen

Für Teile des Plangebietes gilt die „Satzung zur Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion“ der Stadt Norderney vom 14.07.2006.

3.5. Wasserschutzzonen

Das Bebauungsplangebiet liegt in der Wasserschutzzone II bzw. III. Es sind nur Nutzungen und Handlungen zulässig, die mit den Schutzbestimmungen des Wasserschutzgebietes vereinbar sind. Die Schutzgebietsverordnung, sowie das DVGW Arbeitsblatt W 101 sind zu beachten.

3.6. Altablagerungen

Sollten bei den geplanten Bau- oder Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde des Landkreises Aurich zu benachrichtigen.

3.7. Bodenfunde

Sollten bei den vorgesehenen Bau- und Erdarbeiten archäologische Kulturdenkmale (Boden- und Baudenkmale) festgestellt werden, sind diese unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde oder bei der Ostfriesischen Landschaft zu melden. In diesem Zusammenhang wird auf § 14 Nieders. Denkmalschutz-gesetz vom 30.05.1978 (Nds. GVBl. S. 517), wonach der Finder und der Leiter von Erdarbeiten verpflichtet sind, Bodenfunde anzuzeigen, verwiesen.

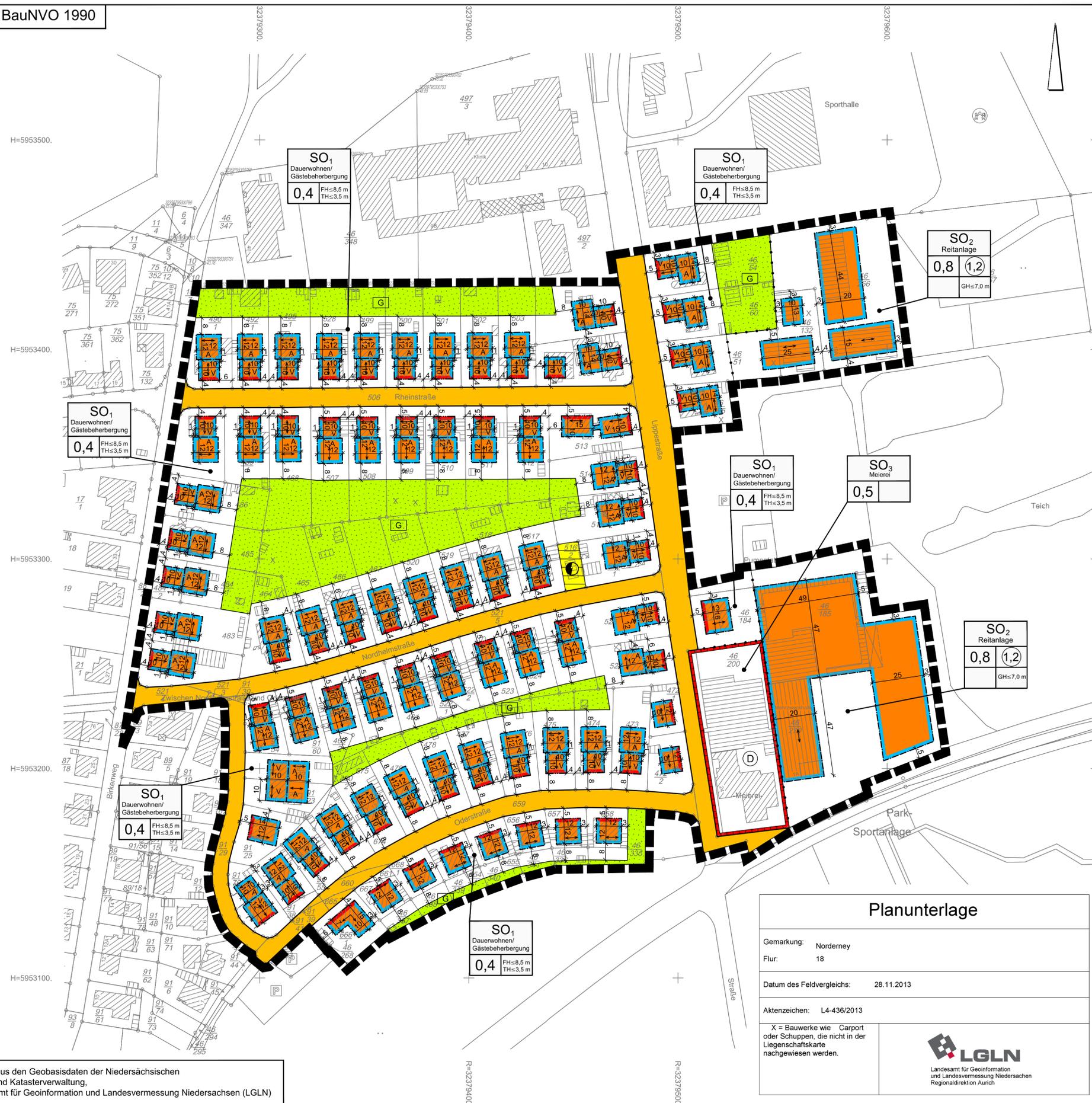
3.8. Anschluss- und Benutzungszwang

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans besteht gemäß Satzung der Stadt Norderney Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentlichen Einrichtungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung.

3.9. Leitungen

Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsträger zu entnehmen.

Es gilt die BauNVO 1990



PLANZEICHENERKLÄRUNG

- 1. Art der baulichen Nutzung**
 - SO Sonstige Sondergebiete
Zweckbestimmung: Dauerwohnen / Gästebeherbergung
 - SO₂ Sonstige Sondergebiete
Zweckbestimmung: Reitanlage
 - SO₃ Sonstige Sondergebiete
Zweckbestimmung: Meierei
- 2. Maß der baulichen Nutzung**
 - 1,2 Geschoßflächenzahl
 - 0,4 Grundflächenzahl
 - Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
 - FH ≤ 8,5 m Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß (FH = Firsthöhe, TH= Traufhöhe,
TH ≤ 3,5 m GH = Gebäudehöhe)
GH ≤ 7,0 m
- 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**
 - Baugrenze
 - überbaubare Fläche
 - nicht überbaubare Fläche
 - V Vorderhaus
 - A Anbau
- 6. Verkehrsflächen**
 - Öffentliche Straßenverkehrsfläche
 - Straßenbegrenzungslinie
- 7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen**
 - Fläche für Versorgungsanlagen
 - Zweckbestimmung: Elektrizität
- 9. Grünflächen**
 - Private Grünfläche
 - Zweckbestimmung:
 - G Garten
- 14. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz**
 - D Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen
- 15. Sonstige Planzeichen**
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
 - Firstrichtung
 - + Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Stadt Norderney

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C
"Nordhelm-Ost"
im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
mit örtlichen Bauvorschriften gem. § 84 NBauO

Entwurf

01. August 2014

M. 1 : 1.000

NWP Planungsgesellschaft mbH
Eschenweg 1 26121 Oldenburg
Telefon 0441 97174-0
Telefax 0441 97174-73
Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Postfach 3867 26028 Oldenburg
E-Mail info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de



Planunterlage

Gemarkung: Norderney
Flur: 18
Datum des Feldvergleichs: 28.11.2013
Aktenzeichen: L4-436/2013

X = Bauwerke wie Carport oder Schuppen, die nicht in der Liegenschaftskarte nachgewiesen werden.



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,
© 2014 Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN)



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 24. Bebauungsplan Nr. 25 C "Nordhelm-Ost" - 2. Änderung; Beschluss zur Auslegung

Die Verwaltung stellt den Entwurf zur 2. Änderung des B-Planes 25 C „Nordhelm-Ost“ vor. Der Geltungsbereich umfasse die Wohnbebauung sowie die Reitställe. Es seien geringfügig modifizierte bzw. angepasste Festsetzungen, weitgehend analog zum B-Plan 25 B, getroffen worden. Ziel der Änderung des B-Planes 25 C sei die Bestandssicherung der baulichen Struktur des Siedlungsbildes sowie eine verträgliche Regelung des siedlungstypischen Nebeneinanders der Wohn- und der Beherbergungsfunktion. Die Bebauung der östlichen Nordhelmsiedlung weise eine weitaus größere Homogenität auf, als die Bebauung im mittleren Teil. Größtenteils bestehe sie aus den ehemaligen Siedlungshäusern (Vorderhäuser), welchen eine rückwärtige Anbauoption ermöglicht werde. Das Verhältnis zwischen Dauer- und Ferienwohnungen werde mittels der textlichen Festsetzung 1.1.2. geregelt. In Abhängigkeit von der Größe der überbaubaren Fläche seien zwischen zwei und drei Dauerwohnungen zulässig. Die Anzahl der Ferienappartements werde auf zwei begrenzt. Die Bauteppiche der Reitställe seien aus dem Ursprungsplan übernommen worden. Die Nutzungsfestsetzung würde dahingehend verändert, dass Betriebswohnungen in den Reitställen unzulässig würden. Dem sonstigen Sondergebiet „Meierei“ werde eine große Spannweite in Bezug auf mögliche Nutzungen gegeben.

RM Plavenieks hinterfragt, wo man sich vorstelle, die im sonstigen Sondergebiet „Meierei“ zulässigen Fremdenzimmer zu errichten. Die Verwaltung erläutert, das Sondergebiet definiere lediglich einen Zulässigkeitskatalog und treffe keine Aussage darüber, in welchem Gebäudeteil solche Fremdenzimmer entstehen sollen. RM Kiefer fragt, aus welchem Grund die Gastraumfläche im B-Plan 25 C auf 100 m² begrenzt werde, während im B-Plan 25 B eine Fläche von 150 m² zulässig sei. Die Verwaltung erläutert, die Abmessung der Vorderhäuser im Bestand betrage durchschnittlich 10 x 10 Meter. Die Beschränkung einer Gastraumfläche auf diese Größe sei sinnvoll, um mögliche Störungen in den hinteren Grundstücksbereichen zu verhindern.

Der Vorsitzende fragt, aus welchem Grunde im B-Plan 25 B bei einem Doppelhaus eine Mindestgrundstücksfläche von 350 m² gefordert werde und im B-Plan 25 C nur 300 m², obwohl die Grundstücksfläche größer sei. Ergänzend weist RM Kiefer darauf hin, man habe im B-Plan 25 C für Einzelhäuser eine Fläche von 500 m² festgesetzt, im B-Plan 25 B wiederum nur 450 m². Daher müsse zumindest im B-Plan 25 C dieselbe Fläche für ein Doppelhaus gefordert werden, wie auch im B-Plan 25 B. Die Verwaltung berichtet, man habe sich am Bestand orientiert, werde die Angaben jedoch noch einmal überprüfen.

Ferner weist RM Kiefer darauf hin, man sei auch bei der Zahl der Wohnungen (Absatz 1.1.2.) von den Festsetzungen des B-Planes 25 B abgewichen. Die Verwaltung erläutert, auch dies resultiere aus dem Bestand. Man habe festgestellt, dass die Wohnungsgrößen größer seien und daher innerhalb der größeren Bauteppiche eine kleinere Anzahl von Wohnungen vorhanden sei. RM Kiefer wendet ein, es sei notwendig analog zum B-Plan 25 B auch den Grundstückseigentümern im Bereich des B-Planes 25 C bspw. die Schaffung von vier Dauerwohnungen zu ermöglichen, da die Grundstücke beider B-Pläne der gleichen Größe entsprächen. Die Verwaltung erklärt, die überbaubaren Flächen im B-Plan 25 B seien zwar

tendenziell kleiner, wiesen jedoch genauso viele Wohnungen auf wie im B-Plan 25 C. RM Kiefer merkt an, die Vorgaben müssten ähnlich zu denjenigen sein, die im B-Plan 25 B Anwendung gefunden haben, auch in Bezug auf die maximale Anzahl der Wohnungen. Die Verwaltung erläutert, man habe sich bei der Planung des B-Planes 25 B, resultierend aus den überbaubaren Flächen und Wohnungszahlen, auf den Bestand bezogen. Auch beim B-Plan 25 C sei diese Systematik angewandt worden, welche die nun vorliegenden Festsetzungen ergeben habe. RM Aldegarmann merkt an, man habe den B-Plan 25 B als Grundlage aufgestellt, schreibe dadurch aber nicht unbedingt die Wohnungsgrößen fest. Es müsse mittels des B-Planes 25 C auch die Möglichkeit eingeräumt werden, die gleiche Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Die Verwaltung wird gebeten, die genannten Punkte zu überprüfen.

Beschluss

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt beschließt einstimmig die Auslegung des B-Planes 25 C, unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Änderungen:

- Streichung der im Absatz 1.3. (1) aufgeführten Fremdenzimmer in der Meierei
- Anpassung der im Absatz 1.1.2. festgesetzten Wohnungszahlen – bezogen auf die überbaubare Fläche – an diejenige des B-Planes 25 B
- Anpassung der im Absatz 1.5. festgesetzten Mindestgrundstücksgrößen an die des B-Planes 25 B

Dem vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 25 C „Nordhelm Ost“ mit Begründung wird zugestimmt und beschlossen, den Entwurf mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB, in der derzeit gültigen Fassung, für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig durchgeführt.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

25.

Mitteilungen der Verwaltung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 25. Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet, es habe im letzten Jahr an der alten Deponie (Karl-Rieger-Weg) ein Monitoring stattgefunden. Bei der Überprüfung der Grundwassermessstellen vor Ort seien zwar leichte Überschreitungen der Richtwerte (z.B. bei den Schwermetallen) festgestellt worden, welche aber nicht besorgniserregend seien, jedoch in Zukunft weiterhin beobachtet werden müssten.

26.

Anfragen und Anregungen



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 26. Anfragen und Anregungen

RM Kiefer fragt nach, wann eine endgültige Begründung für den B-Plan 25 C vorliege. Die Verwaltung berichtet, man werde die Begründung zeitnah versenden.

Weiter wird seitens RM Kiefer gefragt, wann die Anpassung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des B-Planes 25 B erfolge und wie mit dem Bereich des B-Planes 25 C umgegangen werden solle. Die Verwaltung erläutert, die Berichtigung des F-Planes erfolge im Anschluss an das B-Planverfahren. Die Berichtigung sei aber bislang noch nicht erfolgt. In einem ähnlichen Verfahren erfolge die Berichtigung des F-Planes für den Geltungsbereich des B-Planes 25 C.

27.

Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	12.08.2014

TOP 27. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Herr Jentsch erkundigt sich, ob nichtöffentliche Beschlüsse nicht mehr in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben würden. BM Ulrichs erläutert, eine Bekanntgabe von Beschlüssen nichtöffentlicher Ratssitzungen finde regelmäßig statt, jedoch nur jener, die einen öffentlichkeitswirksamen Charakter besitzen und im allgemeinen Interesse liegen. Die nichtöffentliche Bauausschusssitzung habe im Wesentlichen nur Bauanträge privater Bauherrn behandelt. Derartige Beschlüsse seien noch nie öffentlich bekanntgegeben worden.

Herr Jentsch fragt im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des „Theaterplatzes“, ob dessen Planung schon so weit fortgeschritten sei, dass eine Genehmigung für etwas erteilt werden könne, was noch nicht beschlussfähig sei. Die Verwaltung erläutert, es seien Änderungsverfahren des B-Planes 31 mit allen Verfahrensschritten durchgeführt worden. Auf dieser Grundlage sei eine Genehmigung für die Bauvorhaben „Lennermann“ und „Carls“ erteilt worden. Dies geschehe sicherlich auch im Hinblick auf die Planung des „Theaterplatzes“. Die Genehmigung erstrecke sich jedoch ausschließlich auf die beiden genannten Grundstücke.

Frau Hillmann stellt Fragen bezüglich der Auslegung des B-Planes 25 C. Sie fragt, warum der B-Plan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werde und welche Gründe dafür bestünden. Ferner sei ihrerseits fraglich, warum keine Bürgerbeteiligung stattfinde, wie sie auch schon bei der Aufstellung des B-Planes 25 B („Siedlungsinitiative“) durchgeführt worden sei. Weiter fragt Frau Hillmann, aus welchem Grund die Anzahl der Wohneinheiten stärker reglementiert werde obwohl die Grundstücke des B-Planes 25 C größer seien als jene in den vergleichbaren B-Plänen. Die Verwaltung erläutert, das vereinfachte Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) nutze man in Bereichen, die bauleitplanerisch geordnet sind, in denen eine Bebauung vorhanden ist, die einen festen Rahmen vorgibt und in welchen man im Wesentlichen bestandssichernd eingreifen wolle. Bezugnehmend auf die Bürgerbeteiligung erläutert die Verwaltung, man lasse zwar die vorgezogene Bürgerbeteiligung aus, da sie eine wenig inhaltvolle Basis biete, doch werde durch die Auslegung des B-Plan-Entwurfes den Bürgern die Möglichkeit gegeben sich einzubringen. Das Verhältnis der zulässigen Wohnungen, bzw. Ferienwohnungen, ergebe sich im Vergleich der B-Pläne 25 B und C aus dem Bestand, den die Verwaltung anhand der vorliegenden Daten ermittelt habe.

Ein Einwohner fragt, warum – anders als in der Innenstadt – in der Nordhelmsiedlung eine Begrenzung der Wohnungszahlen erfolge. Der Vorsitzende erläutert, dies finde auf Grundlage der bestehenden Erhaltungssatzungen statt.

Herr Jentsch erkundigt sich, ob die Nutzung von „Drohnen/ Helikoptern“ einer Genehmigung bedürfe. BM Ulrichs merkt an, die Nutzung derartiger Geräte sei eine neue Entwicklung, welche im Zweifelsfall auf privatrechtlicher Ebene zu regeln sei.

Herr Moroni erkundigt sich, wann der B-Plan 25 A in „Angriff“ genommen werde. Die Verwaltung merkt an, man müsse sich auch mit dem genannten B-Plan individuell auseinandersetzen. Daher sei eine zeitliche Eingrenzung momentan nicht möglich.

Ferner regt Herr Moroni an, genaue Definitionen der Begriffe Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen zu schaffen.

Frau Hillmann erkundigt sich, wie man den Unterschied zwischen der Nutzung als Zweitwohnung und Dauerwohnungen regeln wolle und wie lange eine Zweitwohnung genutzt werden müsse, um in die Kategorie „Dauerwohnung“ zu fallen. Die Verwaltung erläutert, die Merkmale von Dauerwohnungen und Zweitwohnungen seien in der Erhaltungssatzung ausführlich beschrieben und definiert.

Herr Jentsch fragt, aus welchem Grund der TOP 23 („Marienstraße“) abgesetzt worden sei. BM Ulrichs erläutert, im Rahmen der dritten Auslegung seien umfangreiche Stellungnahmen eingegangen, die zu bewerten seien und man im späteren Verlauf darauf zurückkommen werde.

Herr Moroni erkundigt sich bezüglich des Bauprojekts der Fa. Ruth, nach welchen Kriterien das Bauvorhaben beurteilt werde. BM Ulrichs erläutert, das Bauvorhaben könne ausschließlich nach den beabsichtigten Festsetzungen des künftigen B-Planes beurteilt werden.

Herr Karow erkundigt sich bezüglich der neu ausgeschriebenen Baugrundstücke „Südwesthörn“, wann eine Benachrichtigung der Bewerber statfinde und wer über die Vergabe der Häuser entscheide. BM Ulrichs erläutert, man werde sich in Kürze damit befassen und eine Prioritätenliste erstellen. Zudem sei die Bildung eines Gremiums geplant. Über die Vergabe entscheide schlussendlich der Rat. Wahrscheinlich werde von Seiten des Verwaltungsausschusses vorab eine Empfehlung ausgesprochen.

Herr Moroni fragt nach dem aktuellen Stand des GruKo-Gebäudes. BM Ulrichs erklärt, das Gebäude liege im Bereich des B-Planes 28. Für diesen sei vor kurzem eine Veränderungssperre beschlossen worden. Aktuell liege ein Bauantrag vor, welcher im Rahmen der politischen Planabsichten bewertet werde.